

LINKS

A large, dense crowd of people is shown from a high-angle perspective, celebrating. The scene is filled with a thick layer of multi-colored confetti (red, blue, green, yellow, white) falling from above. In the center of the crowd, a large beach ball with red, white, and blue segments is visible. Many people have their hands raised, some holding smartphones to take photos or videos. The overall atmosphere is festive and energetic. The background is slightly blurred, focusing attention on the immediate celebration.

DAS PROGRAMM

August
2020

**WIR SIND DAS ENDE
DES KLEINEREN ÜBELS**

PRÄAMBEL

LINKS IST PROGRAMM

Links tritt mit einer Aufgabe, einem Ziel, einer klaren Agenda zur Wien-Wahl an: in unserer Stadt eine antikapitalistische Utopie lebbar zu machen. Eine Stadt aufzubauen, die allen und niemandem gehört.

Eine Stadt, in der Herkunft, Einkommen, Geschlecht und sexuelle Orientierung nicht bestimmen, wie gesund, wie gut versorgt, wie wir tätig sind und wie wir leben.

In der Selbstbestimmung und Verantwortung nichts sind, was wir uns erkaufen oder verdienen müssen, sondern etwas, das allen selbstverständlich zukommt.

Die antikapitalistische, antirassistische, feministische, solidarische Utopie ist der Ursprung- und der Endpunkt der Arbeit, der Praxis und der Weltanschauung von LINKS.

Weil eine solche Utopie ohne konkrete Anknüpfungspunkte im luftleeren Raum schwebt, müssen wir zwischen diesem Anfang und der entfernten Destination Trittbrettziele schaffen, die es zunächst zu erreichen gilt.

Durch diese Etappensiege erkämpfen wir konkrete Verbesserungen für uns Wiener*innen. Wir brauchen sie nicht zuletzt, damit uns beim Streben nach einem ganz anderen, besseren Ganzen nicht die Luft ausgeht. Und weil wir wissen, dass es nicht viel bringt, an einer Zukunft am Horizont zu arbeiten, zu schreiben, zu planen, wenn die Zukunft dieser Stadt doch heute, hier vor unseren Haustüren beginnt.

WENN WIR ALSO HEUTE NOCH IN EINER STADT LEBEN,

- › in der uns Makler*innengebühren und befristete Mietverträge, Bodenspekulation und Immobilienmarkt das Wohnen schwer machen,
- › in der vor allem Frauen durch den Anspruch, Lohnarbeit, Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen, zerrissen sind,
- › in der unser Äußeres bestimmt, wie uns die Polizei, die Behörde, das Magistrat behandelt,
- › in der unsere Geldbörse festlegt, wie lange wir auf medizinische Untersuchung und Behandlung warten und wie viele Jahre wir zu leben haben,
- › in der der Autoverkehr einen großen Teil des öffentlichen Raums einnimmt, Bodenversiegelung und Hitzeentwicklung vorantreibt, unsere Umwelt zerstört und uns von nachhaltigerer Mobilität fernhält,

DANN IST ES IN 5 JAHREN SCHON EINE ERRUNGENSCHAFT,

- ‹ in öffentlich geförderten und aus Leerstand entstandenen Wohnungen zu leben, zu denen alle Zugang haben
- ‹ dass Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen – wenn schon nicht entlohnt – dann zumindest voll auf Versicherungszeiten angerechnet werden

- ◀ mit der City Card ein Dokument in der Hand zu haben, das uns alle als Stadtbürger*innen ausweist, damit den Pass egal macht und den Status eines „illegalen“ Menschen schlichtweg zum Verschwinden bringt
- ◀ wenn 500 neue Kassenstellen die Wartezeiten im Gesundheitsbereich deutlich verkürzt haben und mit der Rezeptgebühr die verhältnismäßige Mehrbelastung für Menschen mit kleinerem Einkommen gefallen ist
- ◀ dass auf Wiens Straßen nicht einmal mehr halb so viele Autos fahren, Parkplätze Grünflächen gewichen sind und für die Versorgung mit Gütern regionalere und emissionsarme Lieferketten etabliert worden sind

und es bedeutet, dass wir weitergekommen sind,

AUF DEM WEG ZU EINER STADT, IN DER

- ◀◀ Wohnungslosigkeit und Spekulationsobjekt Worte sind, die es nur noch in Büchern gibt und auf den Straßen keine Entsprechung mehr finden, in der Grünraum und Natur wichtiger sind als Profit und Wohnraum nicht als Ware gehandelt wird, sondern als Gemeingut zur Verfügung steht.
- ◀◀ Menschen aller Geschlechter gleichberechtigt sind.
- ◀◀ jegliche Arbeit den Charakter, eine Ware zu sein, verloren hat und damit die willkürliche Trennung zwischen Care-Arbeit und „Lohnarbeit“ aufgehoben ist.
- ◀◀ Arbeit fair verteilt und von existentieller Sicherheit entkoppelt ist. Arbeitslosigkeit und Ausbeutung sind damit verschwunden.
- ◀◀ die Polizei aus dem Stadtbild – insbesondere aus vormals migrantischen Bezirken – verschwunden ist. Die Einteilung in migrantische und nicht-migrantische Bezirke ist sinnlos geworden, Ausländer*in und Zugewanderte* sind Fremdwörter und Mehrsprachigkeit eine Selbstverständlichkeit.
- ◀◀ in der alle Geflüchteten, die in Wien leben wollen, willkommen sind und den gleichen Zugang zum guten Leben haben wie jene, die schon länger hier sind.
- ◀◀ ein Gesundheitssystem besteht, das alle Geschlechter, also auch Frauen, inter, trans und non-binary Personen, gleich gut behandelt – nämlich ausgezeichnet –, das Pflege als essenziellen Bestandteil begreift und auch dementsprechend bezahlt, und für alle bereitsteht.
- ◀◀ dadurch, dass keiner Profitlogik mehr gefolgt wird, auch ein echtes Kümmern um unsere Umwelt, statt einer Ausbeutung derselben, möglich geworden ist.

Womit der Bogen zur Utopie geschlagen wäre.

Damit die Reise dorthin beginnen kann, müssen wir aber eben nicht nur eine Karte von unserer Zielstadt einpacken, sondern erst einmal den Weg, der direkt unter unseren Füßen liegt, gangbar machen. Dieses Programm skizziert diese Schritte – vom Öffnen der Haustür bis zum Hissen unserer – bunten – Fahnen über dem höchsten Turm des Luftschlosses, das dann bereits aus solidem Stein besteht. Es möchte uns ein Reiseführer sein, für den Weg in eine Stadt mit LINKS.

VIEL SPASS & GUTE REISE!

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL	3
1 FLINT*	6
2 MIGRATION, ASYL UND ANTIRASSISMUS	9
3 WAHLRECHT	15
4 UMWELT, KLIMA UND VERKEHR	18
5 STADTPLANUNG	22
6 WOHNEN	26
7 ANTIKAPITALISMUS	30
8 ARBEIT	32
9 WIRTSCHAFT	37
10 PENSIONIST*INNEN	43
11 GESUNDHEIT	46
12 KONSUM	58
13 TIERSCHUTZ	66
14 BILDUNG	70
15 ANTIFASCHISMUS	80
16 KUNST & KULTUR	83
17 MEDIENPOLITIK	86
18 TRANSPARENZ UND ÜBERWACHUNG	87

1 FLINT*

FLINT* bezeichnet Frauen, Lesben, intersex Personen, nicht-binäre Personen und trans Personen

SELBSTBESTIMMT LEBEN – FÜR ALLE GESCHLECHTER

Das gute Leben für alle zeigt sich in radikaler Offenheit, niemand muss der rigiden Vorstellung von Frau oder Mann, Hetero- oder Homosexualität, cis oder trans Person entsprechen. Diese Bilder dienen lediglich dem Machterhalt einer kapitalistischen, kolonialistischen Regierungsge-
walt und ihrer medialen und wissenschaftlichen Sprache.

Wir zeichnen daher einen feministischen Gegenentwurf zu dieser Gesellschaft der Spaltung und Profitorientierung und fordern den Zugang zu materieller Absicherung und einer sozialen Infrastruktur, die von und mit FLINT*-Personen gestaltet wird.

FLINT*-Personen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Doch die Verletzlichkeit, die alle Menschen auszeichnet, ist ungleich verteilt. In unserer patriarchalen Gesellschaft werden FLINT*-Personen noch immer (und immer wieder) diskriminiert. Jede zweite FLINT*-Person erlebt mindestens einmal im Leben sexualisierte Gewalt, rassistische Ausgrenzung ist allgegenwärtig. Trotz bestehenden Fördermaßnahmen wie Gendermainstreaming oder dem Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz prägen patriarchale, weiße Machtstrukturen das Leben in Wien. Die Möglichkeiten von Partizipation und einem selbstbestimmten Leben sind ungleich verteilt. Die meist unbedankten Care-Arbeiten, die Organisation des gemeinsamen Lebens in Familien und Beziehungen, liegen zu einem überwiegenden Teil bei FLINT*-Personen.

Indem gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit in den Bereich des Privaten verlagert wird und dort noch nicht einmal als Arbeit anerkannt wird, nimmt sich die patriarchale Gesellschaft aus der Verantwortung für das Wohl pflege- und sorgebedürftiger Menschen. Was eine kollektive gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein sollte, wird auf die Schultern von FLINT*-Personen geladen.

LINKS setzt sich ein für reproduktive Rechte von FLINT*-Personen: Abtreibungen müssen auf Krankenschein möglich sein, um das Recht auf körperliche Selbstbestimmung nicht vom Geldbeutel abhängig zu machen. Auch die Entscheidungsmöglichkeit, Kinder zu bekommen und zu umsorgen (oder nicht), muss für alle gegeben sein – nicht nur für jene, die ihr Leben nach dem exkludierenden Ideal der heterosexuellen bürgerlichen Kleinfamilie ausrichten.

LINKS steht für ein queer*feministisches Projekt, das auch Männern eine Rolle im Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft einräumt. Wir fordern daher den Ausbau von Buben- und Männerarbeit, die verstärkte Einbindung von Männern in Sorgearbeit sowie die Sichtbarkeit alternativer, profeministischer Männlichkeiten.

Queer*feministische Kämpfe sind auch Arbeitskämpfe. Neben der Schließung des Gender-Pay-Gap steht LINKS für die gesellschaftliche Aufwertung von Arbeitsbereichen, in denen überwiegend FLINT*-Personen arbeiten. Pflege, Sexarbeit, Sozialbereich, die Lebensmittelbranche und andere sind unabdingbar für die Gesellschaft. So lange Menschen noch vom Arbeitslohn abhängig sind, um zu überleben, müssen die Arbeitsbedingungen in diesen prekären Bereichen massiv verbessert werden.

Rechtliche Absicherung und Unterstützung von Sorgegemeinschaften jenseits der bürgerlichen Kleinfamilie. Vereinfachung von Adoption und Zugang zu reproduktiver Medizin für LGBTQIA+.

In einer solidarischen Gesellschaft sind wir alle für das Wohl unserer Mitmenschen verantwortlich. LINKS fordert daher den Ausbau von öffentlich finanzierter Sorgeinfrastruktur wie z. B. Kindergärten, Nachmittagsbetreuungen und Pflegeheimen, um so Sorgearbeit zunehmend zu vergesellschaften.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Vielfalt, das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und körperliche Unversehrtheit gelebt und auch immer wieder thematisiert werden. Das Wissen, wie Gewalt gegen manche Körper gerichtet wird, welche Schmerzen es bedingt, auf etwas reduziert zu werden, ist Teil eines kritischen, solidarischen Lernprozesses. Die Freiheit eines guten Lebens für alle entsteht zwischen kommunizierenden, miteinander agierenden Personen, egal woher sie kommen und egal welchem Geschlecht sie entsprechen möchten oder eben auch nicht entsprechen wollen.

LINKS steht für eine queere Identitätspolitik, ein lustvolles, selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit. Identitäten sind fluide, vielfältig, kämpferisch oder auch verborgen, sie gehen der Politik nicht voraus, sondern sind vielmehr ihr unabschließbares Ergebnis.

- ◀ Das Ziel von LINKS ist es, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass Unterschiede gelebt werden können und nicht länger Grundlage einer hierarchischen Struktur von Gesellschaft sind.
- ◀ Wir fordern die rechtliche Gleichstellung und Möglichkeit der emanzipatorischen Mitbestimmung aller Menschen, die in Wien leben, um die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben in einer sozial gerechten Stadt für alle zu gewährleisten.
- ◀ Alle stadtpolitischen Maßnahmen sollen intersektional feministisch gedacht werden, um Mehrfachdiskriminierungen entgegenzuwirken.
- ◀ Maximale Cis-Männer-Quote von 40 % in allen Posten, insbesondere Führungspositionen, um die Bevölkerung adäquat in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgremien abzubilden.
- ◀ Freier Zugang zu Arbeitsmarkt und Ausbildung ob mit oder ohne Kopftuch. Frauen entscheiden selbstbestimmt, wie sie sich kleiden und was sie tragen.
- ◀ Volle Lohntransparenz durch eine detaillierte Aufgliederung aller betrieblichen Einkommensberichte in sämtliche Gehaltsbestandteile.
- ◀ Kostenlose Hygieneartikel (z. B. Binden, Tampons, Menstruationstassen) für alle Menstruierenden.
- ◀ Freie Körperbestimmung für Schwangere: Kostenfreie medikamentöse und klinische Schwangerschaftsabbrüche.
- ◀ Kostenfreie Vor- und Nachuntersuchungen bei Schwangerschaftsabbrüchen.
- ◀ Erhalt und Ausbau aller Einrichtungen und NGOs, die sich um Anliegen von FLINT*-Personen kümmern.
- ◀ LINKS ist gegen eine Privatisierung von Frauenhäusern, wie es in Salzburg angedacht ist – Schutz von FLINT*-Personen darf nicht von ökonomischen Überlegungen abhängen.
- ◀ Geschlechterverhältnisse sind Gewaltverhältnisse. LINKS stellt sich gegen eine Gesellschaft, die Menschen zur Annahme von Identitäten zwingen will und tagtäglich Gewalt und Übergriffe in Familien, Partner*innenschaften und am Arbeitsplatz produziert – von sexistischen Sprüchen, über körperliche und psychische Gewalt bis hin zu Femiziden. Gewaltschutzeinrichtungen wie Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen ausgebaut

werden. Prävention bedeutet neben Sensibilisierung den Kampf gegen Strukturen, die FLINT*-Personen entrechten, marginalisieren und ökonomisch benachteiligen.

- ◀ Sensibilisierung für Gewaltschutz und FLINT*-Themen in allen öffentlichen Einrichtungen.
- ◀ Einen staatlich garantierten Anspruch und Vorschuss auf Unterhalt – Zahlung entkoppeln von der Leistungsfähigkeit des*der Unterhaltspflichtigen.
- ◀ Unterstützung von Projekten und Organisationen, die eine gemeinschaftliche Betreuung und Pflege von Kindern und Angehörigen ermöglichen.
- ◀ Förderung und Ausbau geschützter Räume, in denen FLINT*-Personen sich frei und sicher bewegen können.
- ◀ Inklusive Gestaltung öffentlicher Räume für FLINT*-Personen sowie Menschen mit Behinderung, Kinder, ältere Menschen, Wohnungslose etc.
- ◀ Frei wählbarer Name und Selbstbestimmung der Geschlechtsidentität in offiziellen Papieren statt eines eingeschränkten Zugangs zur dritten Geschlechtsoption, der derzeit von körperlichen Geschlechtsmerkmalen und Diagnosen abhängig ist.

FLINT*-GLOSSAR

FLINT*: Frauen, Lesben, inter, non-binary und trans Personen. Das * bezeichnet eine offene Kategorie und soll andeuten, dass es noch weitere Orientierungen und Identitäten gibt, die mit den **Buchstaben nicht genannt sind**.

Geschlechtsidentität: ist unabhängig von Genitalien, kann sich ändern, muss jede*r für sich selbst herausfinden.

Transgeschlechtlichkeit, transgender, Transidentität (kurz: trans): Geschlechtsidentität entspricht nicht dem Geschlecht, das bei der Geburt aufgrund von Genitalien zugeordnet wurde z. B. trans Frau, trans Mann.

Cisgeschlechtlichkeit, cisgender, Cisidentität (kurz: cis): Geschlechtsidentität entspricht dem Geschlecht, das bei der Geburt aufgrund von Genitalien zugeordnet wurde z. B. cis Frau, cis Mann.

Non-binary, nicht-binär (Schreibweise ist flexibel): alle Geschlechtsidentitäten, die nicht (ausschließlich) männlich oder weiblich sind. Ein nicht-binärer Mensch (auch enby abgekürzt) kann transident sein, muss aber nicht.

Intergeschlechtlich, Intersex (kurz: inter): Menschen, deren Geschlechtsmerkmale (chromosomal, anatomisch und/oder hormonell) nicht den „klassischen Vorstellungen“ eines männlichen oder weiblichen Körpers entsprechen.

LGBTIQA(+): gängige Abkürzung für bestimmte, aber nicht alle, queeren Identitäten: lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer, asexual/ aromantic.

Queer: Selbstbezeichnung für alle Identitäten, die nicht cisgender und/oder heterosexuell sind.

AFAB: assigned female at birth. Eine Person, nach deren Geburt weiblich auf die Geburtsurkunde geschrieben wurde.

AMAB: assigned male at birth: Eine Person, nach deren Geburt männlich auf die Geburtsurkunde geschrieben wurde.

2 MIGRATION, ASYL UND ANTIRASSISMUS

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

Wer in Wien wohnt, weiß, dass 30 % der Stadtbevölkerung keine österreichische Staatsbürger*innenschaft haben. So ist unsere Stadt seit mehr als 100 Jahren. Doch während dem Lockdown vergangenen Frühling hat sich die etablierte Politik täglich und explizit nur bei Österreicher*innen bedankt. Was ist aber mit Draga, Mirko, Memet, Pablo, Nesim, Jamila, Latifa, Zeyneb oder Radostina? Sie haben auch mit ihrer Arbeit das System erhalten und sich einem Infektionsrisiko für das Wohl aller ausgesetzt. War das Risiko für sie geringer? Ihre Arbeit weniger notwendig? Ihr Wohl weniger wichtig? Natürlich nicht! LINKS stellt daher den Anspruch, alle Wiener*innen vertreten zu wollen. Für uns sind alle, die hier sind, von hier, und deshalb kämpfen wir für das Recht auf demokratische Mitbestimmung für alle, gegen Rassismus und Diskriminierung.

Migration – sei sie erzwungen oder freiwillig – ist Teil zeitgenössischer Gesellschaften und kann weder verhindert noch geleugnet noch unsichtbar gemacht werden. Das Zusammenleben von Menschen, die schon länger und erst kürzer hier sind, muss in einer Art gestaltet werden, die allen ein Leben in Würde ermöglicht. Die Grundsätze eines solchen Zusammenlebens wurden in der Charta von Palermo zusammengefasst: „Das Recht auf Freizügigkeit als Menschenrecht. Zu einer Staatsbürger*innenschaft des Wohnorts. Für die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigung.“ Daran halten wir uns, und das wollen wir in Wien durchsetzen.

Dieses Kapitel des Programms von LINKS versteht sich als ein Wegweiser zu dieser notwendigen Utopie, seine generellen Ziele sind deshalb auch für viele andere Programmteile von Relevanz:

- ◀ Recht auf Aufenthalt und Bürger*innenschaft
- ◀ Recht auf Schutz und Recht auf Aufnahme
- ◀ Recht auf soziale Sicherheit
- ◀ Recht auf politische Teilhabe
- ◀ Recht auf umfassende Gesundheitsversorgung
- ◀ Recht auf Arbeit und ausreichenden Arbeitslohn
- ◀ Recht auf angemessenen Wohnraum
- ◀ Recht auf Bildung
- ◀ Recht auf kulturellen Ausdruck und kulturelle Teilhabe
- ◀ Recht auf Religionsfreiheit und Ausübung dieser

Eine City Card als Schritt zum guten Leben für alle

Mit LINKS machen wir das gute Leben für alle möglich. Durch die Einführung der City Card gibt es ein Ende für bürokratische Schikanen und stundenlange Warteschlangen vor der MA 35. Jede*r kann sich ausweisen, hat gleichberechtigten Zugang zu demokratischen Prozessen und städtischer Infrastruktur. Niemand muss aus Angst um den Aufenthaltsstatus,

schlechte Bezahlung oder Arbeitsbedingungen dulden. So haben Ausbeutung und Lohndumping in Wien keinen Platz mehr.

Mehrsprachige Beratungs- und Anlaufstellen für FLINT*-Personen

Mit LINKS können alle in Würde nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen leben. Beratungs- und Anlaufstellen für FLINT*-Personen werden durch massive Förderung der Mehrsprachigkeit für alle gleichermaßen zugänglich. Wer Hilfe braucht, bekommt diese. Pass egal, Gender egal, Sprache egal.

Antirassismus wird gelebter Alltag

Mit LINKS wird Migrationshintergrund zu Stärke. Mehrsprachigkeit für alle wird wirklich gefördert und soziale Durchmischung in den Grätzln unserer Stadt wird zum Ziel der Stadtentwicklung. Durch mehr Bildungsangebote und Ausfinanzierung der Sozial- und interkulturellen Arbeit wird mit LINKS Antirassismus gelebter Alltag.

Wien macht Schule

Durch den radikalen ökosozialen Umbau der Stadt sorgt LINKS dafür, dass das Beispiel Wien Schule macht und weitere Städte diesem Beispiel folgen. Denn nur so können wir dafür sorgen, dass nicht Millionen Menschen aufgrund der Umweltzerstörung ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre Häuser verlassen müssen.

2.1 ALLE, DIE HIER SIND, GEHÖREN HIERHER

Wir gehen von einem Menschenrecht auf Mobilität aus. Daher muss die Aufenthaltsgenehmigung abgeschafft werden, denn das Recht auf frei gewählten Aufenthalt bedarf keiner staatlichen Genehmigung.

Der Weg zu diesem Ziel ist lang. Die Stadt Wien beginnt ihn jetzt:

- ◀ Einführung einer City Card für alle Einwohner*innen von Wien, die ihnen ermöglicht, sich auszuweisen und behördlichen Schikanen zu entgehen
- ◀ Soziale Durchmischung als Ziel der Stadtentwicklung
- ◀ Selbstverpflichtung der Stadt Wien, keine polizeilichen Kontrollen bei Amtswegen und Kontakt mit nachgelagerten Einrichtungen und Unternehmen der Stadt zu initiieren
- ◀ Vereinfachung und Beschleunigung der Behördenwege von Migrant*innen (digitale Stadt für alle)
- ◀ Vereinfachung und Beschleunigung der aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei der MA 35
- ◀ Finanzierung und Bereitstellung von Infrastruktur für migrantische Communities
- ◀ Mehrsprachigkeit aller Informationen der Stadt Wien und der Betriebe der Stadt Wien (z. B. Wiener Verkehrsbetriebe)
- ◀ Finanzielle Förderung von Übersetzungs- und Dolmetschleistungen von NGOs und Betrieben
- ◀ Kontrolle und Bestrafung aller Formen von Racial Profiling

2.2 WIEN BIETET SCHUTZ

Asylsuchende haben das Recht auf ein faires Verfahren, ein Leben in Würde und Zukunftschancen. Wien trägt dazu bei:

- ◀ Unterbringung von Asylsuchenden in dezentralen Quartieren mit guter Ausstattung und ohne Einschränkung persönlicher Freiheiten
- ◀ Erhöhung der Grundversorgung für Asylsuchende auf das gesetzliche Existenzminimum
- ◀ Erhöhung des Mietkostenzuschusses bei privater Unterbringung auf EUR 300,- und Erleichterung privater Unterbringung
- ◀ Aufnahme aller Geflüchteten in Österreich, die in Wien leben wollen, in die Grundversorgung in Wien
- ◀ Forderung an die Regierung, Geflüchtete aus den griechischen und bosnischen Lagern in Wien aufzunehmen
- ◀ Unterstützung der Seebrücke-Bewegung
- ◀ Ausreichende städtische Förderung von NGOs und Rechtsberatungen im Bereich Asyl- und Fremdenrecht
- ◀ Wien deklariert sich als rüstungsfreie Stadt und stoppt den Export von Waffen und Munition aus Wien (siehe www.addendum.org/waffen/exporte/)

2.3 EIN SOZIALES NETZ OHNE LÖCHER

Ein Leben in Würde ist ein Leben ohne ständige Sorge um Grundbedürfnisse und ohne bürokratische Hindernisse bei der Erfüllung dieser Grundbedürfnisse.

- ◀ Bedingungslose Mindestsicherung für alle Einwohner*innen von Wien, die diese benötigen
- ◀ Unterstützung von Beschwerden gegen die Indexierung der Familienbeihilfe für Kinder im Ausland und Ausgleich der Differenz durch die Stadt Wien

Wien informiert Betroffene über ihre Rechte und unterstützt sie, Beschwerden gegen Bescheide einzubringen, mit denen die reduzierte Familienbeihilfe festgesetzt wird. Die Stadt Wien streckt den Betroffenen die Differenz vor, bis die Fälle gewonnen sind und diese dann das Geld vom Bund hoffentlich bekommen. Grund: Der Bund und nicht die Stadt sollte das zahlen. Derzeit ist nämlich ein Verfahren beim europäischen Gerichtshof anhängig, da die Indexierung EU-rechtswidrig ist. Die EU-Kommission hat Österreich geklagt.

- ◀ Gratismobilität im öffentlichen Verkehr für alle (siehe auch Kapitel 4 Umwelt, Klima & Verkehr)
- ◀ Gratis Kinderferien camps für alle finanziell Schwachen

2.4 POLITISCHE RECHTE FÜR ALLE

Migrant*innen sind den österreichischen Gesetzen unterworfen und zahlen hier Steuern. Zugleich sind sie von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Wie bereits im Jahr 2003 versucht und im Wiener Regierungsprogramm 2015 versprochen, setzt sich die Stadt Wien für ein Wahlrecht für alle ein.

- ◀ No taxation without representation
- ◀ Wahlrecht für EU-Bürger*innen auch auf Gemeinde-/Landesebene
- ◀ Wahlrecht für Drittstaatsbürger*innen nach einjährigem Aufenthalt auf Bezirks- und Gemeindeebene
- ◀ Mitbestimmungsverfahren unter Einbeziehung aller Wiener Einwohner*innen
- ◀ Siehe auch Kapitel 3 Wahlrecht

2.5 GESUNDHEIT IST UNTEILBAR

Die Covid-19-Pandemie hat verdeutlicht, dass es keinen individuellen Gesundheitsschutz ohne Gesundheitsschutz für alle geben kann.

- ◀ Zugang zu allen Gesundheitsleistungen für alle Einwohner*innen von Wien, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- ◀ Finanzierung von mehrsprachigen Gesundheitsangeboten auf allen Ebenen inklusive Psychotherapien
- ◀ Siehe auch Kapitel 11 Gesundheit

2.6 ARBEIT UND GERECHTER LOHN FÜR ALLE

Die Möglichkeit, bezahlte Arbeit anzunehmen, stellt für viele Menschen einen wichtigen Teil ihrer Menschenwürde dar. Bestehende Unterschiede in der Entlohnung von Arbeit sind teilweise grotesk und spiegeln den gesellschaftlichen Wert der Arbeit nicht wider; Migrant*innen sind davon besonders betroffen.

- ◀ Finanzierung mehrsprachiger Informationen und Beratungsangebote zum Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden und Migrant*innen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus wie auch zur arbeitsrechtlichen Situation illegalisierter Migrant*innen
- ◀ Lohnerhöhungen für alle Niedriglohnarbeiten bei der Stadt Wien, bei Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist, und bei Betrieben, die städtische Förderungen erhalten
- ◀ Keine Leiharbeit bei der Stadt Wien, bei Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist und bei Betrieben, die städtische Förderungen erhalten
- ◀ Städtische Unterstützung bei der Jobvermittlung von Migrant*innen, insbesondere von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Haftentlassenen
- ◀ Siehe auch Kapitel 8 Arbeit und Kapitel 9 Wirtschaft

2.7 WOHNEN IST KEIN LUXUS

Das Rote Wien hat attraktiven und leistbaren Wohnraum für die Wiener Arbeiter*innen geschaffen. Seit dieser Zeit ermöglichen die Gemeindebauten finanziell Schwächeren Zugang zu angemessenem Wohnen. Migrant*innen haben hier allerdings besondere Hürden zu überwinden.

- ◀ Abschaffung diskriminierender Zugangsbeschränkungen zum Gemeindebau (österreichische Staatsbürger*innenschaft oder gleichgestellt, Aufenthaltsdauer in Wien, ununterbrochene Meldung an einem Hauptwohnsitz)
- ◀ Aktive Kontrolle und Sanktionierung von Diskriminierungen am privaten Wiener Wohnungsmarkt
- ◀ Siehe auch Kapitel 6 Wohnen

2.8 BILDUNG IST ZUKUNFT

Das Zusammenleben in der Stadt erfordert Bildungsmaßnahmen für alle Teile der Bevölkerung. An Migrant*innen werden häufig sehr hohe Bildungserwartungen gestellt, ohne dass die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird und spezifische Erfahrungen und Lebenssituationen ausreichend berücksichtigt werden.

- ◀ Finanzierung von Gratisdeutschkursen für alle
- ◀ Finanzierung des Pflichtschulabschlusses für alle
- ◀ Subventionierung der Studiengebühren für Drittstaatsbürger*innen durch die Stadt
- ◀ Städtische Stipendien für Drittstaatsbürger*innen
- ◀ Förderung des mehrsprachigen Angebots der städtischen Büchereien
- ◀ Antirassistische Bildungsarbeit in Kindergärten, Schulen und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenarbeit
- ◀ Weiterbildungsangebote für Jugendarbeiter*innen
- ◀ Mehrsprachigkeit als die Stärke erkennen, die sie ist. Zweisprachigkeit vom Kindergarten bis zum Ende der Unterrichtspflicht muss gefördert werden.
- ◀ Siehe auch Kapitel 14 Bildung

2.9 KULTURELLES ZUSAMMENLEBEN STATT KULTURELLER AUSGRENZUNG

Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren einige Projektschienen zur Förderung migrantischer Kulturarbeit ins Leben gerufen; der Zugang zur Hochkultur ist aber immer noch in erster Linie EU-Bürger*innen höherer Bildungsschichten vorbehalten.

- ◀ Die Geschichte der Migration und Migrant*innen in Wien als Teil der offiziellen Geschichte der Stadt (Archiv und Museum der Migration)
- ◀ Sichtbarkeit von Migration im öffentlichen Raum
- ◀ Öffentliche Thematisierung von Rassismus und Kolonialismus in der Wiener Geschichte
- ◀ In allen städtischen Kulturbetrieben werden Migrant*innen bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.
- ◀ Finanzierung kultureller Aktivitäten von Migrant*innen und migrantischen Communities
- ◀ Ausbau der Kulturvermittlung in Hinblick auf Mehrsprachigkeit und migrantische Zielgruppen
- ◀ Förderung antirassistischer und mehrsprachiger Medien wie auch von Medien migrantischer Communities statt Finanzierung der Boulevardpresse

3 WAHLRECHT

WENN WIEN WÄCHST, SOLL AUCH DIE ZAHL DER WAHLBERECHTIGTEN WACHSEN

Wien ist eine rasant wachsende Stadt. Zwischen 2008 und 2017 hat die Bevölkerung im Wahlalter (über 16) um 163.000 Personen zugenommen. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Wahlberechtigten jedoch um 7.000 verringert. Was als „Allgemeines Wahlrecht“ bezeichnet wird, verliert Jahr für Jahr an Legitimität – immer weniger Menschen dürfen das Wahlrecht wahrnehmen.

Denn alle, die hier sind ...

2020 stieg die Zahl der Wiener*innen mit nicht-österreichischen Staatsangehörigkeiten auf 30,8 %. Prozentuell hat sich der Wahlrechtsausschluss dadurch innerhalb von nur 18 Jahren von rund 14 (1999) auf 28 % (2017) nahezu verdoppelt. Der Ausschluss von Migrant*innen wirkt sich aber auch auf das Missverhältnis anderer Gruppen aus: so sind 16- bis 30-Jährige um 4,6 % unterrepräsentiert.

Stimmen gegen das Diktat des Geldes

Arbeiter*innen sind in Bezug auf die Wohnbevölkerung um 6 % unterrepräsentiert.

Hinzu kommt, dass Wahlbeteiligung und politische Partizipation generell analog zum Einkommen steigt und fällt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Lebenserfahrung, die wir in diesem System machen müssen, uns lehrt, dass Mitsprache ohne Geld meist nicht stattfindet. Durch die Verankerung klassenunabhängiger, selbstverständlicher, demokratischer Teilhabe – etwa durch Grätzlversammlungen – macht LINKS eine andere politische Kultur lebbar.

Stimmen aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen

Aktuell bedeutet Einbürgerung auch massive finanzielle Hürden, die für FLINT*- und LGBTQI-A+-Personen oft wesentlich schwieriger zu nehmen sind als für heterosexuelle cis Männer, und so Abhängigkeitsverhältnisse zementieren. LINKS sagt diesen demokratischen Missständen den Kampf an. Das Ziel ist absolut gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger*innen unserer Stadt an Entscheidungsprozessen: Bei allen Wahlen, bei der gewünschten Erlangung der Staatsbürger*innenschaft und bei Entscheidungen im Grätzl, im Elternbeirat und allen anderen Vereinen.

Deswegen werden wir bei LINKS möglichst viele Menschen, die als EU-Ausländer*innen nur auf Bezirksebene wahlberechtigt sind, dort an wählbarer Stelle nominieren.

3.1 SUBJEKT STATT OBJEKT DER POLITIK

Wer kein Wahl- und Stimmrecht hat, ist in politischen Prozessen kein politisches Subjekt, sondern allein Objekt der Politik und der Auseinandersetzung. Menschen, die hier langfristig leben, werden ignoriert und ausgeschlossen. Das hat zur Folge, dass die Demokratie nicht nur an Inklusivität, sondern auch maßgeblich an Legitimation verliert. Die stärkste Gruppe bei der Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien 2015 war die der Nicht-Wahlberechtigten. Mit 25 % war sie die große „Gewinnerin“ – ohne auch nur eine Repräsentant*in entsenden zu können. Erst an zweiter Stelle rangierte die stimmenstärkste Partei mit 21,6 %. Die Parteien der in Wien

aktuell regierenden Koalition erreichten gemessen an der Wiener Wohnbevölkerung im Wahlalter zusammen gerade einmal 28,1 %.

Da Wien zugleich Bundesland und Gemeinde ist, werden bei der Gemeinderatswahl sogar EU-Bürger*innen ausgeschlossen. Das Wahlrecht auf Bezirksebene ist für diese Gruppe ein schwacher Trost, da die Kompetenzen der Bezirksvertretungen eher bescheiden sind.

3.2 WER HIER LEBT, SOLL MITBESTIMMEN DÜRFEN – SCHON NACH EINEM JAHR LEBENSMITTELPUNKT IN WIEN

Nicht wenige meinen, das Wahlrecht müsse Staatsbürger*innen vorbehalten bleiben, und es müsse lediglich der Zugang zur Staatsbürger*innenschaft erleichtert werden. Wir finden, es gibt gute Gründe, nicht Österreicher*in werden zu wollen: Der Ausschluss von Mehrfachstaatsbürger*innenschaft etwa oder wechselnde Aufenthaltsorte in verschiedenen Staaten. Wer hier lebt, ist von der Bildungspolitik, von der Gesundheitspolitik, von der Verkehrspolitik usw. aber genauso betroffen, unabhängig vom Reisepass. Daher sollte das Wahlrecht „allgemein“, also für alle hier Lebenden gelten.

- ◀ Wir engagieren uns dafür, das aktive und passive Wahlrecht für alle dauerhaft in Österreich Lebenden einzuführen, nach einem Jahr ununterbrochenem Aufenthalt. Im Unterschied zur Staatsbürger*innenschaft geht das Wahlrecht wieder verloren, sobald der Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlagert wird.

Vielfach herrscht die irrige Meinung, dass 2004 ein allgemeines Wahlrecht für alle eingeführt werden sollte, und dies vom Verfassungsgerichtshof gekippt wurde. Die Stadtregierungsparteien wollten allerdings nur die Wahlberechtigung für EU-Staatsbürger*innen auf Bezirksebene, um den Kreis der Drittstaatsangehörigen erweitern. Modelle der politischen Partizipation sind durchaus veränderbar (Beispiel Senkung des Wahlalters auf 16).

- ◀ LINKS will keinen Unterschied zwischen Bezirksvertretungs-, Gemeinderats- und Nationalratswahlen machen, sondern Wahlrecht für alle auf allen Ebenen.

DAMIT AUCH JEDE STIMME ZÄHLT



- ◀ Abschaffung der undemokratischen 5 %-Hürde für den Einzug in den Gemeinderat sowie des D’Hondt’schen Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung – jede Stimme muss gleich viel wert sein!
- ◀ Einführung der digitalen Unterstützungserklärungen mittels Handy-Signatur und Bürger*innenkarte so wie bei Petitionen und Volksbegehren

3.3 MIT LINKS ZUR STAATSBÜRGER*INNENSCHAFT

Dass der immer lebendigeren Migrationsgesellschaft ein immer restriktiverer Ausschluss von Migrant*innen entgegengestellt wird, ist Ausdruck eines reaktionären politischen Willens. Mehrfach wurde das Einwanderungsgesetz in den letzten Jahren verschärft. Finanzielle Hürden wurden weiter erhöht. Voraussetzung ist eine absurde Rechtschaffenheit, die selbst Verwaltungs- und Jugendstrafen inkludiert. Es wurde eine hanebüchene Staatsbürger*innenkundeprüfung und für viele eine kaum leistbare Deutschprüfung eingeführt. Österreich gehört damit zu den absolut restriktivsten Ländern Europas.

Uns ist bewusst, dass es sich hierbei um eine Bundesangelegenheit handelt, die nicht in Wien alleine verändert werden kann. Wien ist jedoch eine lebendige, multinationale und offene Hauptstadt im Zentrum Europas. Wenn wir in Wien für eine Erleichterung der Einbürgerungen kämpfen, müssen sich die anderen Parteien dazu positionieren. Darüber hinaus werden wir gegen die teils schikanöse Behandlung von Menschen bei der MA 35 aufstehen.

LINKS will für Einbürgerungskandidat*innen:

- ◀ Die Streichung des Einkommensnachweises, der Prüfungen von Deutsch- und Österreichkenntnissen und der Unbescholtenheit als Voraussetzung
- ◀ Die Verkürzung der Aufenthaltsdauer für die Erlangung eines Rechtsanspruchs von zehn Jahren auf ein Jahr.
- ◀ Die Ermöglichung von Mehrfachstaatsbürger*innenschaften
- ◀ Die Umstellung auf „Ius Soli“ (alle hier Geborenen haben das Recht auf Staatsbürger*innenschaft)

3.4 DEMOKRATIE IST MEHR ALS WAHLEN

Wir werden es nicht bei den Forderungen von Wahlrecht und Einbürgerungserleichterungen belassen, denn keine andere derzeit im Parlament und im Wiener Gemeinderat vertretene Partei ist aktuell dafür gewinnbar.

Wir werden versuchen, möglichst viele Gesetze und Verordnungen, die Vergabepaxis von Wohnungen und Jobs, Praxis in Elternvereinen und Parkgestaltung darauf zu prüfen, in welcher Form Nichtwahlberechtigte dort zusätzlich diskriminiert werden. Beispielsweise ist §8 Versammlungsgesetz, wonach Ausländer*innen weder als Veranstalter*innen noch als Ordner*innen oder Leiter*innen einer Versammlung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten auftreten dürfen, skandalös und muss geändert werden.

Wir wollen Grätzlversammlungen als fixe Einrichtungen demokratischer Willensbildung organisieren und Projekte aktiv unterstützen, die Nichtwahlberechtigte als politische Akteur*innen in den Mittelpunkt stellen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist „if no vote at least voice“ (siehe: www.oeaw.ac.at/ikt/forschung/translation/if-no-vote-at-least-voice/).

3.5 ES GEHT UM UNS SELBST

Wenn wir sagen, „wir wollen“, dann ist das „wir“ nicht paternalistisch gedacht. Die Politik für eine solidarische Gesellschaft von LINKS kann nur gelingen, wenn sie auch von den bislang Ausgeschlossenen mit entwickelt und umgesetzt wird. Wir werden daher darauf achten, dass bei den Wahllisten für die Bezirksvertretungen möglichst viele nicht-österreichische EU-Bürger*innen an wählbarer Stelle kandidieren.

4 UMWELT, KLIMA UND VERKEHR

MIT LINKS INS GRÜNE FAHREN

Die multiplen ökologischen Krisen, allen voran die Klimakrise, sind für die ganze Welt, und damit auch für uns Linke, einige der größten Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen. Für LINKS ist das Thema der globalen, grenzenlosen und generationenübergreifenden Klimagerechtigkeit von zentraler Bedeutung. Ärmere, schon jetzt ausgebeutete Regionen und Länder, die die Folgen des Klimawandels besonders hart treffen, dürfen nicht noch mehr durch unsere Treibhausgasemissionen zu Schaden kommen.

Unser jetziges umwelt- und klimaschädliches Handeln darf nicht die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zerstören. Und auch im Hier und Jetzt – in Wien 2020 – haben diese ökologischen Krisen bereits enorme negative Auswirkungen. Wir wollen in einer Stadt leben, die sich dem Ausmaß, der Dringlichkeit und der Gefahr dieser ökologischen Krisen angemessen stellt.

Zu Beginn der Coronakrise wurde immer wieder von einer „Erholung der Natur“ gesprochen. Mit dem „Wiederhochfahren der Wirtschaft“ hat sich aber schnell gezeigt, dass dies keine nachhaltigen Veränderungen waren. Nichtsdestotrotz haben sich durch die Krise Risse aufgetan, die radikale Veränderungen möglich machen. Nutzen wir diese Chance für die notwendige ökologische und soziale Transformation unserer Stadt. Und zwar mit LINKS.

Privilegien und Verantwortung

Privilegierte Menschen sitzen am häufigsten im Flugzeug. Die Meinung, weniger privilegierte Menschen, die sich den Kauf eines Rennrads oder eines Bio-Dinners nicht leisten können, seien für Umweltzerstörung verantwortlich, ist unzulässig. Vielmehr ist ein ausschließlich auf Profit orientiertes System zur Verantwortung zu ziehen, das Menschen und Natur ausbeutet, um den Reichtum einiger weniger bereitzustellen, und die negativen Folgen wieder auf jene abwälzt, die damit zu doppelten Verlierer*innen werden.

Mit LINKS trägt unsere Stadt Sorge für den nachhaltigen Umgang mit der Natur und lässt einzelne weder mit dieser Verantwortung noch mit den Folgen schon erfolgter Zerstörung alleine.

Klimaflucht geht uns alle an

Die weltweiten Folgen der Klimakatastrophe bedingen Fluchtbewegungen.

Für LINKS liegt es eindeutig in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, Menschen, denen durch die weltweite Misswirtschaft die Lebensgrundlage genommen wurde, anderorts ein sicheres Umfeld und das Recht auf Wohnraum und Teilhabe – in allen Facetten – zu ermöglichen.

In Wien machen wir das mit LINKS..

FLINT*-Personen und Klimafragen

Dabei sind 80 % derjenigen, die aufgrund der Klimakatastrophe aus ihrer Heimat vertrieben werden, FLINT*-Personen. Da FLINT*-Personen stärker von Armut betroffen sind (mehr als jede vierte FLINT*-Person in Österreich ist dem unteren Einkommensfünftel zuzurechnen), leiden sie auch verhältnismäßig stärker an den negativen Folgen.

4.1 UMWELT UND KLIMA

Daher wollen wir grundsätzlich: Ausstieg aus Öl und Gas und Netto-Null-Treibhausgasemission durch sofortige lineare Senkung bis 2030, damit das 1.5°-Ziel erreicht wird. Dies gibt die Reduktion des Energiebedarfs im Bereich Mobilität, Wohnen und Industrie vor. Des Weiteren sofortiger Stopp fossiler Großprojekte wie die dritte Piste am Flughafen Schwechat oder der Lobautunnel. Alle Investitionen der Stadt Wien müssen mit dem 1.5°-Ziel vereinbar und sozial gerecht sein. Mitfinanzierung durch eine Klimaabgabe aller in Wien ansässigen Unternehmen nach Vorbild der U-Bahn-Steuer.

4.1.1 Nachhaltige Energieversorgung

Wege zu einem energieautarkeren Wien: Ausbau und Förderung der Forschung im Bereich erneuerbare Energie. Energie-Grundsicherung durch ein freies Grundkontingent solar-generierten Stroms mit stark progressiv steigenden Tarifen, um den Energieverbrauch zu reduzieren, auch für Unternehmen. Durch mehr erneuerbare Energieerzeugung und weniger Energieverbrauch wird Wien möglichst energieautark.

- ◀ Solaranlagen auf allen Dächern, als kollektives Eigentum, die für Mieter*innen gratis Strom erzeugen – jedem Haus seine Sonne

4.1.2 Energieeffizientes Wohnen

Masterplan für die eigentümer*innenfinanzierte Sanierung aller Wohnbauten in Wien auf Niedrigenergiestandard, der zu keinen Mehrkosten oder höheren Mieten führt, damit auch in Mietwohnungen Energieverbrauch minimiert werden kann. Ökologische Reform der Bauordnung für Kreislaufwirtschaft, Begrünung von Fassaden, Förderung der Forschung zu klimafreundlichen Materialien beim Bau wie Holz statt Zement, damit der Wohnbereich energieneutral wird.

- ◀ Energiesanierung aller finanzschwachen Haushalte bei Kollektivierung der eingesparten Kosten ohne Kosten für Mieter*innen

4.1.3 Grüneres Wien

Umwidmung von Grünflächen rund um Wien verhindern. Keine Umwidmung von Grünland, keine Bodenversiegelung mehr, stattdessen Renaturierung von Parks und mehr Urban Gardening, damit die Biodiversität auch in Wien geschützt und gefördert wird. Umwidmung von Baulücken in Parks.

- ◀ Massive biodiverse Begrünung, sowohl innerstädtisch als auch in Randbereichen (siehe auch Kapitel 5 Stadtplanung)

4.1.4 Industrie & Gewerbe

Wien produziert sozial und ökologisch: Sozialökologische Vergesellschaftung der Klimakillerkonzerne wie OMV, Opel und Austrian etc., damit wir selbst die von uns bezahlten Subventionen kontrollieren können. Massive Investitionen in Umschulungen für die Transformation in sozial und ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze (z. B. 150 Opel-Beschäftigte wechselten zu Bombardier in den Straßenbahnbau). Städtische Beschaffung nur von fair und ökologisch arbeitenden Betrieben. Arbeitsstiftungen sollen dafür sorgen, dass die Beschäftigten keine Nachteile erfahren. Lokale und faire Produktionen, z. B. eines „Wienfahrrads“ in einem stadteigenen Betrieb, mit verkürzten Arbeitszeiten (siehe Kapitel 8 Arbeit und Kapitel 9 Wirtschaft). Förderung von Betrieben, die nach Reuse-und-Recycle-Prinzipien arbeiten, z. B. Reparaturbetriebe. Gemeindееigene Betriebe müssen CO2-frei und ohne umwelt- und gesundheitsschädliche Abgase, Abfälle oder Müll produzieren. Kein Export von Abfall. Keine Produktion von Waffen,

giftiger Chemie und Kunstdünger. Stopp monokultureller Baumplantagen und tierwohlgerechte Tierhaltung.

- ◀ Sozialökologische Transformation der fossilen Konzerne in nachhaltige Produktionsbetriebe

4.1.5 Landwirtschaft und Ernährung

Kein Wegschmeißen von Lebensmitteln von Supermärkten. Förderung von ökologischen genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben, Produzent*innen-Konsument*innen-Netzwerken und solidarischer Landwirtschaft. Lebensmittel in städtischen Einrichtungen nur aus Landwirtschaften mit sozialen, ökologischen Standards und bestmöglich regional/saisonal.

- ◀ Außerdem ein Verbot des Einsatzes von künstlichen Düngemitteln und Unkrautvernichtungsmitteln (insbesondere Glyphosat) innerhalb des Stadtgebiets
- ◀ Keine Vernichtung von Lebensmitteln durch Supermärkte (siehe auch Kapitel 12 Konsum)

4.2 VERKEHR – WIEN WIRD AUTOFREI

Eine autofreie Stadt trägt zum Erreichen der Klimaziele bei. Darüber hinaus wird die Lebensqualität und Gesundheit verbessert, weil weniger Verkehr auch weniger Gefährdung, Abgase (und dadurch weniger Gesundheitsprobleme und Todesursachen durch Feinstaub) sowie Parkplätze bedeutet und damit mehr Grünflächen und mehr Platz für Zufußgehende, Radfahrende und Mobilitätseingeschränkte und nicht zuletzt für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.

4.2.1 Zufußgehende ...

brauchen genügend breite Gehwege (Begegnungszonen, wo nicht möglich), Priorität beim Queren (mehr Zebrastreifen, schnellere bzw. automatische Ampelschaltungen) und Sitzbänke, damit im Grätzl alles bequem zu Fuß erreicht werden kann und sich auch Mobilitätseingeschränkte und Kinder ohne Angst selbständig in der Stadt bewegen können.

- ◀ Halbierte Ampel-Wartezeiten für Zufußgehende in ganz Wien, wie in Berlin schon Standard

4.2.2 Radfahrende ...

brauchen ein überall durchgehend und baulich getrenntes Radwegenetz mit ausreichend Platz, in dem alle vor Autofahrenden sicher sind, damit auch Kinder, Ältere und Unerfahrene aufs Fahrrad umsteigen wollen. Außerdem genug Radabstellplätze und ein Lastenrad-Leihsystem für Transporte, damit bei kurzen Distanzen viele Wege ohne Auto möglich werden.

- ◀ Geschützte Radstreifen auf allen mehrspurigen Fahrbahnen wie z. B. auf der Praterstraße

4.2.3 Öffi-Fahrende ...

brauchen Nulltarif, kürzere Intervalle, den Ausbau vor allem der Straßenbahn- und Schnellbahnlinien auch ins Umland und Querverbindungen in den Außenbezirken. Umstellung aller Busse in Wien und der Gemeinde auf Batteriebetrieb, sowie am Stadtrand und zu Randzeiten auf Abruf zirkulierende Minibusse (wie ein der Stadt gehörendes Uber mit fairen Löhnen) und Sharing-Systeme für die existierenden Autos bzw. Citybikes unter städtischer Kontrolle (und Modernisierung und Ausbau) als schnelle, komfortable Alternative zu Privatautos. Öffis zum Nulltarif sind der größte Anreiz zum Umstieg auf menschengerechte, umweltfreundliche und klimagerechte Mobilität. Der Ausbau von öffentlichem Verkehr ermöglicht gleichzeitig den

Ausbau von Begegnungszonen innerhalb und außerhalb des Stadtkerns und schafft mehr Platz für Fußgänger und für Radfahrer.

- ◀ Öffis zum Null-Tarif für alle
- ◀ Ein Minibussystem als flexibles, geteiltes Taxi zum Nulltarif wie in Helsinki

4.2.4 Autofahrende ...

brauchen Alternativen statt Privilegien: Sofortige Umstiegsprämie für Abmeldung/Nichtanmeldung eines Autos. Nur bedürfnisorientierte Einfahrt in die Stadt und dafür Park+Ride-Ausbau am Stadtrand und Parkpickerl in jedem Bezirk als Anreiz zum Umstieg auf durch diese Einnahmen verbesserte ökologische Verkehrsmittel. Parken an der Oberfläche nur für genehmigte Zwecke, z. B. Ladezonen, sonst Parken in den unausgelasteten Garagen, damit die Straßen – unter Beteiligung der Anrainer*innen – umgestaltet und begrünt werden können. Ausbau von Tempo 30 in Wien durch bauliche Gestaltung, Verkehrsvermeidung in den Grätzln durch Superblocks wie in Barcelona, damit wir Vision Zero (keine Verkehrstote) erreichen. Neue Autos müssen sensoren-gesteuert automatisch die StVO einhalten, um unberechtigte Manöver und Kollisionen zu vermeiden (keine Verletzten, keine Blockade des öffentlichen Raums). Private Autos müssen geteilt werden, um den Platzverbrauch um Faktor 8 zu reduzieren.

- ◀ Parkpickerl in jedem Bezirk, Autos parken nur in Garagen, effektives Tempo 30

4.2.5 Flugunternehmen ...

dürfen keine Kurzstreckenflüge mehr anbieten, die bei einem massiven Bahnausbau ohne großen Zeitnachteil zurückgelegt werden können, was komfortabler ist und auch sehr viel Energie spart. Eine nicht absetzbare Check-In-Steuer am Flughafen Wien kann pro weiterem Flug progressiv gestaffelt werden, um damit den ökologischen Verkehrsausbau mitzufinanzieren.

- ◀ Check-In-Steuer am Flughafen Wien wie in anderen Ländern z. B. Peru (departure tax)

4.2.6 Logistikbereich

Nur genehmigte (Zu-)Fahrten von LKWs im Stadtbereich für Lieferungen, die nicht mit Klein-Containern per Güterbim in Haltestellendepots und von dort per Lastenrad verteilt werden können, um Energie, Gefährdungen und Straßenabnutzung massiv zu reduzieren.

- ◀ Pilotprojekt einer Straßenbahnlinie mit Haltestellendepots wie in Frankfurt

5 STADTPLANUNG

GANZ WIEN FÜR ALLE

Wir sind die Stadt, die Stadt ist unser aller gemeinsames Werk, wir alle arbeiten an ihr, ob in Form von Handel, Industrie, Stadtentwicklungsarbeit, Reproduktionsarbeit, Arbeit an der Gesellschaft, Grätzlinitiativen, u. v. m. Wir, das sind alle, die in Wien leben, egal wo wir geboren sind, welche Staatsbürger*innenschaft wir haben, wie lange wir hier wohnen und wie lange wir bleiben werden. Wir wollen in einer Stadt leben, von der alle gleich viel haben, in der jede*r freien Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen, öffentlichem Verkehr und zu leistbarem Wohnraum in guter Qualität hat: in der es eine Infrastruktur gibt, die die Voraussetzung für ein gutes Leben für alle bietet. Wir wollen in einer Stadt leben, in der alle das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen einzubringen und gemeinsam mit anderen umzusetzen. Eine Stadt, in der die Basis der Gesellschaft Kooperation und nicht Wettbewerb ist, in der Gemeinwohl und nicht Profit das Ziel ist, in der Freiheit und Sicherheit sich nicht gegenseitig ausschließen. Wir wollen eine Stadt für alle, von allen und durch alle, die hier sind.

Wessen Stadt?

Linke Stadtplanung unterbindet finanzkapitalistische Spekulation mit der Stadt. Stattdessen baut sie Commons (Gemeingüter) weiter aus, verpflichtet Privateigentum zum Gemeinwohl und stärkt Eigeninitiativen zur demokratischen Stadt(mit-)gestaltung – ohne Diskriminierungen. Der Ausverkauf und die Privatisierung der Stadt müssen gestoppt und Diskussionen über die Verteilung der Ressourcen demokratisch geführt werden. Es geht um die gerechte Verteilung des Reichtums anstelle der vorherrschenden Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat. Mit öffentlichem Raum und Wohnraum soll kein Profit gemacht werden. Umbauen, Nachnutzen, Verdichten, Verbessern, Reparieren: maximale Entwicklung der Stadt ist ohne Wachstumsdogma möglich.

Wien – eine Sanctuary City!

Alle, die hier sind, sind von hier. Darum sollten alle in Wien Lebenden die gleichen Rechte auf Gemeingüter und städtischen Raum haben und den gleichen Zugang dazu – zum Beispiel durch eine City Card für alle (siehe Kapitel 2 Migration, Asyl und Antirassismus). Stopp jeglicher Diskriminierungen und Zugang für alle zu gefördertem Wohnbau, zu öffentlichem Raum, zu öffentlichem Verkehr, Gesundheit etc. sowie zur (Mit-)Gestaltung der Stadt.

Die Stadt ist feministisch und FLINT*

Die Stadt wird täglich von vielen oft unsichtbaren Arbeiter*innen am Laufen gehalten. Ihre Stadtraumbedürfnisse sollen in Widmungs- und Bebauungspläne einfließen. Keine Stadtplanung ohne Gendergerechtigkeit: verbindliche Quoten in den Planungsprozessen, Räume für Mädchen, für FLINT*-Personen, öffentliche Infrastruktur (Plätze, Sanitäreanlagen etc.). Keine Diskriminierung von Reproduktionsarbeiter*innen, Alleinerziehenden etc. im Zugang zu öffentlichen Gütern und zur Mitgestaltung der Stadt.

Ein CO₂-neutrales Wien

Linke Stadtentwicklung lässt nicht zu, dass die, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, am stärksten von deren Folgen getroffen werden. Sie agiert in allen Facetten ressourcenschonend und klimafreundlich. Sie peilt eine radikale Reduktion der Bodenversiegelung an, sichert Räume und Bedingungen für urbane Biodiversität, fördert den Ausbau der Stadt der kurzen

und CO₂-neutralen Wege. Linke Stadtplanung nimmt das Recht auf Gesundheit für alle in der Stadt ernst, also den Kampf für eine gesunde Stadtluft und gegen die Überhitzung des städtischen Raums. Linke Stadtentwicklung und soziale Gerechtigkeit lösen sich vom Paradigma des grenzenlosen Wachstums.

5.1 DEMOKRATISIERUNG DER PLANUNG

Wer plant die Planung? Die aktive Teilhabe an der Gestaltung der Stadt ist ein hohes demokratisches Gut und soll durch entsprechende Rahmenbedingungen und Infrastrukturen ermöglicht und gefördert werden. Es geht um demokratische Ausverhandlung einer sozial-ökologisch gerechten Entwicklung der Stadt – auch für zukünftige Generationen. Daraus folgt:

- ◀ Beenden von spekulativem Bauen und investor*innengetriebener Stadtplanung
- ◀ Sowohl bei Neubau als auch bei Umbau hat gemeinnütziges Bauen absoluten Vorrang.
- ◀ Keine öffentlich-privaten Partnerschaften für Gemeingut-Aufgaben (wie öffentliche Infrastrukturen, Schulen etc.); profitorientierte Investor*innen sollen bei Projekten von öffentlichem Interesse nicht mehr kofinanzieren und dadurch Gestaltungsmacht ausüben.
- ◀ Transparenz in der Planung und in allen Entscheidungsprozessen
- ◀ Weiterentwicklung demokratischer Planungsformate: Marginalisierte Gruppen und diverse Sprachen müssen aktiv einbezogen werden. Barrieren müssen grundsätzlich abgebaut werden.
- ◀ Wir wollen Projekt-Teilhabemöglichkeiten für alle Teilnehmer*innen sichern (z. B. bei Projektvergaben mit öffentlichen Förderungen oder auf öffentlichen Grundstücken).

5.2 GEMEINGÜTER UND KLIMASCHUTZ ALS ZIEL

Was plant die Planung? Linke Stadtplanungspolitik übernimmt pro-aktive Verantwortung für das öffentliche Interesse im Sinn einer gemeinwohlorientierten Stadtplanung. Aufgrund des Mangels an bebaubarem Raum und aufgrund der ökologischen Relevanz von Grünraum soll Raum gerechter verteilt werden, und Neubau-Vorhaben sollen vorrangig gemeinnützig sein. Bei privaten Vorhaben muss für gerechte Rückverteilung der Gewinne an die Öffentlichkeit gesorgt werden, über Abgaben und öffentliche Infrastruktur. In ihrem Vertretungsauftrag muss Stadtplanung die Agenden der Öffentlichkeit wahrnehmen:

- ◀ Gemeinsame Nutzungsaspekte sollen mehr zählen als individuelle Eigentumsansprüche.
- ◀ Gemeingüter wie Grün- und Freiräume, Wasserflächen, Waldflächen etc. müssen umfassend und dauerhaft öffentlich abgesichert werden.
- ◀ Boden ist das wichtigste Gemeingut: Durch aktive Bodenpolitik soll privater Grund und Boden in gemeinnützige, kommunale Eigentumsverhältnisse überführt werden.
- ◀ Neue Widmungspolitik: Bei Abriss eines Gebäudes soll das Grundstück zunächst automatisch als Grünland eingestuft werden. Eine etwaige Neu-Umwidmung des Grundstücks muss gemeinnutzorientiert sein. Statt ausschließlich Wohngebäuden können in der dichten Stadt dadurch auch wieder Freiräume und öffentlicher Raum für alle entstehen.
- ◀ Neuwidmungen sollten sparsam (Thema Bodenversiegelung) und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke erfolgen.
- ◀ Wien braucht mehr Grün, und das nicht nur, um den jährlich neuen Hitzerekorden etwas

entgegenzuhalten: grüner Gürtel, grüne Fassaden und Dächer, Quoten für Pflanzungen pro Jahr, Biotopvernetzung, ein nachhaltiges Konzept für Versickerung und Zirkulation von Wasser.

- ◀ Der Zugang zum überregionalen Grünraum soll für alle Wiener*innen erleichtert werden (siehe auch Kapitel 4 Umwelt, Klima und Verkehr).

5.3 ÖFFENTLICHER RAUM FÜR SOLIDARITÄT UND AUSVERHANDLUNG

Der öffentliche Raum in Wien gehört allen. Er muss den Menschen in der Stadt möglichst ungehindert zur Verfügung stehen. Durch politische Eingriffe muss der Privatisierung und Kommerzialisierung Einhalt geboten werden. Stattdessen sollen konsumfreie und gemeinschaftliche Nutzungen stark gefördert werden, indem vielfältige, gut ausgestattete öffentliche Räume erhalten und neu geschaffen werden. Dabei braucht es auch eine demokratische Auseinandersetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe für alle am öffentlichen Raum.

- ◀ Es braucht eine grundsätzlich neue Raumaufteilung: zwischen motorisierter und nicht-motorisierter Mobilität, zwischen konsumorientierten und konsumfreien Räumen.
- ◀ Straßenraum neu denken: Der Rückbau der Auto-, Asphalt- und Betonstadt gibt Platz für vielfältige Nutzungen des öffentlichen Raums. Wo es möglich ist, sollen nur mehr Hauptverkehrsstraßen befahren und Nebenstraßen zu lebendigen Orten des Grätzls umfunktio- niert werden.
- ◀ Mobilitätsoptionen müssen neu strukturiert werden: Es braucht den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fahrradnetze, sichere Schulwege und allgemein Platz für komfortables Gehen und angenehmes, ungestörtes Verweilen (siehe auch Kapitel 4 Um- welt, Klima und Verkehr).
- ◀ Die Qualität von öffentlichen Plätzen und Parks soll für diverse Gruppen attraktiver wer- den. Verbesserungen müssen vor allem an bisher benachteiligten Orten und Stadtteilen vorgenommen werden und dürfen nicht mit Ausschlüssen einhergehen.
- ◀ Bei der Entwicklung neuer und bestehender öffentlicher Orte stehen nicht-kommerzielle Nutzungen im Zentrum. Es darf keine Ausschlüsse durch Konsumzwang geben.
- ◀ Generell ist öffentlicher Raum nur temporär für Privatnutzungen zu verpachten – der Um- fang wird nach nicht-kommerziellen Kriterien entschieden.
- ◀ Öffentlicher Raum muss in Wien stärker von allen mitgestaltbar werden. Die explizite Förderung der Rechte von besonders benachteiligten Personen muss dabei stets Priorität haben. In der Nutzung des öffentlichen Raums sollen Sicherheit und vielfältige Möglichkeiten für alle durch Solidarität und Aushandlung gewährleistet werden.
- ◀ Diskriminierende Bestimmungen und polizeiliches Verhalten wie Racial Profiling, Wegwei- serechte und ähnliche Verfahren sind ausnahmslos zu beenden.
- ◀ Für aktive Teilhabe von allen braucht es beides, Offenheit und Unterstützung: etwa die För- derung von Safer Spaces, also die Stärkung von spezifischen Räumen für besonders ver- letzliche Gruppen, für finanzschwache Menschen, für marginalisierte Menschen. Zugleich braucht Wien aber auch Räume, die Nutzungsoffenheit aufweisen und die Förderung von Selbstbestimmung und das Begegnen unterschiedlicher Gruppen gewährleisten.

5.4 AUSBAU DER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR UND STÄRKUNG VON COMMONS

Damit die Stadt ein Ort gleicher Chancen wird, braucht es Zugang zu Infrastruktur und Gemeingütern für alle. Eine solidarische Stadt hat keine „schlechten Stadtteile“, und auch am Stadtrand gibt es ein „Recht auf Zentrum“. Es geht uns um die gerechte Verteilung von Ressourcen, von den Budgets zwischen den Bezirken und der Infrastruktur in der gesamten Stadt:

- ◀ Alle Menschen haben ein Recht auf niedrigschwelligen, barrierearmen Zugang zu hochwertiger öffentlicher sozialer Infrastruktur (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten etc.) und zum öffentlichen Nahverkehr. Dazu muss die vorhandene Infrastruktur erhalten und neue gebaut werden.
- ◀ Die Einrichtungen des täglichen Bedarfs müssen in jedem Grätzl in guter Qualität vorhanden sein (z. B. fixe Quoten für Nahversorgung, Kindergärten, Ordinationen etc.).
- ◀ Es braucht ausreichend Orte, an denen Menschen zusammenkommen können, wo sie sich ungestört aufhalten können, wo sie aber auch schöpferisch tätig werden können. Diese Orte des Gemeinsamen (z. B. Parks, Bäder, öffentliche Plätze, Märkte, Werkstätten, Abenteuerspielplätze, Grünraum etc.) müssen für alle in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung und gut erreichbar sein.
- ◀ Im Sinn der Teilhabe an der Stadt und ihrer Mitgestaltung braucht es ermöglichende Strukturen und öffentlich zugängliche Räume im Grätzl zum Leben von demokratischer Öffentlichkeit und um die Stadt „von unten“ gestalten zu können.
- ◀ Förderung von Gemeinschafts- und Solidaritätsräumen für unterschiedliche Interessensgruppen als Non-Profit-Räume (z. B. Versammlungsräume und Diskursräume zum Austausch, Räume für Jugendliche und für Senior*innen, für Kunst und Kultur). Diese sollen für alle gut erreichbar sein – im Grätzl, auf der Ebene des Häuserblocks oder des Gebäudes.
- ◀ Die Stadt als Labor und Experimentierfeld für neue Lebenswelten ernst nehmen und fördern.

6 WOHNEN

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Wohnen ist ein Menschenrecht. LINKS stellt das Menschenrecht auf Wohnen für alle ins Zentrum und macht es zu einer öffentlichen Angelegenheit: Es geht uns alle an, wie jeder Mensch in Wien wohnen kann. Das bedeutet, dass ein aktiver Eingriff der Politik für die Gewährleistung dieses Menschenrechts nicht nur wichtig, sondern eine Pflicht ist. Menschenrechte sind keine saisonalen oder temporären Rechte. Und selbstverständlich ist Wohnen keine Sache für die freie Marktwirtschaft.

Wohnen – antikapitalistisch

Wohnen ist zur sicheren Kapitalanlage und zur unsicheren Lebensgrundlage geworden. In Wien sind 15.000 Menschen wohnungslos, und viele mehr leben existenzbedroht als housing poor, während mit Tausenden Wohnungen als Betongold spekuliert wird. 86 % aller neuvermieteten Privatwohnungen werden befristet vermietet. Mit LINKS geht es daher um:

- ◀ Leistbarkeit und Wahlfreiheit im Wohnen – Stopp der „Freiheit“ des globalen Finanzkapitals, Wohnraum als (leerstehende) Kapitalanlage zu behandeln
- ◀ Sicherheit der Wohnenden (existenzielle Sicherheit) – anstelle der „sicheren Geldanlage“
- ◀ Dauerhafte Bezahlbarkeit von Wohnraum für alle – anstelle einer Sozialpolitik der Almosen und des Bittstellens
- ◀ Absoluter Vorrang diverser Formen von Gemeindebau und Gemeinnützigkeit – Ende der Eigentumsförderung
- ◀ Bestehende Möglichkeiten und Instrumente wie Enteignung, Vorkaufsrecht und Kommunalisierung sind im Sinn des öffentlichen Interesses einzusetzen.

Wohnen – ein Ort der Reproduktionsarbeit

Armut ist weiblich, ist FLINT*. Unter der immer größer werdenden Zahl an Menschen, die unter geringen Einkommen bei hoher Wohnkostenbelastung leiden, findet sich ein hoher Prozentsatz an FLINT*-Personen. Die Wohnung als Ort der unbezahlten Reproduktionsarbeit wird zur mehrfachen Belastung bis hin zur Existenzbedrohung.

LINKS fordert umfassende Wohnungsgerechtigkeit für die meist unsichtbar am Reichtum der Stadt Arbeitenden, eine Bandbreite an Wohnungsschnitten jenseits der Kleinfamilie, sofortige Maßnahmen, um Obdach- und Wohnungslosigkeit zu beenden, gekoppelt mit einem Ende der „temporären“ Wohnplätze.

Wohnen – ohne Ausschluss rassistischer oder anderer Art

Alle, die in Wien sind, sind Wiener*innen und haben Anspruch auf bezahlbares und qualitativ hochwertiges Wohnen. Niemand soll gezwungen sein, unfreiwillig wohnungslos zu sein, in schlechter Wohnqualität zu leben, in überbelegten Wohnungen zu wohnen, in Konflikt- oder Gewaltbeziehungen zu bleiben oder den Großteil des Einkommens fürs Wohnen auszugeben. Dafür ist es wichtig, Barrieren beim Zugang zu Wohnraum abzuschaffen.

Wohnen und Klimapolitik

Wohnbau-, Stadtplanungs- und Klimafragen hängen direkt miteinander zusammen. In Krisenzeiten verspricht das Wachstumsdogma Leistbarkeit. Doch mehr Wohnungen zu bauen, heißt

nicht, dass sie für die Wohnungssuchenden verfügbar sind – und es verbraucht Grünflächen und Ressourcen. Wohnraum soll zunächst gerecht verteilt werden, bevor städtischer Raum weiter versiegelt wird. Die notwendige energetische Sanierung von bestehendem Wohnraum darf nicht zu Verdrängung führen.

Gutes Wohnen braucht eine gute Wohnumgebung, eine gute Lage und gute klimapolitische Stadtentwicklung. Mit LINKS formulieren wir folgende Ziele:

- ◀ Zukunftsorientierte Gemeindebaupolitik: Bestehenden Wohnraum gerecht verteilen vor ressourcen-verbrauchendem Neubauen
- ◀ Kein Stadtteil ohne soziale Wohnungen und klimagerechte Freiräume
- ◀ Kein Haus ohne soziale Wohnungen und qualitative Grünflächen
- ◀ Verbindlichere ökologische Standards für alle Um- und Neubauten einführen in Bezug auf Baumaterialien, Energieeffizienz, Grünflächenfaktor etc.

6.1 MIETEN RUNTER!

Rund 80 % aller Menschen (mit Hauptwohnsitz in Wien) sind Mieter*innen – das bedeutet, dass sich ca. 43 % aller Hauptmietverhältnisse Österreichs in der Hauptstadt befinden. Daher ist es für Wien besonders wichtig, für eine Reform des Mietrechtsgesetzes auf Bundesebene einzutreten. Im Sinn einer aktiven Wohnbaupolitik und um den Mieter*innenschutz als zentrales Element des Gesetzes zu stärken, sind folgende Maßnahmen rasch nötig:

- ◀ Keine Profite mit der Miete: Die Kostenmiete des geförderten Wohnbaus soll für alle Wohnungen gelten, also auch für den Gemeindebau und den privaten Wohnungsbau.
- ◀ Enteignung der größten Immobilienkonzerne – Wohnen und Gebäudenutzung sollen Spekulation und Profitmacherei entzogen werden.
- ◀ Keine Privatisierung von mit Steuergeldern geförderten Wohnungen, kein Verkauf von gemeinnützigen Wohnungen
- ◀ Leerstandsmanagement der Stadt: Wohnungen, die über einen langen Zeitraum leer stehen, sollen vergemeinschaftet werden. Zu vermietender und leer stehender Wohnraum muss bei einem öffentlichen Wohnungsamt gemeldet werden, das diesen nach sozialen Kriterien vergibt.
- ◀ Grundsteuern und Versicherungen der Eigentümer*innen nicht mehr via Betriebskosten an Mieter*innen weitergeben
- ◀ Betrug seitens Vermieter*innen muss Konsequenzen haben und sollte im Interesse der Stadt pro-aktiv untersucht werden.
- ◀ Stärkere Beschränkung von Kurzzeitvermietung von Wohnungen (AirBnB)
- ◀ Ausdehnung der Vollenwendung des Mietrechtsgesetzes auf alle Neubauwohnungen
- ◀ Klare Mietzinsbeschränkung als Norm für alle Wohnungen durchsetzen, Kostenmiete für alle abbezahlten Wohnungen
- ◀ Einführung von Verwaltungsstrafen in Höhe von 100 % der potenziellen zusätzlichen Mieteinnahmen, wenn die Mietzinsobergrenze durch die*den Vermieter*in überschritten wird. Außerdem soll in dem Fall das Mietverhältnis lebenslänglich unkündbar werden.
- ◀ Befristungen von Verträgen abschaffen
- ◀ Lagezuschlag abschaffen

6.2 AKTIVE ÖFFENTLICHE BODENPOLITIK!

Wohnungspolitik hat ganz grundlegend mit Bodenpolitik zu tun. Boden ist für neuen Wohnraum knapp und längst globales Spekulationsobjekt, Bodenpreise explodieren. Dringlich ist:

- ◀ Keine Privatisierung und kein Verkauf von öffentlichem Boden
- ◀ Wohnbau auf öffentlichem Grund und Boden soll zu 100 % vergesellschafteter Wohnbau sein.
- ◀ Stopp der Spekulation entlang öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen
- ◀ Langfristig: Vergesellschaftung von städtischem Grund und Boden

6.3 WOHNEN FÜR ALLE! ZUGANG ZUM GEMEINDEBAU OHNE AUSSCHLUSS

In den Ausschlusskriterien für das Wiener Wohnticket – als Eintrittskarte in den kommunalen und teilweise in den geförderten Wohnbau – müssen alle bestehenden Diskriminierungen abgeschafft werden:

- ◀ Alle Menschen in Wien sollen Zugang zum sozialen Wohnbau haben, unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in der Stadt oder einer stabilen Hauptwohnsitzmeldung.
- ◀ Wien muss für ein Angleichen des Gleichbehandlungsgesetzes auf Bundesebene eintreten, sodass Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebener) Herkunft, Aussehen, Religionszugehörigkeit, Geschlecht, Sexualität, Haushaltsform, Gesundheit und Fähigkeiten auch im Bereich Wohnen klar verboten ist und dieses Verbot auch durchsetzbar/sanktionierbar ist.
- ◀ Die Stadt muss diskriminierte Gruppen mit Hilfsangeboten direkt ansprechen und qualitätsvolle Beratung und Begleitung anbieten, sowie strafrechtliche Konsequenzen für Diskriminierungsvergehen entwickeln.
- ◀ Ende der Wohnungslosigkeit: Umfangreiche Implementierung und Umsetzung von Housing First, explizite Förderung von Wohnraum für von Gewalt betroffene FLINT*-Personen
- ◀ Ende jeglicher Delogierungen, Hilfsfonds organisieren
- ◀ Umfassende Barrierefreiheit in sozialem Wohnbau, wo baulich möglich
- ◀ Aktive Gemeindebausanierungen: Leistbare Wohnungen und Qualität dürfen sich nicht ausschließen.

6.4 GENOSS*INNEN IM WOHNEN! GENOSSENSCHAFTSGEDANKEN IM GEFÖRDERTEN WOHNBAU SICHERN

Wien muss sich für die Stärkung der grundlegenden Ideen zu Bezahlbarkeit, Stabilität, Sicherheit, Selbstbestimmung und Mitgestaltung von Genossenschaften im geförderten Wohnbau einsetzen. Dabei ist Folgendes wichtig:

- ◀ Bei der Vergabe von Grundstücken und Förderungen gemeinnützige Bauvereinigungen, die nicht auf Gewinn ausgerichteten sind, bevorzugen
- ◀ Keine Privatisierungen von geförderten Wohnungen. Mietkaufoption kann abgeschafft werden, da an ihrer Stelle stabile, sichere und bezahlbare Verträge stehen. Keine Privatisierung von Schrebergärten
- ◀ Die Wohnungen gehören den Mitgliedern der Genossenschaft. Daher müssen Selbstbestimmung und Mitgestaltung der Mieter*innen in ihren Wohnhäusern ein zentrales Element sein.

6.5 WOHNEN UND DEMOKRATISIERUNG

Demokratisierung der Gesellschaft findet auch im Bereich Wohnen und Stadtgestaltung statt.

- ◀ Zurückgewinnen demokratischer Kontrolle über Wohnbaugesellschaften und die Verwendung öffentlicher Fördergelder
- ◀ „Kommunal und selbstverwaltet“, Überarbeitung paternalistischer Strukturen
- ◀ Strukturen, die sozial-ökologisches Handeln ermöglichen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen
- ◀ Mitsprache im Gemeindebau und im Genossenschaftsbau
- ◀ Mitgestaltungsmöglichkeiten und Beschlussrechte im Wohnumfeld
- ◀ Aufbau von demokratischer Kontrolle über die Mietverhältnisse, Wohnbedingungen und die öffentliche Verwaltung durch wähl- und abwählbare Mieter*innenkomitees und Stadtteilräte
- ◀ Selbstbau und Eigeninitiative ermöglichen (habiTAT, Baugruppen)
- ◀ Mitbestimmung in der Stadtgestaltung und Stadtraumgestaltung (siehe auch Kapitel 5 Stadtplanung)

6.6 WOHNEN IST MEHR ALS WOHNEN

Gutes Wohnen braucht eine gute Wohnumgebung und attraktive Stadtgestaltung für alle.

- ◀ Wohnumfeld mit guter Aufenthaltsqualität, zugängliche Parks und Grünräume in der gesamten Stadt
- ◀ Hochwertige und für alle zugängliche soziale Infrastruktur
- ◀ Aufenthaltsqualität im Verkehrs- und Straßenraum, Stadt der kurzen Wege, Umbauen in Richtung autofreie Stadt
- ◀ Zugang zu nicht-kommerziellen Räumen, Grätzltreppunkte
- ◀ Im öffentlichen Raum: Privatisierung stoppen, Öffentlichkeit einrichten
- ◀ Klimagerechte Stadt, Vorrangflächen für Baumpflanzungen und Grünraum

7 ANTIKAPITALISMUS

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Wien wäre reich genug, um alles zu finanzieren, was wir für ein gutes Leben brauchen. Auch weltweit stellen Menschen genügend Güter her, bieten genügend Dienstleistungen an und schaffen genügend Kunst und Kultur, dass alle sicher und glücklich leben könnten. Aber trotzdem sind Abhängigkeit, Druck, wirtschaftliche und soziale Unsicherheit Alltag für fast alle Menschen. LINKS hingegen steht für eine Politik, die für alle, die Lohn- und Hausarbeit verrichten müssen, oder nicht lohnarbeiten dürfen, können oder wollen, mehr Rechte erkämpft und ihre Organisierung als politische Kraft unterstützt..

Wir wollen in einer Welt leben, in der unsere Arbeit ein sicheres und angenehmes Leben für alle sichert. Wir stehen für eine Welt, in der alle bei allen wichtigen Entscheidungen die gleiche Stimme haben und demokratisch entscheiden können, vom nächsten Radweg bis zur Frage, ob überhaupt noch Autos mit Verbrennungsmotor gebaut werden sollen. Wir wollen eine Welt erkämpfen, in der wir uns die Produkte und Dienstleistungen, die wir herstellen auch selbst leisten können. Und wir werden in einer Welt leben, in der Armut, Ausbeutung und Wohnungslosigkeit nur noch eine blasse Erinnerung sind. Diese Prinzipien setzen wir auf jedem politischen Schritt um.

Weil der Mensch ein Mensch ist

Es besteht ein grundlegender Widerspruch zwischen den Arbeitenden und den Kapitalist*innen, in dem wir uns entschieden auf die Seite der Arbeiter*innenklasse stellen. Wir kämpfen für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Überwindung von Lohnarbeit und Warenform. Auf dem Weg dahin stehen wir für die Aufbringung aller gesellschaftlich notwendigen Ausgaben auf Kosten jener, die es sich leisten können. Für eine (soziale) Infrastruktur, die günstig und gut ist und die für alle bedingungslos zugänglich ist. Für eine Umwelt, die wir alle genießen können, und ein Gesundheitssystem, in dem wir alle ohne Sorgen krank sein und alt werden können.

In her kiss, I taste the revolution

Das gute Leben für alle zeigt sich in radikaler Offenheit. Niemand muss der rigiden Vorstellung von Frau oder Mann, Hetero- oder Homosexualität, cis, inter oder trans Person entsprechen. Diese Bilder dienen lediglich dem Machterhalt einer kapitalistischen, kolonialistischen Regierungsgewalt und ihrer medialen und wissenschaftlichen Sprache. Wir zeichnen daher einen feministischen Gegenentwurf zu dieser Gesellschaft der Spaltung und Profitorientierung und fordern den Zugang zu materieller Absicherung und einer sozialen Infrastruktur, die von und mit FLINT*-Personen gestaltet wird.

It's been a long, a long time coming

Einerseits sind in der Geschichte des Kapitalismus „Rasse“ und Klasse untrennbar miteinander verbunden. Andererseits lässt sich der strukturelle Rassismus nicht einfach auf ein sekundäres / kulturelles Phänomen reduzieren (als wäre das EU-Grenzregime keine materielle Realität). Deshalb tritt LINKS nicht nur gegen Rassismus und Diskriminierung und für umfassende gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch entschieden gegen wohlfahrtsschauvinistische Positionen auf.

Wir fahren, fahren, fahren auf der Autobahn

Umweltzerstörung ist das materielle Ergebnis von Kapitalverwertung unter Konkurrenzbedingungen. Unternehmen müssen immer mehr Waren immer schneller herstellen und verkaufen, sonst werden sie von Konkurrent*innen ruiniert oder übernommen. Im globalisierten Kapitalismus fehlt somit Nationalstaaten jedwedes Instrument zur rechtzeitigen, nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft, um eine Eskalation der Klimakrise abzuwenden. LINKS kämpft für eine radikale Transformation der Gesellschaft jenseits von Kapitalverwertung und Lohnarbeit, für die Basis unseres Überlebens in einer zukunftsfähigen Umwelt.

- ◀ Das Ziel von LINKS ist es, die politische und wirtschaftliche Macht aus den Händen der Reichen zu nehmen und sicherzustellen, dass jede*r das gleiche Mitsprache- und Entscheidungsrecht hat (siehe auch Kapitel 9 Wirtschaft).
- ◀ Wir stellen uns gegen jede Maßnahme, die Löhne und Sozialleistungen senkt oder die Belastung von Sorgearbeiter*innen erhöht. Wir sind gegen die Auslagerung von unprofitabler Haus- und Reproduktionsarbeit ins Private, weil das fast immer auf Kosten von FLINT*-Personen geht (siehe auch Kapitel 8 Arbeit).
- ◀ Wir unterstützen jede Initiative, die die systematische Entrechtung von Migrant*innen, People of Colour, FLINT*-Personen, Erwerbslosen, Jugendlichen und Arbeiter*innen aufhebt. Wir stellen uns in Konflikten radikal auf die Seite der Unterdrückten und unterstützen ihre Kämpfe, zum Beispiel um gleiche Rechte, Schutz vor Gewalt und Ausgrenzung, Einkommen, von denen man gut leben kann, und sichere Arbeitsplätze.
- ◀ Wir verteidigen uns und andere gegen jede Beschneidung unserer Grundrechte, nur weil wir nicht zahlen können. Das bedeutet, wir sind gegen alle Zwangsräumungen, Mieterhöhungen, Sperren von Strom, Gas, Wasser, Konto oder Handy und Verweigerung von Gesundheitsleistungen (siehe auch Kapitel 9 Wirtschaft bzw. Kapitel 11 Gesundheit).
- ◀ Wenn Unternehmen auf unsere Kosten sparen wollen, dann sind sie offensichtlich nicht in der Lage, in unserem Interesse zu wirtschaften. Wir sind für die Enteignung aller Konzerne, die aus „betrieblichen Gründen“ Entlassungen aussprechen und für die Übernahme der Geschäfte durch die eigenen Beschäftigten, die im Betrieb und zwischen Betrieben koordiniert gemeinsam die Entscheidungen treffen.
- ◀ Wir dürfen vor allem die Kernbereiche der Wirtschaft und des Zusammenlebens nicht der Profitmacherei überlassen. Wir sind für die (Wieder-)Verstaatlichung aller Transport-, Energie-, Wasser- und Versorgungsdienstleister unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten (siehe auch Kapitel 9 Wirtschaft).
- ◀ Wir möchten schon jetzt die Strukturen schaffen, in denen sich Arbeiter*innen, Reproduktionsarbeitende und Erwerbslose selbst ermächtigen können. Wir wollen Betriebs-, Stadtteil- und Mieter*innenversammlungen, mit denen wir unsere eigenen Interessen vertreten können (siehe auch Kapitel 8 Arbeit bzw. Kapitel 6 Wohnen). Wir sind auch für eine Wien- und bundesweite Vernetzung und gemeinsame Entscheidungsfindung dieser Versammlungen.
- ◀ Uns ist klar, dass diese Forderungen die Machtverhältnisse in der Gesellschaft auf den Kopf stellen: Wir stellen die Systemfrage. Das ist nichts, worauf wir uns mit den heute Mächtigen einfach einigen werden. Das ist ein politischer Kampf, in dem sich LINKS bedingungslos auf die Seite der heute Unterdrückten und gegen die heute Herrschenden stellt und der einen revolutionären Bruch mit diesem ausbeuterischen und zerstörerischen System erfordert.

8 ARBEIT

... KOMPLETT NEU DENKEN

Wer hätte gedacht, dass die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse ausgerechnet durch den Beinahe-Stillstand der globalen Wirtschaft Anfang dieses Jahres, als weltweit durch die Corona-Pandemie gesellschaftliches Leben auf ein Minimum reduziert wurde, völlig durchsichtig werden würden? Einerseits wurden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt – systemrelevant waren auf einmal die Kranken- und Altenpfleger*innen, die Kassierer*innen in den Supermärkten, die Postler*innen und die vielen anderen sonst so ungefeierten und unterbezahlten Lohnarbeiter*innen. Der Preis war – wenig überraschend – hoch. Corona-Hotspots entstanden in den Elendsquartieren von Schlachthofarbeiter*innen. Leiharbeiter*innen steckten sich im Postverteilerzentrum an, da sie Angst hatten, durch Nichterscheinen am Arbeitsplatz ihre Existenzgrundlage zu verlieren. 24-Stunden-Pflegekräfte hatten monatelang rund um die Uhr präsent zu sein oder sie fehlten, sodass sie mit Sonderflügen oder Transitzügen herangekarrt werden mussten. Andererseits blieb unsichtbar, was immer schon unsichtbar war: die durch die Regierungsmaßnahmen zusätzlich notwendige Reproduktionsarbeit wurde zu 80 % von Frauen übernommen. Dafür gab es keinen Härtefallfonds, ja nicht mal Applaus von den Balkonen. Mit LINKS wollen wir die Lohnarbeit überwinden, und so lange wir ihr ausgesetzt sind, für fairere Verhältnisse kämpfen.

Freiheiten schaffen

Mit LINKS erkämpfen wir eine bedingungsloses Existenzsicherung ohne bürokratische Hürden, Mindestpensionen und einen lückenlosen Mindestlohn von EUR 1.950,- netto. Damit wird die gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglicht. Es besteht ein individueller Rechtsanspruch ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen.

Gerechtigkeit herstellen

FLINT*-Personen sind in ihren Berufen unterbezahlt, innerhalb der „eigenen vier Wände“ unbezahlt, und fast immer mehrfach belastet. Mit LINKS vergesellschaften wir die Reproduktionsarbeit und überwinden die Armutsfalle aufgrund der Übernahme von unbezahlter Arbeit.

Perspektiven eröffnen

Mit LINKS beenden wir den Umstand, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt vom Aufenthaltsstatus abhängt, und tragen dafür Sorge, dass die Entlohnung auch dem gesellschaftlichen Wert entsprechend erfolgt, gerade bei Leistungen, die Migrant*innen erbringen.

Veränderungen begleiten

Mit LINKS stellen wir sicher, dass die dringend notwendige Transformation unserer Wirtschaft angesichts der Klimakrise nicht zulasten der betroffenen Lohnarbeiter*innen vollzogen wird.

8.1 UNBEZAHLTE ARBEIT IST AUCH ARBEIT

Unter den Begriff Reproduktionsarbeit fallen alle Tätigkeiten, die dem Erhalt menschlichen Lebens dienen. Dazu zählen beispielsweise Kindererziehung und -betreuung, die Pflege kranker, alter oder Menschen mit Behinderungen, Hausarbeiten wie Kochen, Putzen, Einkaufen, aber auch emotionale Arbeit. Diese Tätigkeiten werden mehrheitlich von Frauen bzw. FLINT*-Personen übernommen, schlecht oder gar nicht bezahlt, oft unter sozialer Isolation und Arbeitsbedingungen, die zur psychischen und physischen Überlastung führen. Reproduktionstätigkeiten werden oft nicht einmal als Arbeit anerkannt. LINKS steht für die Anerkennung dieser Tätigkeiten als Arbeit und ihre Vergesellschaftung und Kollektivierung. Auf dem steinigen Weg muss zumindest sichergestellt werden, dass Reproduktionsarbeit Menschen nicht überlastet. Sie muss prinzipiell besser verteilt und bessere Unterstützung sichergestellt werden. Das heißt, dass schrittweise immer mehr unbezahlte Hausarbeit in gesellschaftliche Organisation und Verantwortung überführt wird.

- ◀ Wie bei der klassischen Erwerbsarbeit benötigt auch Reproduktionsarbeit faire Arbeitsbedingungen. Darunter fällt zunächst eine sozial-, kranken-, unfall- und pensionsversicherte gerechte Bezahlung. Die Arbeit muss auf versicherte Pensionszeiten voll angerechnet werden.
- ◀ Alle Kinder haben einen rechtlichen Anspruch auf kostenlose Kinderbetreuungsplätze, wobei ein Kinderbetreuungsschlüssel gewährleistet wird, der eine gute Betreuung ermöglicht und einzelne Pädagog*innen nicht überlastet.
- ◀ Eine komplett überarbeitete Kinderunterhaltssicherung ist wichtig, die Regelbedarfssätze neu festsetzt und bei niedrigem Einkommen der Eltern eine Finanzierung durch die öffentliche Hand sicherstellt.
- ◀ Pflege muss ausfinanziert werden. Das reicht von zusätzlichem und besser bezahltem Personal im Pflegebereich bis hin zu leichtem und leistbarem Zugang zu notwendigen Hilfsmitteln. Alle haben Anspruch auf Pflege, die staatlich garantiert werden muss.

8.2 PREKÄRE ARBEITSVERHÄLTNISSE BEENDEN

In den letzten Jahren haben sich unsichere Arbeitsverhältnisse weltweit und auch in Österreich stark ausgebreitet. Statt einer fixen Vollzeitanstellung müssen sich immer mehr Menschen in Scheinselbstständigkeit, befristete Dienstverhältnisse, Leiharbeit, unter- oder unbezahlte Praktika begeben. Für große Teile einer neuen Generation von Arbeiter*innen werden diese Arbeitsverhältnisse zur Normalität. LINKS steht für eine Beendigung dieser ausbeuterischen Praxis. Wer Vollzeit arbeiten muss, soll zumindest den vollen arbeitsrechtlichen Schutz unbefristeter Arbeitsverhältnisse erlangen.

- ◀ Gesetzliche Regelungen, die Scheinselbstständigkeit verhindern, sowie verpflichtende Übernahme aller befristeten und Leiharbeitsverhältnisse in unbefristete Fixanstellungen
- ◀ Verbot von unbezahlten Praktika, sowie Bezahlung nach branchenüblichen Kollektivverträgen
- ◀ Volle Arbeitsrechte für Beschäftigte in Privathaushalten wie Reinigungs- oder Pflegekräfte unter Bezahlung nach Kollektivvertrag

8.3 ARBEIT MUSS SICH LOHNEN – WER NICHT ARBEITET, MUSS AUCH LEBEN

LINKS steht für eine bedingungslose Existenzsicherung für alle Menschen, mit keinem oder geringem Einkommen. Über sie erfolgt auch kostenfreie Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung. Für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und in besonderen Lebenslagen (chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Schwangere etc.) bleiben zusätzliche Sozialversicherungsleistungen bestehen. Es besteht ein individueller Rechtsanspruch ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen. Zusätzlich steht LINKS für eine radikale Arbeitszeitverkürzung.

- ◀ Arbeitslose, prekär Beschäftigte und weitere Personengruppen mit keinem oder geringem Einkommen erhalten eine garantierte Existenzsicherung in der Höhe von EUR 1.500,- ohne bürokratische Auflagen und Schikanen durch Institutionen wie das AMS.
- ◀ Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ◀ Ausnahmslose Rücknahme des 12-Stunden-Tages / der 60-Stunden-Woche
- ◀ Arbeitgeber*innenseitige, progressive Besteuerung von Überstunden
- ◀ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für FLINT*-Personen, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung
- ◀ Mindestlohn in der Höhe von EUR 1.950,- netto (jährlich valorisiert mit der Inflationsrate)¹
- ◀ Arbeitserlaubnis für alle: keine Einschränkungen abhängig vom Aufenthaltsstatus
- ◀ Sexarbeit ist Arbeit. Arbeitsrechtliche und kollektivvertragliche Bestimmungen müssen auch für diesen Bereich gelten.

8.4 LEHRE

Wir fordern eine lehrreiche und gerecht entlohnte Lehre. Etwa ein Drittel der österreichischen Bevölkerung hat einen Lehrabschluss. Trotzdem finden Lehrlinge kaum politische Repräsentation. Die Lehrlingsentschädigung von Maler*innen liegt unter EUR 600,- netto im ersten Lehrjahr, die von Florist*innen sogar nur bei knapp über EUR 400,- netto. Das kann nicht damit gerechtfertigt werden, dass es sich bei der Lehre um eine Ausbildung handelt. In den meisten Lehrberufen stellen Menschen in der Lehre nach wenigen Monaten eine wichtige Arbeitskraft im Betrieb dar. Niedrige Lehrlingsentschädigungen hindern Menschen in der Lehre an einem unabhängigen und selbstbestimmten Leben. Auch das ist ein Grund, weshalb wenige Menschen nach der Matura einen Lehrberuf beginnen.

- ◀ LINKS fordert daher eine Mindest-Lehrlingsentschädigung von EUR 1.500,- netto ab dem ersten Lehrjahr.

Die meisten beginnen die Lehre im Alter von 15 Jahren und besuchen davor die Polytechnische Schule. Daher muss man sich schon mit 13 Jahren zwischen Lehre und Matura entscheiden. Auch deswegen fordert LINKS eine gemeinsame Schule für alle bis 16.

- ◀ Außerdem muss auch in der Lehre ein Sommerurlaub von 4 Wochen und 15 weitere Urlaubstage während des Jahres gewährleistet sein – Jugendlichen, die sich für eine Ausbildung entscheiden, soll nicht die Zeit zur persönlichen Entfaltung fehlen.

¹) Ein Nettomindestlohn iHv. EUR 1.950,- ist konsistent mit der LINKS Forderung eines EUR 15,- Nettostundenlohns und einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden. Die Umrechnung ergibt sich aus Stundenlohn x Wochenstunden x 13 (Wochen) / 3 Monate (siehe auch <https://www.finanz.at/steuern/lohnrechner/>).

Die Hürden, nach einer abgeschlossenen Lehre den Beruf zu wechseln, sind hoch.

LINKS fordert daher kostenlose Abendschulen für Matura und Studienberechtigungsprüfung und die Anrechnung der Kurszeiten auf die Arbeitszeit.

8.5 GEWERKSCHAFTEN STÄRKEN / DEMOKRATIE INNERHALB DER GEWERKSCHAFTEN FÖRDERN

Lohnabhängige sind nur gemeinsam stark. LINKS will Beschäftigte und ihre Gewerkschaften stärken, um die Interessen von Arbeiter*innen zu verteidigen und gemeinsam Verbesserungen zu erkämpfen, wie eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Löhne, eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und mehr Demokratie in der Wirtschaft.

In Österreich bewirkt das System der Sozialpartnerschaft oft bürokratisch erzielte Kompromisse, die Arbeitskämpfe ruhigstellen. Das blockiert die Vernetzung von Gewerkschaftsaktivist*innen an der Basis. Mit LINKS sehen wir Gewerkschaften als Instrumente des Klassenkampfes.

- ◀ Gewerkschaftliche Organisation unabhängig von Betriebsrät*innen fördern und anerkennen
- ◀ Informationspflicht der Arbeiter*innen bei Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Unternehmensführung
- ◀ Branchen-/Betriebsübergreifende Unterstützung bei Arbeitskämpfen – gegen jede Einschränkung des Streikrechts und für den politischen Streik
- ◀ Für Organisierungskampagnen in Branchen und Unternehmen, in denen prekäre Arbeit vorherrscht, sowie jenen mit einem hohen Anteil an FLINT*-Beschäftigten, Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendlichen
- ◀ Organisation der Kunst- und Kulturschaffenden unterstützen
- ◀ Interessensvertretung von Hausfrauen und anderen privaten Reproduktionsarbeiter*innen einrichten
- ◀ Gegen sozialpartnerschaftliche Kompromisse ohne Ausschöpfung unserer Kampfkraft – für den Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung in den Gewerkschaften
- ◀ Bei schwierigen Verhandlungen kein KV-Abschluss ohne Urabstimmung. Für die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften durch ihre Mitglieder. Für Rechenschaftspflicht, Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionär*innen sowie die Begrenzung der Funktionärsgehälter auf den durchschnittlichen branchenüblichen Facharbeiter*innenlohn

8.6 LOHNARBEIT ÜBERWINDEN

Die Arbeitsverhältnisse unserer kapitalistischen Gesellschaft zielen darauf ab, den Profit der Unternehmen zu maximieren. Daraus ergibt sich die Ausbeutung von Menschen und Umwelt. LINKS arbeitet an einer Zukunft, in der wir – die Gesellschaft – selbst entscheiden, worin Bedürfnisse bestehen und woran und wofür wir arbeiten. Dazu fordern wir eine schrittweise Demokratisierung der Arbeit:

- ◀ Aufbau von demokratischen, rechenschaftspflichtigen und abwählbaren Komitees der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen

- ◀ Vetorecht der demokratisch organisierten Belegschaft gegen Entscheidungen der Unternehmensführung
- ◀ Recht auf volle Einsichtnahme in die finanziellen und organisatorischen Abläufe des Unternehmens
- ◀ Übernahme der Unternehmensleitung durch die demokratisch organisierten Beschäftigten selbst und Aufbau überbetrieblicher Kooperation

8.7 DIE STADT WIEN GEHT ALS ARBEITGEBERIN MIT GUTEM BEISPIEL VORAN

Jedes Jahr rühmt sich Wien mit Preisen, die sie als lebenswerteste Stadt der Welt auszeichnen. Dabei werden viele der Errungenschaften der letzten 100 Jahre, auf denen die Lebensqualität Wiens für alle beruht, seit Jahrzehnten schleichend abgebaut. LINKS ist überzeugt, dass das auch anders geht und Wien – gerade auch als Arbeitgeberin – mit bestem Beispiel voranschreiten sollte. Das führt einerseits für ihre vielen Beschäftigten zu einer unmittelbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und andererseits hilft es dem Aufbau von Druck zur Verbesserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse. Aus Sicht von LINKS sollte die Stadt Wien deshalb

- ◀ eine sofortige Arbeitszeitverkürzung in ihrem Verantwortungsbereich bei vollem Lohn- und Personalausgleich einführen.
- ◀ einen Mindeststundenlohn von EUR 15,- netto einführen, der auch bei der Auftragsvergabe als zentrales Vergabekriterium herangezogen werden muss.
- ◀ Pausen bezahlen und keine unbezahlten Vorarbeiten einfordern (bspw. Sanitäter*innen, die vor ihrer Schicht das Auto kontrollieren müssen).
- ◀ sofort strikte Quotenregelungen auf allen Ebenen für cis Männer einführen und mittelfristig erfüllen.
- ◀ verbindliche Dienstplanung in allen Bereichen zur Planungssicherheit gewährleisten (insbesondere von Alleinerzieher*innen und während der Elternteilzeit), sowie im Regelfall keine Besprechungen vor 9:00 und nach 15:00 Uhr abhalten.
- ◀ Finanzierung mehrsprachiger Informationen und Beratungsangebote zum Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden und Migrant*innen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus wie auch zur arbeitsrechtlichen Situation illegalisierter Migrant*innen bereitstellen.
- ◀ die Jobvermittlung von Migrant*innen, insbesondere von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Haftentlassenen unterstützen.

9 WIRTSCHAFT

VON MENSCHEN FÜR MENSCHEN

Braucht es tatsächlich eine Krise, damit sich die Menschen daran erinnern, wie wichtig Solidarität für jede Gesellschaft ist? Die Corona-Pandemie zeigt wie durch eine Lupe vergrößert die Probleme des kapitalistischen Systems auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene. Hyper-industrialisierte Landwirtschaft und Globalisierung haben die Rahmenbedingungen für die weltweite Ausbreitung des Virus geschaffen und gleichzeitig die sozialen Sicherheitssysteme kaputtgespart, die jetzt so fehlen. In der Lombardei, in England und Frankreich kann man die Folgen nicht mehr aus dem öffentlichen Diskurs ausblenden. Auch in Übersee, in Brasilien und den militärisch allmächtigen USA zeigen sich die Mängel der bisherigen Politik. Die Auswirkungen im globalen Süden sind lebensbedrohend, da die Lebensbedingungen häufig kein Local Distancing zulassen und oft eine soziale Absicherung fehlt. Aber auch unmittelbar vor unseren Türen zeigen sich die sozialen Gegensätze verstärkt. Insgesamt ein toller Kapitalismus, der Freiheit und Wohlstand für alle verspricht, aber dies nur für eine Minderheit bereithält. Angesichts dieser Tatsachen liegt es nahe, radikale Änderung zu verlangen. Mehr Inklusion, Transparenz und Demokratie, Teilhabe aller Betroffenen an wirtschaftspolitischen Entscheidungen – eine Wirtschaft, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Da dies unter den herrschenden Bedingungen nicht zu erlangen ist, gilt es, sie zu überwinden. Bis dahin muss zumindest erstritten werden, dass die Grundbedürfnisse aller – wie Wohnen, Ernährung und Gesundheit – bedingungslos gestillt werden. Dann besteht wieder Hoffnung auf ein besseres, ja ein gutes Leben für alle.

Faire Verteilung von Ressourcen herstellen

Mit LINKS werden wir Einkommen, Gewinne und Vermögen progressiv besteuern und so eine bedingungslose Existenzsicherung, flächendeckend geltende höhere Mindestlöhne und -pensionen sowie die Finanzierung einer sozialen Infrastruktur sicherstellen, die hochqualitative Dienst- und Sozialleistungen kostenlos für alle bereitstellt.

Chancengleichheit gewährleisten

Mit LINKS erreichen wir eine Cis-Männer-Quote in der Wiener Verwaltung und in allen Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, von maximal 40 % auf allen Führungsebenen – nicht nur in Aufsichtsräten. Darüber hinaus wird die Quote entscheidendes Kriterium für Förderungen und Aufträge der Stadt Wien.

Teilhabe ermöglichen

Mit LINKS eröffnen wir Migrant*innen die Möglichkeit zur echten wirtschaftlichen Teilhabe in Wien, indem wir Infrastruktur für Communities finanzieren und Mehrsprachigkeit bei allen Dienstleistungen der Stadt und ihrer Betriebe sicherstellen.

Nachhaltigkeit sicherstellen

Mit LINKS begegnen wir der Klimakrise mit der notwendigen radikalen Reorganisation der Wirtschaft. Es braucht erst die Verstaatlichung, sodann den konsequenten Umbau besonders umweltverschmutzender Konzerne (OMV, Voest etc.), um nicht länger Teil des Problems (= Klimakatastrophe) zu sein, sondern Teil der Lösung (= nachhaltige Energieversorgung / Produktion) zu werden.

9.1 VERGESELLSCHAFTUNG IM GROSSEN UND IM KLEINEN

Gesundheit und Soziales, Wasser und Energie, Öffentlicher Verkehr, Kultur und Freizeit, Post und Abfallentsorgung gehören zu den Dienstleistungen, die jede*r braucht. Für LINKS gehören sie deshalb vollumfänglich in die öffentliche Hand – und dürfen nicht von Märkten geregelt werden und privaten Gewinninteressen ausgesetzt sein. Zugang, Leistbarkeit und Qualität für alle ist Grundvoraussetzung für ein solidarisches Miteinander.

- ◀ Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur von Wien (Gesundheit, Kultur, Bildung etc.) und kostenlose Angebote öffentlicher Dienst- und Sozialleistungen für alle
- ◀ Rücknahme der bisher vorgenommenen Privatisierungen (Auslagerungen) von Wiener Dienstleistungsbetrieben, anstatt einen weiteren Ausverkauf von öffentlichen Betrieben oder Betriebsteilen, Einrichtungen und Aufgaben voranzutreiben
- ◀ Schrittweise Vergesellschaftung der Banken (zur Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten und zur Unterstützung von öffentlichen Investitionsprogrammen), des Transportwesens (zur umweltfreundlichen Wende angesichts der Klimakrise) und der Energieerzeugung und -verteilung (zur Sicherstellung von leistbarer und umweltfreundlicher Energieversorgung)
- ◀ Wirksame demokratische Kontrolle und Verantwortung städtischer Unternehmen in Satzungen und Gesellschaftsverträgen, in denen die Unternehmensleitung dem (gesamten) Gemeinderat und den Belegschaften gegenüber verantwortlich ist
- ◀ Hilfe bei der Selbstorganisation durch öffentliche Förderung von Interessensgemeinschaften und genossenschaftlichen Zusammenschlüssen von EPU^s² bzw. Scheinselbständigen
- ◀ Selbstverwaltete Räume in jedem Wiener Grätzl, in denen gemeinsam gearbeitet werden kann, Grätzlwerkstätten als Umschlagplatz für Know-how und Nachbarschaftshilfe

9.2 IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Die üblichen Innovationsstrategien quer durch alle Wirtschaftsbereiche sind profitgetrieben. LINKS will stattdessen in die gemeinwohl- und bedürfnisorientierte Entwicklung notwendiger Innovationen investieren.

- ◀ Mit LINKS finanzieren wir die Reformen beim Wiener Wohnen, dem (öffentlichen) Verkehr, dem Wiener Gesundheits- und Bildungssystem hin zu einer sozialen Infrastruktur, die allen bedingungslos zur Verfügung steht (Details finden sich in den entsprechenden Kapiteln).
- ◀ Gezielte Förderung gemeinwohlorientierter Betriebe und Genossenschaften
- ◀ Bei Investitionen und der Vergabe von Förderungen an private Unternehmen, aber auch beim Einkauf durch öffentliche Unternehmen ist die Einhaltung von Mindeststandards nach den folgenden Kriterien Voraussetzung:
 - ◆ Soziale Mindeststandards (wie beispielsweise der EUR 15,- Nettostundenlohn, siehe Kapitel 8 Arbeit)
 - ◆ Umweltverträglichkeit / Klimaneutralität / ökologische Nachhaltigkeit
 - ◆ 40 %-Cis-Männer-Quote bei Führungskräften
 - ◆ Darüber hinausreichende Maßnahmen zur Förderung von Diversität

² Ein-Personen-Unternehmen

- ◀ Abbau von – baulichen, kommunikativen und strukturellen – Barrieren, um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung zu erleichtern, durch die Stadt selbst, wie beim öffentlichen Verkehr und in öffentlichen Gebäuden, aber auch indirekt, indem Investitionen und Fördergelder zukünftig auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- ◀ Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Absprache mit Wiens Nachbargemeinden
- ◀ Finanzierung und Bereitstellung von Infrastruktur für migrantische Communities
- ◀ Mehrsprachigkeit aller Informationen der Stadt Wien und der Betriebe der Stadt Wien
- ◀ Innovationen in der Kommunikationstechnologie und bei der Digitalisierung in den Dienst aller stellen. Das digitale Wien von LINKS ist öffentlich, transparent und für alle zugänglich.

9.3 STEUERN SIND ZUM STEUERN DA

Für LINKS sind progressive Vermögens- und Unternehmensbesteuerung sowie substanziell progressivere Einkommenssteuern essenzieller Bestandteil einer geänderten, gerechteren Steuerstruktur, bei der die Beiträge von niedrigen Arbeitseinkommen gesenkt und jene von hohen Arbeits- und Kapitaleinkommen, sowie Vermögen erhöht werden, um einer – auch im liberalen Sinn – gesellschaftlich unverträglichen Vermögenskonzentration entgegenzuwirken.

- ◀ Eine progressive Körperschaftssteuer (für juristische Personen) und eine progressivere Einkommenssteuer mit einem Spitzensteuersatz von jeweils 80 %, um Menschen, die sehr gut verdienen, einen solidarischen Beitrag zur Gesellschaft zu ermöglichen.
- ◀ Die Steuerprivilegien für Kapitalgewinne – etwa von Aktionär*innen – müssen abgeschafft werden. Sie sollten genauso progressiv besteuert werden wie Lohneinkommen.
- ◀ Erbschaften und Schenkungen sind mit einer wiedereingeführten Steuer zu belasten. Da sie ohne eigene Leistung anfallen, ist eine solche Besteuerung nicht nur gerecht (selbstbewohntes Eigentum ist selbstverständlich auszunehmen), sondern dient auch der effizienten Ressourcen-Allokation. Der steuerrelevante Einheitswert ist an den Verkehrswert heranzuführen. Das illegitime Argument der Doppelbesteuerung ist entschieden zurückzuweisen, schließlich zahlen Lohnarbeiter*innen mit ihrem besteuerten Einkommen ja auch Mehrwertsteuer für jeden Laib Brot.
- ◀ Darüber hinaus ist eine jährliche progressive Vermögenssteuer auf Finanz- und Immobilienvermögen – und nicht erst bei Veräußerung – durchzusetzen.
- ◀ Für transnational agierende Konzerne ist eine Gesamtkonzernsteuer einzuführen, in der der konsolidierte Unternehmensgewinn nach Ländern getrennt aufgeteilt, offengelegt und lokal besteuert wird.
- ◀ Einführung einer CO₂-Steuer als neue „Luxussteuer“

9.4 STEUERFLUCHT VERHINDERN UND WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT HÄRTER SANKTIONIEREN

Steuerhinterziehung, Korruption und Subventionsbetrug sollen sich nicht länger lohnen. Mit LINKS werden alle, die es sich leisten können, ihren fairen Beitrag in Form von gerechten Steuern zur Gesellschaft leisten.

- ◀ Beweislastumkehr auch bei Korruptionsdelikten
- ◀ Erhöhung des Mindeststrafmaßes bei Korruption und Steuerhinterziehung
- ◀ Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter personell und technisch aufstocken und per Gesetz ermächtigen, Steuerhinterziehung konsequent zu verfolgen
- ◀ Banken, Wirtschaftsprüfer*innen und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen ebenfalls empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz.
- ◀ Schließen diverser Steuerschlupflöcher zur Verhinderung legaler Steueroptimierung und Transparenzverpflichtungen, vor allem für transnational agierende Konzerne

9.5 ARMUT BEKÄMPFEN, NICHT DIE ARMEN

Armut ist ein Problem im reichen Wien. Die Gründe hierfür sind vielfältig: der falsche Pass, Erwerbslosigkeit, unbezahlbare Mieten, Verschuldung oder prekäre Arbeitsverhältnisse. Alle Menschen in Wien sollen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb steht LINKS für ein angst- und diskriminierungsfreies soziales Absicherungssystem, das allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

- ◀ Einführung der von LINKS geforderten bedingungslosen Existenzsicherung, sowie eines lückenlosen Mindestlohns und Anhebung der Mindestpension (siehe Kapitel 8 Arbeit)
- ◀ Entgeltfreie Strom- und Gas-Grundkontingente und Abschaffung von Strom- und Gassperren, um Energiearmut zu bekämpfen, sowie über die Strom- und Gas-Grundkontingente hinaus die Einführung eines Sozialtarifs für Menschen, die Transferleistungen beziehen, von Altersarmut betroffen sind oder eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut liegt
- ◀ Stärkung der Armutsbekämpfung durch vielfältige Förderprogramme, insbesondere die Finanzierung mehrsprachiger Informationen und Beratungsangebote zum Arbeitsmarktzu- gang von Asylsuchenden und Migrant*innen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus wie auch zur arbeitsrechtlichen Situation illegalisierter Migrant*innen
- ◀ Verstärkte Personalausstattung städtischer Ämter und Magistrate und Schulungen für einen respektvollen Umgang mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind

9.6 DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS

Die Corona-Pandemie hat den Mythos eines Markts, der es schon richten wird, der ein „geht’s uns allen gut“ herbeiführen kann, sehr deutlich als solchen demaskiert. In Österreich haben Hunderttausende ihre Jobs verloren, mehr als eine Million waren in Kurzarbeit. Die Gründe für das Unvermögen dieses Wirtschaftssystems, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, liegen aber nicht bei irgendeinem „Naturereignis“ – ganz im Gegenteil: Es entspricht dem Kapitalismus, in wiederkehrende Krisen zu verfallen, deren Last jene tragen, die wenig verdienen und kein oder kaum Vermögen besitzen.

Wie auch immer sich die epidemiologische Situation rund um das Virus entwickelt – die wirtschaftlichen Probleme werden nicht verschwinden. Verteilungsfragen werden an Dringlichkeit und Drastik gewinnen.

Die Frage, wer die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen zu tragen haben wird, ist eine politische. Für LINKS ist die Antwort klar: Gerettet werden muss nicht ein Wirtschaftssystem, das per se Ungleichheiten schafft und fortschreibt. Gerettet werden müssen nicht Banken und Konzerne. Gerettet werden muss hingegen die Lebensgrundlage der großen Mehrheit der Menschen in Österreich.

- ◀ Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die breite Masse der Bevölkerung
- ◀ Entgeltfortzahlung statt Kurzarbeit. Öffentliche Unterstützung nur für in Not geratene Kleinunternehmen und kleine Selbständige, bezahlt aus einem Krisenfonds
- ◀ Bei Insolvenz sollen Unternehmen unter Kontrolle der Beschäftigten entschädigungslos vergesellschaftet werden.
- ◀ Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm zum sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft nach einem demokratisch bestimmten Plan
- ◀ Einstellung von Mietzahlungen bei krisenbedingtem Jobverlust, bei begründeter Bedürftigkeit von Wohneigentümer*innen Übernahme der Mietkosten durch einen Hilfsfonds
- ◀ Die schon erfolgten staatlichen und EU-Finanzhilfen für Großunternehmen im Zuge der Covid-19-Krise müssen in verzinste Kredite umgewandelt werden.

9.7 DIE STADT WIEN GEHT ALS UNTERNEHMERIN MIT GUTEM BEISPIEL VORAN

Die Bedeutung der Stadt Wien als lokale Unternehmerin ist enorm, direkt durch ihren Verwaltungsapparat und indirekt durch ihre Unternehmensbeteiligungen als Auftraggeberin und Konsumentin. Trotzdem findet sich in den aktuellen Leitlinien der Wiener Wirtschaftspolitik kein Absatz zur Rolle der öffentlichen Hand als Wirtschaftsfaktor. Sie sind so fantasielos, dass außer der Begleitung des strukturellen Wandels bestenfalls keynesianisch Konjunkturschwankungen gegengesteuert werden soll. Mit LINKS wäre das anders. Wien würde wie einst vor 100 Jahren zur Speerspitze des Fortschritts. Es braucht keine Gesetze, um sich bspw. zu einem Mindestlohn zu verpflichten und ebendiesen umzusetzen. Es gibt keine Verbote, die Wien davon abhalten, mehr Betriebsdemokratie in den von ihr kontrollierten Unternehmen einzuführen oder die erbrachten Leistungen allen zukommen zu lassen. Das wirtschaftliche Gebaren der Stadt muss wieder so ausgerichtet werden, dass es sich an den Bedürfnissen aller Wiener*innen orientiert. Das Ziel von LINKS ist durch strenge Richtlinien bei Investitionen und Einkauf auch Impulse zu einem gerechteren Umbau der gesamten Wiener Wirtschaft – nicht nur der öffentlich kontrollierten – zu setzen.

- ◀ Ein städtisches Investitionsprogramm, das sich an den oben genannten Zielen, insbesondere dem Ausbau der sozialen Infrastruktur von Wien, orientiert
- ◀ Ein Dienstleistungsportfolio, das durchgängig mehrsprachig angeboten wird
- ◀ Umsetzung sämtlicher nachhaltiger Ideen zur Überwindung der Klimakrise und Herstellung von Umweltgerechtigkeit, die im Kapitel 4 Umwelt, Klima und Verkehr eingebracht werden und direkt in Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, umgesetzt werden können
- ◀ Aufträge der Stadt Wien und von Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist – so überhaupt notwendig – nur an Unternehmen, die den städtischen sozialen, ökologischen

und Diversitäts-Kriterien entsprechen. Dazu gehören u. a. Mindeststundenlohn, Quotenregelungen, Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung (z. B. Betriebsrat) und nachhaltige Lieferketten.

- ◀ Keine Beauftragung von Leiharbeitsfirmen durch die Stadt Wien und von Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, was auch als Auflage an Unternehmen, die Aufträge von der Stadt Wien entgegennehmen, exekutiert wird.
- ◀ Sofortige Einführung und Anwendung strikter Quotenregelungen für cis Männer in der Stadt Wien und bei Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist
- ◀ Transparente Einkommensberichte der städtischen und stadtnahen Einrichtungen und Unternehmen, die sämtliche Lohn- und Gehaltsbestandteile ihrer Beschäftigten offenlegen, sowie die Erstellung konkreter Maßnahmenpläne zum Abbau von Einkommensdifferenzen bei gleichwertiger Arbeit

10 PENSIONIST*INNEN

GEHT ES ALLEN GUT, GEHT ES ALTEN GUT

Die Corona-Krise hat deutlich aufgezeigt, dass viele ältere Menschen zu einer vulnerablen Gruppe gehören, dass sie einen nicht unbeträchtlichen Anteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten, dass sie ihre eigenen Entscheidungen treffen wollen und können und dass sie eigenständige soziale Absicherung brauchen. Man* könnte meinen, das wäre selbstverständlich. Zur Durchsetzung braucht es aber eine linke Opposition.

Mit LINKS gibt es keinen Widerspruch zwischen Alt und Jung. Eine solidarische Stadt schafft einen Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen. Es braucht ruhige und belebte Ecken in jedem Grätzl, es braucht Basisversorgung für jedes Alter vom Kindergarten bis zum Senior*innenheim und es braucht ein Verständnis dafür, dass ältere Menschen genauso selbstbestimmt leben wollen, wie alle anderen.

Alt, aber nicht arm

Mit der Forderung einer Anhebung der Mindestpensionen (Ausgleichszulagen) setzen wir mit LINKS einen wichtigen ersten Schritt zur Bekämpfung der Altersarmut in Richtung Anerkennung und Wertschätzung.

Verdiente alte Schachteln

Für FLINT*-Personen bedeutet diese Erhöhung eine (späte) Schließung des Gender-Pay-Gaps. Mit dem Anrechnen von Betreuungs- und Pflegekarenzzeiten heben wir als ersten Schritt zumindest für die Pensionszeiten die Trennung zwischen Lohn- und Care-Arbeit auf.

Mia san olle oide Weana*rinnen

In etwa 30 Jahren wird voraussichtlich nahezu die Hälfte der über 65-jährigen Wiener*innen im Ausland geboren sein. Durch ein vielsprachiges Kulturprogramm, intergenerationale Lernprogramme, Möglichkeitsräume, um sich einzubringen, ein öffentliches Kulturprogramm für Senior*innen und Community-Nursing im Grätzl – mehrsprachig und kostenlos – geht es LINKS darum, allen Wiener*innen das Oid-Sein lebenswert zu machen.

Ein besseres Klima für ein angenehmeres und längeres Leben

Im Sommer 2019 gab es mehr Hitze- als Verkehrstote. Ein Großteil davon betrifft Menschen über 70. Auch die Lebensqualität älterer Menschen leidet verhältnismäßig stärker unter dem veränderten Klima – für sie ist außerdem die Erreichbarkeit von öffentlichem Grünraum besonders essenziell. LINKS begreift daher den Fokus auf den Schutz der Umwelt nicht als Zugeständnis an die Jungen, sondern als drängenden Kampf aller für alle.

10.1 ALTERSARMUT, NICHT MIT LINKS, ...

LINKS kämpft für eine soziale Absicherung für alle. Dies bedeutet eine kräftige Anhebung der Mindestpensionen (Ausgleichszulagen) von derzeit 966,65 Euro auf 1.500 Euro. Schlechte Löhne und Gehälter dürfen sich nicht im Rentenalter als Altersarmut fortsetzen. Insbesondere für FLINT*-Personen würde das eine (späte) Schließung der Gendergaps und Eigenständigkeit bedeuten, auch wenn sie ihr Leben lang verstärkt unbezahlt Care-Arbeiten geleistet haben. Mit LINKS werden Zeiten der Karenz-, Kinderbetreuung und Angehörigenpflege außerdem – solange die Trennung zwischen Lohn und Care-Arbeit fortbesteht – in einem ersten Schritt auf die Pension angerechnet. Auch für Migrant*innen wäre dies eine wichtige Kompensation und Sicherheit nach jahrelanger prekärer oft auch undokumentierter Beschäftigung. Es wäre auch eine Anerkennung für die unbezahlte Care-Arbeit, die viele ältere Menschen mit Kinderbetreuung erbringen. In der Klimakrise sind ältere Menschen nicht, wie es manchmal suggeriert wird, die Täter*innen, sondern eine stark belastete Gruppe. Jahr für Jahr gibt es mehr Hitzetote, ein Großteil davon betrifft Menschen über 70.

10.2 ... DENN IRGENDWANN SIND WIR ALLE ALT

Seit Jahrzehnten sinkt das Durchschnittsalter der Wiener Bevölkerung, während es in den anderen Bundesländern ansteigt. Bis 2000 war Wien das älteste Bundesland Österreichs, seit 2015 ist Wien mit einem Durchschnittsalter von 40,8 das jüngste. Verantwortlich dafür ist der Zuzug aus anderen Bundesländern und Migration aus dem Ausland.

Wien wächst gleichzeitig enorm: Waren es 1988 noch weniger als 1,5 Millionen, sind es heute 1,9 Millionen. Erwartet wird, dass 2027 die Zwei-Millionen-Grenze geknackt wird und 2036 der historische Höchststand von 1910 von knapp 2,1 Millionen Bewohner*innen übertroffen werden wird.

Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre, der aktuell bei 16,7 % liegt, wird in den kommenden drei Jahrzehnten auf 21,6 % ansteigen. In absoluten Zahlen wird es zu einem Wachstum in allen Altersgruppen kommen, am stärksten wird das Wachstum in der Altersgruppe der über 80-Jährigen ausfallen. Die Zahl der Hochbetagten wird in Wien in den nächsten 10 Jahren um die Hälfte ansteigen und sich in den nächsten 30 Jahren mehr als verdoppeln. Auch die demographische Struktur der Wiener Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter wird sich in Zukunft verändern. Nach Geburtsland betrachtet wird speziell die Zahl der im Ausland geborenen Seniorinnen und Senioren stark steigen. Im Jahr 2048 wird voraussichtlich nahezu die Hälfte der über 65-jährigen Bevölkerung der Stadt (44,0 %) und mehr als ein Drittel der über 80-jährigen Wienerinnen und Wiener (35,3 %) im Ausland geboren sein.

10.3 GEHT'S DEN ALTEN GUT, GEHT ES ALLEN GUT!

LINKS macht sich keine Sorgen um die reichen Alten, die sich alle Annehmlichkeiten zukaufen können. Die große Mehrheit der Pensionist*innen aber lebt bescheiden oder muss auch noch etwas zum Überleben ihrer Kinder und Enkel beisteuern. Eine LINKS-beeinflusste Stadt bietet daher weiters:

- ◀ Ruhige kühle Parks in jedem Grätzl
- ◀ Barrierefreie Gehwege und verkehrsberuhigte Zonen
- ◀ Umfassende Barrierefreiheit bei allen Behörden (auch online)
- ◀ Gratis Freifahrt für Senior*innen mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- ◀ Freies öffentliches Kulturprogramm in verschiedenen Sprachen für Senior*innen
- ◀ Mehrsprachiges Community-Nursing als Gratisangebot im Grätzl, an der Schnittstelle zwischen Sozialarbeit und Pflege
- ◀ Gratis Impfungen für alle Über-60-Jährigen
- ◀ Rechtsanspruch auf einen leistbaren kommunal betriebenen Senior*innenheimplatz oder subventionierte Senior*innen-WGs
- ◀ Umfassende Mitsprache bei Hausordnungen in Heimen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten (von kulturellen Vorlieben über Religion bis zum Joint rauchen)

11 GESUNDHEIT

GESUNDHEIT FÜR EIN KRANKES SYSTEM

Das Wien von LINKS ist eine Stadt für alle. Das gilt ganz besonders auch für das Gesundheitssystem. Daher müssen wir nicht nur dafür sorgen, dass Gesundheitsleistungen für alle gleich gut sind, wir müssen auch sicherstellen, dass sie für alle ohne Hürden zugänglich sind. Gesundheit hat nichts mit Verdienst zu tun. Niemand hat Krankheit verdient, niemand hat das Recht, an Gesundheit und Krankheit anderer zu verdienen. Und auch die eigene Gesundheit muss nicht erst verdient werden – sie steht allen zu. Sie zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Mit LINKS bauen wir eine Stadt, in der das selbstverständlich ist. Faktoren, die derzeit Unterschiede bedingen – Geschlecht, Herkunft, Papiere, Hautfarbe, Sexualität, Sprachkenntnisse – sind in unserem Wien unerheblich – sowohl für die Qualität, als auch für den Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Um da hinzukommen, brauchen wir viele Etappensiege, die wir mit LINKS erkämpfen wollen – neben einer radikalen Reform des Krankenkassensystems (inkl. der Integration sämtlicher Pflegeleistungen und Pflegeartikel in die Leistungsadministration) – etwa städtische Konzepte zur medizinischen Versorgung von Wohnungslosen, den Ausbau von Kassenstellen, die Abschaffung der Rezeptgebühr, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die Ausweitung von Kassenleistungen auf Verhütung und Leistungen rund um psychische Gesundheit, eine Impfpolitik, die alle erfasst, und konkrete Gesundheitsförderung durch Grünraum- und Ernährungspolitik. Denn das gute Leben für alle setzt voraus, dass nicht nur einigen wenigen Ressourcen zukommen, die allen zustehen. Und es setzt ein gesundes Leben für alle voraus. Beides erkämpfen wir. Mit LINKS.

Mit LINKS hängt Gesundheit nicht vom Geld ab

Einerseits soll Geld weder bestimmen, wie lange es braucht, einen CT-Termin zu bekommen, Fachärzt*innen zu besuchen, menschenwürdige Pflege im Alter zu erlangen, noch wie lange man überhaupt lebt. Andererseits darf Gesundheit für alle ruhig was kosten.

Mit LINKS hängt Gesundheit nicht von Gender und Sexualität ab

Vielleicht die radikalste Forderung von LINKS: der Aufbau eines Gesundheitssystems, das alle Geschlechter gleich gut behandelt wie cis Männer. Auch Frauen. Auch LGBTQIA+-Personen.

Mit LINKS ist Versorgung niemals ein Fremdwort

Wir stellen belastbare Dolmetsch-Systeme in Gesundheitseinrichtungen bereit, die dem Alltagstest auch standhalten, und fördern die Zusammenarbeit mit selbstorganisierten Foren, die muttersprachliche Begleitung vermitteln.

Mit LINKS beginnt Gesundheit mit einer intakten Umwelt

Jede*r hat das Recht auf eine schadstoffarme Umwelt, Zugang zu Grünraum und gesunden Lebensmitteln. Mit LINKS bietet Wien eine Medizin, die Antworten auf die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise bereithält. Beides ist auch für die psychische Gesundheit wesentlich.

11.1 ALLE HEISST ALLE

Was LINKS mit Gesundheit für „Alle heißt Alle“ meint: alle Wiener*innen haben Anspruch auf bestmögliche Betreuung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Keine*r bleibt zurück.

Behandlung auf City Card / Stadtbürger*innenschaft

Anknüpfend an die von LINKS geforderte Wiener City Card (siehe Kapitel 2 Migration, Asyl und Antirassismus) planen wir eine daran gekoppelte Krankenversicherung für alle Wiener*innen. Das Gesundheitssystem muss allen, die hier leben, offenstehen. Die dramatische Stigmatisierung von Nichtversicherten beenden wir damit. Langfristig bauen wir mit LINKS eine Stadt, in der jede*r Zugang zu allen Gesundheitseinrichtungen hat, die gebraucht werden – die City Card dient dann vor allem dazu, Kommunikation innerhalb der (verschiedenen) Gesundheitsberufe zu erleichtern. Das Recht auf Behandlung steht aber allen Menschen – völlig unabhängig von jeder Form der Identifikation – zu.

Gendermedizin

Mit LINKS bauen wir ein Gesundheitssystem, das relevante Unterschiede benennt – die biologischen beschreibt, analysiert und adäquat behandelt, die systemischen aufzeigt und verändert. Die notwendigen Reformen, damit die bestmögliche Behandlung für alle sichergestellt ist, sind tiefgreifend und umfassend:

- ◀ Wissenschaftsförderungen der Stadt Wien sind nur nach Prüfung auf (zumindest) gleichwertige Beachtung von weiblichen Kollektiven in den jeweiligen Studien zu vergeben.
- ◀ Die Einrichtung eigener Förderungen zur Beforschung von Geschlechterdifferenzen, sowie von Fehl- und verzögerten Diagnosen an FLINT*-Personen, um ein besseres Bild davon zu bekommen, wie genderspezifische Behandlungsprobleme gelöst werden können
- ◀ Die Verankerung von Inhalten der Gendermedizin in der Lehre aller Gesundheitsberufe als integrativer Bestandteil aller Fächer
- ◀ Systematisches Sicherstellen von Diversität in allen medizinischen Abteilungen, um eine adäquate Behandlung von FLINT*-Personen und damit eine erhöhte Chance auf Überleben und Gesundwerden zu gewährleisten
- ◀ Verpflichtende Besetzung von Primariatsstellen im Wiener Krankenanstaltenverbund nach Geschlechterquote, sowie Koppelung von Fördermitteln durch die öffentliche Hand für weitere Spitäler an die Einhaltung der Quote

Schwangerschaftsabbrüche

Darüber hinaus muss ein Gesundheitssystem Schwangerschaftsabbrüche zu einem gewöhnlichen medizinischen Eingriff machen. Rechtliche Hürden und die Einzementierung gesellschaftlicher Stigmata müssen ein für alle Mal der Vergangenheit angehören. Es geht um nicht weniger als Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Als solche darf die Möglichkeit zum Abbruch auch nicht von finanziellen Mitteln abhängen.

- ◀ Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafrecht
- ◀ Schwangerschaftsabbruch als Krankenkassenleistung
- ◀ Bis das erlangt ist, schafft LINKS in Wien sichere und anonyme öffentliche Beratungszentren, die Abbrüche durchführen.

Alle Geschlechter gesund

Intergeschlechtlichkeit wird bis heute als behandlungsbedürftige Krankheit angesehen. Betroffene Kinder werden auch heute noch Operationen unterzogen, die schwerwiegende, lebenslange Folgen haben. Beratungsmöglichkeiten sind auf ganzer Linie mangelhaft. Es braucht unabhängige und qualifizierte Informations- und Beratungsstellen sowohl für inter, non-binary und trans Kinder und Jugendliche, für deren Eltern, als auch für erwachsene Betroffene. Medizinische und psychologische Unterstützung muss auf allen Ebenen zur Verfügung gestellt und öffentlich ausfinanziert werden.

- ◀ Recht auf körperliche Unversehrtheit für inter Kinder und Jugendliche
- ◀ Qualitativ hochwertige Informations- und Beratungsangebote ausbauen und finanzieren
- ◀ Wir fordern eine sichere regelmäßige Versorgung von trans Personen. Dazu muss die Trans-Ambulanz des Allgemeinen Krankenhauses ausgebaut werden. Der Bedarf nach weiteren medizinischen Anlaufstellen ist zu prüfen.
- ◀ Wir fordern, dass der Umgang mit trans, inter und non-binary Patient*innen verpflichtend in die Schulung des medizinischen Personals aufgenommen wird.

Versorgung darf niemals ein Fremdwort sein

Offenstehen heißt auch, sprachlich zugänglich sein. LINKS fordert daher gesundheitsrelevante Informationen in allen relevanten Sprachen auf den Seiten der Stadt sowie des Bundes. Außerdem einen massiven Ausbau der Mehrsprachigkeit bei Informationsbroschüren und einen einfachen Zugang zu einer Suchmaschine, die Ärzt*innen auflistet, die verschiedene Sprachen sprechen. Die für Krankenhäuser zum Teil schon geschaffenen Dolmetsch-Systeme müssen praktikabler sein und flächendeckend eingesetzt werden. Dazu braucht es auch entsprechende Schulungen für das Gesundheitspersonal.

- ◀ Unsere Stadt spricht viele Sprachen. Unsere Gesundheit muss das auch tun: Es braucht Dolmetscher*innen, Informationsbroschüren, Ärzt*innen Suchservice.

Wohnungslosigkeit

Kurzfristig fordern wir den

- ◀ Ausbau der medizinischen Versorgung von Wohnungslosen.

Die Gesundheit aller muss im Interesse aller liegen und dadurch auf die politische Agenda kommen; die wichtige Arbeit, die etwa der Louisebus der Caritas oder das Neunerhaus diesbezüglich im Moment leisten, sollte nicht auf Spenden angewiesen sein, sondern von öffentlicher Hand finanziert und ausgebaut werden. Denn nach Ansicht von LINKS ist Wohnungslosigkeit nichts Selbstverschuldetes, das Almosen braucht. Wohnungslosigkeit ist ein Symptom eines Systems, das automatisch und zwangsläufig immer Menschen abhängt und zurücklässt. Es ist die Verantwortung der gesamten Gesellschaft, sich von Wohnungslosigkeit in allen Formen zu verabschieden (mehr dazu im Kapitel 2 Wohnen).

- ◀ Wohnungslosigkeit in die Vergangenheit. Auch das ist Präventionsmedizin.

11.2 GESUNDHEIT DARF KOSTEN

Mit LINKS streben wir eine Gesundheitsversorgung an, die für alle gleich gut ist. Nämlich ausgezeichnet. Dazu müssen die Profite aus dem Zentrum politischer Entscheidungen verdrängt werden.

Langfristig etabliert LINKS ein System, in dem alle Zugang zu allen Gesundheitseinrichtungen haben, die sie brauchen. Das Ziel ist eine vollständige Vergesellschaftung und Solidarisierung der Gesundheitsversorgung. Auf dem Weg dorthin fordern wir dennoch einen Ausbau des bestehenden Systems der Sozialversicherungen. Einerseits, weil so die bereits bestehenden Strukturen genützt werden können, um schnell vieles für viele zu verbessern. Andererseits auch, weil Beispiele für staatliche Gesundheitssysteme, die sich aus Steuereinnahmen und nicht aus Versicherungsbeiträgen finanzieren, wie etwa in Großbritannien, Italien oder Spanien, nicht unbedingt nur positive Beispiele geben.

Ein Gesamtkonzept für ein vergesellschaftetes, öffentliches, egalitäres Gesundheitssystem zu liefern, begreift LINKS als eine Aufgabe, die auf ausführlichen und tiefgreifenden Analysen und Erhebungen basieren muss und viel Arbeit und Sorgfalt erfordert. Eine Aufgabe, die sich auf städtischer Ebene nicht lösen lassen wird. Eine Aufgabe, der dieses erste Programm noch nicht gerecht werden kann.

Privat ist nur die Information

Mit LINKS kann Gesundheit keine Ware sein, vielmehr ergibt sich der bedingungslose Zugang zu allen Gesundheitsleistungen aus dem Grundrecht darauf. Und dieses muss im Sinne einer sozialen Infrastruktur öffentlich sein. Mit LINKS ist daher kein Platz für private Gesundheitsleistungen. Weder Versicherungen noch Spitäler, noch Ärzt*innen, noch Behandlungen sollen gekauft werden können. Bis diese Vision realisiert ist, gilt jedoch, dass kein weiteres öffentliches Geld in die Zwei-Klassen-Medizin fließen darf.

- ◀ Sofortiger Stopp der Finanzierung privater Einrichtungen durch die Pflichtversicherung von Arbeitnehmer*innen (Auflösung des Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds)
- ◀ Kommunalisierung sämtlicher Einrichtungen von privaten Krankenanstalten

Aus einer öffentlichen Hand

Bis das erreicht ist, plant LINKS, wieder mehr Geld für Gesundheit auszugeben.

Dazu braucht es ein gemeinsames Finanzierungskonzept für das gesamte Gesundheitssystem, um patient*innenorientierte Entscheidungen zu gewährleisten. Während der niedergelassene Bereich von den öffentlichen Krankenkassen – aber in zunehmendem Maß auch privaten Versicherungen oder direkten Zahlungen der Patient*innen – getragen wird, werden die Kosten für die Spitäler zu einem guten Teil aus dem sogenannten „Landesgesundheitsfonds“ beglichen. Aus dieser dualen Finanzierung des Gesundheitssystems ergibt sich ein vorprogrammierter Interessenskonflikt zwischen Ländern und Kassen. Die Kassen haben ein Interesse an der Verlagerung von Behandlungen (und damit Behandlungskosten) in die Spitäler, die Länder an einer Konzentration auf den niedergelassenen Bereich. Das führt dazu, dass Entscheidungen nicht patient*innenorientiert getroffen werden, sondern mit Blick darauf, wem hier wo Kosten entstehen. Mit LINKS kommt daher die Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems aus einer gemeinsamen öffentlichen Hand.

- ◀ Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer Krankenkasse für alle Sozialversicherten
- ◀ Integration der „Nichtversicherten“ in die Systematik der selbstverwalteten Krankenkassen – in Wien wie erwähnt zunächst über die City Card
- ◀ Insgesamt mehr Geld für das bestehende öffentliche Gesundheitssystem, sowohl bei der ÖGK als auch auf Landesebene
- ◀ Durch das SV-OG 2018 – die „Kassenreform“ unter Kurz I – kommen den Krankenkassen 150 Millionen Euro jährlich abhanden. Das muss rückgängig gemacht werden: LINKS verlangt als ersten Schritt eine Resolution des Wiener Gemeinderats mit der Aufforderung an die Bundesregierung, die Bestimmungen des SV-OG 2018 zurückzunehmen.
- ◀ Langfristig sind jene Gelder, die die Kassen zur Verfügung haben, so zu kalkulieren, dass alle Versicherten Zugang zu hochqualitativer Medizin ohne lange Wartezeiten haben. Versicherungsbeiträge müssen dabei fairer zwischen Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innenseite aufgeteilt werden – mit besonderem Augenmerk auf die Arbeitnehmer*innen.
- ◀ Aufhebung der Höchst- und Verbreiterung der Beitragsgrundlage zur Stärkung der Sozial- und Krankenversicherungen
- ◀ Abschaffung der Selbstbehaltbewirtschaftung innerhalb der sozialen Kassen, insbesondere der Krankenkasse

Für das Sicherstellen der Gesundheit aller sind nicht nur ärztliche, sondern vor allem auch pflegerische Leistungen essenziell. Das bedeutet auch, dass Pflege, insbesondere außerhalb des Krankenhauses allen Menschen zugänglich und ausfinanziert sein muss.

- ◀ Integration sämtlicher Pflegeleistungen und Pflegeartikel in die Leistungsadministration des Krankenkassensystems, das heißt Pflege als Kassenleistung – langfristig über die City Card

Alle nach ihren Möglichkeiten, allen nach ihren Bedürfnissen

Einerseits unterliegen die Sozialversicherungsbeiträge einer Höchstbeitragsgrundlage. Andererseits sind die Selbstbehalte festgesetzte Beträge und somit für alle gleich – egal, wie viel sie verdienen. Das stellt eine massive Mehrbelastung für Menschen mit geringerem Einkommen dar. Gerade im Bereich der Rezeptgebühren gibt es massive Ungleichbehandlungen und Belastungen für finanziell Schwache. Die angeblichen Rezeptgebührenbefreiungen greifen in der Praxis nicht und sind auch nicht zielsicher. Weg mit den Selbsthalten für finanziell Schwache und höhere Beiträge für Super-Reiche. So versteht LINKS ein solidarisches Gesundheitssystem:

- ◀ Sofortige Abschaffung der Rezeptgebühr
- ◀ Sichere Versorgung mit jedem wichtigen Medikament, auch bei seltenen und schweren Krankheiten und teuren Präparaten
- ◀ Bestmögliche Medikamente und Therapien für alle Menschen und nicht nur für Privatpatient*innen

11.3 GESUNDHEIT DARF NICHT WARTEN

Nicht nur, dass es zu wenig Kassenärzt*innen gibt – hinzu kommt, dass Krankenkassen niedergelassenen Ärzt*innen eine sehr patient*innenferne Arbeitsweise vorschreiben. Nach deren Schema soll sich eine Ärzt*in etwa pro Patient*in nur maximal zehn Minuten Zeit nehmen. Es ist jedoch erwiesen, dass einfühlsame Kommunikation und eine gute Ärzt*in-Patient*in-Beziehung für den Behandlungserfolg von erheblicher Bedeutung sind. Mit LINKS gibt es daher:

- ◀ Sofort 500 neue Kassenstellen in Wien
- ◀ Bei Spezialuntersuchungen ein Termin-Vergabesystem nach medizinischer Notwendigkeit, nicht nach finanzieller Maßgabe
- ◀ Attraktivierung von Kassenverträgen
- ◀ Anreizsysteme, die Zeitnehmen und fundierte Ärzt*in-Patient*in-Beziehungen honorieren

11.4 KASSENFRAGEN, KLASSENFRAGEN

Die Kassenreform 2018 hat dazu geführt, dass die Selbstverwaltung der Krankenkassen – also die Gestaltungsmacht der Versicherten darüber, welche Leistungen von der Kasse übernommen werden, und wie die Höhe der Beiträge gestaltet ist – untergraben wurde. Nachdem die Arbeitnehmervertreter*innen zuvor die Mehrheit im Vorstand des Hauptverbandes ÖGK stellten, setzt sich dieser nur mehr zur Hälfte aus Arbeitnehmer*innen Vertreter*innen, zur Hälfte jedoch aus Arbeitgeber*innen Vertreter*innen zusammen. LINKS plant daher eine Rückkehr zum Selbstverwaltungsprinzip in der ÖGK:

- ◀ Zunächst mittels Wiederherstellung der Mehrheit der Vertreter*innen der Versicherten in den Leitungsgremien
- ◀ Längerfristig die Abschaffung des Einflusses von Arbeitgeber*innen Vertreter*innen auf die Versicherung ganz generell
- ◀ Direkte demokratische Wahl der Versichertenvertreter*innen

GESUND PFLEGEN, NICHT KRANK SPAREN

Pflege ist ein essenzieller Aspekt der Gesundheitsarbeit. Die systematische Minderbewertung von Pflegearbeit ist für LINKS schlicht skandalös. Als erste Schritte plant LINKS daher:

- ◀ Die Schaffung eines eigenen Kollektivvertrags für Pflegeberufe
- ◀ Die Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich (siehe auch Kapitel 8 Arbeit)
- ◀ Eine sofortige kollektivvertragliche Anhebung der Gehälter in der Pflege um 30 %
- ◀ Die Schaffung von mindestens 25 % mehr Stellen, um die Belastung auf ein erträgliches Maß zu reduzieren
- ◀ Die Abschaffung der ungleichen Entlohnungsschlüssel über den KAV
- ◀ Die Integration der Pflege in den regionalen Strukturplan Gesundheit

Hinzu kommt, dass (24-Stunden-)Betreuungsarbeit in den letzten Jahrzehnten immer mehr zur Ware wurde. In Österreich wie in Wien wird – von denen, die es sich leisten können – diese wichtige Sorge-, Betreuungs- und Pflegearbeit meist migrantischen Arbeitskräften zu miserablen Arbeitsbedingungen überlassen. Zur Verbesserung in der 24-Stunden-Betreuung plant LINKS (in Unterstützung der Forderungen der Initiative für Verbesserung der Bedingungen in der 24-Stunden-Betreuung) mittelfristig daher:

- ◀ Das Abschaffen der Scheinselbstständigkeit
 - ◀ Die Schaffung einer landeseigenen Gesellschaft durch die Stadt/das Land Wien, die alle 24-Stunden-Betreuer*innen beschäftigt
- Bis diese Pläne umgesetzt sind, wird LINKS interimistisch
- ◀ eine partei- und organisationsunabhängige Informationsdrehscheibe in Wien für 24-Stunden-Betreuer*innen schaffen.
 - ◀ verpflichtende Standardvertragswerke – die in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der 24-Stunden-Betreuer*innen erarbeitet werden – ausrollen. Diese beinhalten zumindest den vollen Zugang zu Arbeitslosengeld, Kranken- und Pensionsversicherung und die Einklagbarkeit und Sicherstellung von Mindestlohnansforderungen.
 - ◀ die Verpflichtung zur muttersprachlichen Ausfertigung dieser Vertragswerke sicherstellen.
 - ◀ einen Resolutionsantrag der Stadt Wien an die Bundesregierung aufsetzen, der die Indexierung der Familienbeihilfe, u. a. für ausländische Pflegekräfte, sofort rückgängig macht und die dadurch entstandenen Schäden begleicht.

11.5 NICHT NUR KÖRPER

Für LINKS ist klar, dass Menschen mehr sind als nur Körper. Die künstliche Trennung von Körper und Psyche lehnen wir ab. Während in Fachkreisen längst anerkannt ist, dass der Dreischritt – physisch, psychosomatisch, rein psychisch – eine unzulässige Vereinfachung ist, hat diese wissenschaftliche Erkenntnis in der Art und Weise, wie Medizin heute meist praktiziert wird, noch relativ wenig Niederschlag gefunden. Zumindest in dieser Stadt müssen wir psychischer Krankheit mehr Öffentlichkeit, mehr Raum, mehr Selbstverständlichkeit beimessen. Mit LINKS bedeutet das neben der Einführung von Psychotherapie als Versicherungsleistung eine breitere Verankerung von psychologischer und psychiatrischer Betreuung.

11.6 NO GLORY IN PREVENTION?

Die besten Krankheiten sind die, die niemand bekommt. Mit LINKS schafft Wien Voraussetzungen, die es seinen Bewohner*innen leichter machen, gesund zu bleiben:

- ◀ Dauerhafte Einrichtung von ausreichenden Grünflächen sowie Outdoor-Sportmöglichkeiten und autofreien Räumen
- ◀ Fundierte und umfassende städtische Programme zur Armutsbekämpfung: Zwischen dem ärmsten und dem reichsten Bezirk Wiens liegen 10 Jahre Unterschied in der Lebenserwartung. Eine bessere Präventionsmedizin als Armutsbekämpfung kann es also kaum geben.

Impfungen

Die jetzt schon bei bestimmten Impfungen von der Stadt Wien getragenen Impfhonorare weitet LINKS auf alle im österreichischen Impfplan beinhalteten Impfungen aus. Zusätzlich soll auch der Impfstoff den Patient*innen keine Kosten verursachen. Interimistisch wird sie auch hier mit LINKS die Stadt übernehmen.

- ◀ Sofort: Eine gratis Grippe-Impfung für alle Menschen in Wien ab 60
- ◀ Aufhebung der Verschreibungs-/Rezeptpflicht für Grippeimpfungen
- ◀ Alle Impfungen, die im österreichischen Impfplan erfasst sind, sollen unentgeltlich zugänglich sein: unabhängig vom Alter.
- ◀ Langfristig fordert LINKS die Übernahme der gesamten Kosten für Impfungen – Honorar und Material – durch die Krankenversicherung.

Arbeiter*innenmedizin

In unserer Leistungsgesellschaft macht Arbeit oft krank. Besonders unentgeltliche Arbeit: Care- und Pflegearbeit, die in der bestehenden kapitalistischen Weltordnung meist von Frauen bzw. FLINT*-Personen bewerkstelligt wird, stellt eine enorme psychische und physische Belastung dar. Weil diese unentgeltliche Arbeit der gesamten Gesellschaft zugutekommt, trägt mit LINKS auch die gesamte Gesellschaft die Kosten von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die mit ihr in Zusammenhang stehen.

- ◀ Umfangreicher Ausbau der Psychotherapie auf „Krankenschein“
- ◀ Physiotherapie als Versicherungsleistung

Diese beiden Therapieformen stehen mit LINKS sofort allen Alleinerzieher*innen und pflegenden Angehörigen ohne bürokratische Wege zur Rechtfertigung der Indikation innerhalb einer Legislaturperiode zur Verfügung.

Aber auch die Lohnarbeit bedingt körperlichen und geistigen Stress, geht oft mit Schadstoffbelastung einher, führt zu Verspannungen und Abnützungen und sehr häufig auch zu psychi-

scher Beeinträchtigung. LINKS besteht darauf, dass Probleme, die am Lohnarbeitsplatz entstehen, auch dort behoben werden müssen, und zwar innerhalb der Arbeitszeit. Was konkret gebraucht wird, wissen die Arbeitnehmer*innen selbst am besten.

- ◀ Physiotherapie und Sport, unter Umständen auch Betriebsmasseur*innen am Arbeitsplatz, Psychotherapie und Supervision – all das muss von Arbeitgeber*innenseite bereitgestellt und finanziert werden.
- ◀ Wie diese Maßnahmen ausgestaltet sein sollen, und welche darüber hinausgehenden Angebote und Kontrollen sinnvoll sind, entscheiden die Arbeitnehmer*innen selbst.

Sexualität

Die Gesundheitsdefinition der WHO aus der Ottawa-Charta (1986) von Gesundheit als „Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein (als) das Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ bedeutet auch ein gesundes Verhältnis zur eigenen Sexualität. Außerdem ist ein niederschwelliger Zugang zu Verhütungsmitteln eine Voraussetzung zu einem freien Ausleben dieser. Um das zu ermöglichen wird LINKS

- ◀ Sexualpädagogik an allen Wiener Schulen anbieten.
- ◀ Niederschwellige mehrsprachige Beratungsstellen zu Sexualität für alle Altersgruppen und Geschlechter schaffen.
- ◀ Kondome in Wien flächendeckend bereitstellen, auf eine Art und Weise, die eine besonders auch für Jugendliche anonyme und unkomplizierte Abholung ermöglicht.
- ◀ durchsetzen, dass Verhütung und diesbezügliche Beratung vollständig durch die Krankenkasse übernommen werden.

Ernährung

Hochwertige Nahrungsmittel dürfen kein Luxus sein, und ein gesunder Zugang zu Lebensmitteln will gelernt werden. LINKS wird daher

- ◀ umfassendere Programme zum spielerischen Erlernen eines gesunden Zugangs zum Essen in Kindergärten und Schulen einführen.
- ◀ gesundes und nachhaltiges Essen in Kindergärten und Schulen bereitstellen.
- ◀ ein völliges Neudenken von Krankenhauskost im Sinne eines integrativen Zugangs, der Patient*innen auch lehrt, wie einfach kochen und gesund essen sein kann, einleiten.

Zahnmedizin

Sinnvolle Prävention im Bereich der Zahnmedizin – Mundhygiene, Zahnbehandlungen und -ersatz – stellt im reichen Österreich nach wie vor einen für viele nicht leistbaren Luxus dar, den sich, da die Kassen dies weitestgehend nicht übernehmen, oft nur Besserverdienende leisten können. Gesunde und ästhetische Zähne gelten weiterhin als Statussymbol und sind auch so bepreist. Mit LINKS durchbrechen wir diese Logik von „Schönheit nur für Reiche“, denn die Sicherstellung von Möglichkeiten eines gepflegten Auftretens für alle sichert auch gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Wir fordern daher

- ◀ eine kostenlose zweimal jährliche Mundhygiene auf Krankenkasse zur Prävention von Zahnverlust für alle Menschen in Wien.
- ◀ eine Lockerung der Bedingungen, unter welchen Krankenkassen die Kosten für Prothesen und Zahnspangen übernehmen.

11.7 GESUNDHEIT UND DROGEN

Drogen, egal ob legale oder illegale, sind im Alltag der österreichischen Gesellschaft allgegenwärtig. Auch der Handel mit per Gesetz illegalen Substanzen floriert und kann mit der seit Jahrzehnten gescheiterten Prohibitions politik nicht bekämpft bzw. eingedämmt werden. Wirft man einen genauen Blick auf dieses Themenfeld, so mag die Einteilung in Illegales und Legales relativ schnell als äußerst willkürlich erscheinen. Alkohol und Tabakkonsum (Nikotin) werden als Form von „kulturellem Gut“ inkludiert. Diese Einteilung sagt dennoch nichts über die Gefährlichkeit bzw. das Schadenspotenzial dieser Substanzen aus. Platz 1 auf der Rangliste der gefährlichsten Drogen einer internationalen Studie³ geht an die Substanz Alkohol, welche noch vor Heroin ein umfassendes Spektrum an körperlichen, psychischen und sozialen Schäden mit sich bringt. Tabak liegt ebenfalls weit vorn (Platz 6). Diese beiden, als Kulturgut verankerten Substanzen, haben laut dieser Einteilung ein höheres Schadenspotenzial als beispielsweise Cannabis (Platz 8), Ecstasy/MDMA (Platz 17) oder LSD (Platz 19). Eine logische Antwort darauf lässt sich also in der bisherigen Drogenpolitik auf den ersten Blick nicht erkennen. Als LINKS stehen wir für einen verantwortungsvollen Umgang mit diversen Substanzen und sind uns der Schädlichkeit bewusst. Wir plädieren nicht für eine unbegrenzte Freigabe und möchten ausdrücklich auf die Gefahren hinweisen, welche der Konsum von Drogen mit sich bringen kann. Da sich aber eine komplett von jeglichen Substanzmittelkonsum befreite Gesellschaft als Illusion herausstellt, ist es an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen und der gescheiterten Prohibitions politik die Tür zu zeigen. Es braucht Maßnahmen für einen umfassenden Jugendschutz, umfassenden Gesundheitsschutz, staatliche Kontrolle, Schutz hinsichtlich der Substanzmittelqualität und ein Austrocknen der mafiösen Kartellstrukturen. Konkret würde das bedeuten:

- ◀ Gerade die Prohibition verhindert viele therapeutische und soziale Hilfsprogramme. Ebenso drängt diese besonders jugendliche Konsument*innen eher in Richtung der medizinisch so gut wie nicht erforschten „Legal Highs“, welche oftmals schwere gesundheitliche oder sogar tödliche Folgen nach sich ziehen.
- ◀ Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis als erster Einstieg in eine allumfassende Reform der Drogenpolitik
- ◀ Zum Verkauf sind dabei einzig und allein staatliche „Apotheken“ autorisiert.
- ◀ Cannabis darf ab dem 21. Lebensjahr in diesen „Apotheken“ zum Eigengebrauch erworben werden.
- ◀ Dies beinhaltet einen effektiven Jugendschutz, welcher auf dem aktuellen Schwarzmarkt nicht gegeben ist. Zudem beinhaltet es eine Qualitätskontrolle, welche vom Staat zu gewährleisten ist. Gesundheitsschädigende Strecksubstanzen werden somit umgangen.
- ◀ Es muss diverse Präventionsprogramme in Form eines eigenen Faches (Schulen, Universitäten etc.) geben, welche Jugendlichen die gesundheitsschädigende Wirkung, sowie auch diverse Hilfsprogramme näherbringen.
- ◀ Flächendeckender Ausbau von medizinischen Anlaufstellen und ambulanter Suchtberatung, in denen Sozialarbeiter*innen, Psychotherapeut*innen/Psychiater*innen, bei denen Betroffene Hilfe erhalten, ohne dass beispielsweise die Arbeitgeber*innen informiert werden.
- ◀ Es benötigt sogenannte „Safer-Use“-Räume, in denen Personen mit Suchterkrankungen auf saubere Materialien (Spritzen, Nadeln etc.) zurückgreifen können und in denen sie sich auch aufhalten können.

³ David Nutt, Leslie King A, William Saulsbury, Colin Blakemore. 2007. Development of a rational scale to assess the harm of drugs of potential misuse. London: The Lancet, Volume 369: 1047-1053.

- ◀ Suchterkrankungen endlich als das anerkennen, was sie sind, und zwar als eine „chronische Krankheit“ und nicht als ein Problem bzw. das Versagen Einzelner
- ◀ Die Substanzen erhalten eine Besteuerung, durch welche zum einen Hilfsprogramme finanziert, aber auch andere staatliche Projekte realisiert werden sollen.
- ◀ Mittels staatlichem Verkauf entzieht man den Fehlern, die bei Alkohol und Nikotin gemacht wurden, den Boden. Das heißt, es wird keine individuellen Werbeträger und keine werbenden Firmen geben.
- ◀ Für drogenpolitische Fragen ist es unumgänglich, eine*n Bundesdrogenbeauftragte*n einzusetzen. Diese*r soll aber nicht wie im deutschen Modell von den Regierungsparteien gestellt werden, sondern einem unabhängigen Kreis von Wissenschaftler*innen entspringen, die zu diesem Thema arbeiten. Diese*r setzt dann sein*ihr Team selbstständig zusammen und kann somit unabhängig von der jeweiligen Parteipolitik des Sozialministeriums arbeiten.
- ◀ Solange kein geregelter Verkauf aller Substanzen über staatliche Verkaufsstellen gewährleistet ist, benötigt es eine intensive Zusammenarbeit der Stadt Wien mit verschiedenen Präventionsstellen wie beispielsweise „Checkit!“. Hier können verschiedene Substanzen auf ihren Inhalt und ihre Dosis getestet werden. Diese Organisationen sind ein sehr hilfreiches Mittel in puncto harm reduction und sind von der Stadt Wien auch finanziell zu fördern.

Suchterkrankungen sind keine Straftaten

Suchterkrankungen werden in Österreich wie eine Straftat behandelt. Konsument*innen von Rauschmitteln werden diskriminiert und diskreditiert. Polizist*innen dehnen Gesetze aus, um Konsument*innen aus ihren Heimen zu holen und zu stigmatisieren, oder im öffentlichen Raum zu schikanieren.

Bei der Gesetzgebung in Österreich gibt es Ungereimtheiten, was beispielsweise den Anbau von Cannabis bzw. den Besitz von Pflanzen und deren Konsum angeht. Es soll nicht auf die Polizist*innen ankommen, die eine Person kontrollieren, sondern es braucht eine flächendeckende einheitliche und gerechte Drogenpolitik, die allen Menschen in der Gesellschaft gerecht wird. LINKS steht hier für eine Entkriminalisierung von Drogenbesitz und Beschaffung und eine Unterstützung von Suchterkrankten durch staatliche Institutionen.

Aufgrund der restriktiven Drogenpolitik und der Kriminalität, die damit einhergeht, werden Minderheiten und Menschen mit sozialen Problemen weiter marginalisiert und diffamiert. Für LINKS ist klar: es muss für alle Menschen ausreichend soziale Sicherheit geben, ohne in Kriminalität abzurutschen. Der beste Weg hierbei ist das Entkriminalisieren und in weiterer Folge Legalisieren von Rauschmitteln.

Daher fordern wir:

- ◀ Mehr Präventionsarbeit und die dafür erforderlichen Mittel
- ◀ Polizei raus aus der Arbeit mit Suchterkrankten
- ◀ Entkriminalisierung von Konsum und Besitz (bei geringen Mengen)
- ◀ Bessere Aufklärung durch Sozialarbeiter*innen, u. a. Suchterkrankungsexpert*innen
- ◀ Sichere Konsumorte
- ◀ Mehr Unterstützung im Gesundheitsbereich statt Verwaltungs- oder Freiheitsstrafen

CORONAFREI MIT LINKS

Es ist zu erwarten, dass schon im Herbst das Aufeinandertreffen von Grippe und Coronaepidemie zum neuerlichen Ansteigen von lebensbedrohenden Erkrankungsfällen kommen wird. Eine Stadt, die auf ihre Bürger*innen schaut, bereitet sich rechtzeitig auf eine nächste Epidemie-Welle vor.

- ◀ Bevorratung mit der entsprechenden Testausrüstung und Planung zur Sicherstellung einer umfassenden Testkapazität bei Auftreten einer neuen Welle
- ◀ Bereitstellung von städtischen Geldern zur Finanzierung einer flächendeckenden Impfkampagne, sobald eine sichere und ausreichend getestete Impfung zur Verfügung steht
- ◀ Informationsmaterial in allen relevanten Sprachen
- ◀ Voraussetzungen treffen, um die Hotellerie in den Versorgungsplan einzubinden. Ausbau der Notschlafstellen in Zusammenarbeit mit der Hotellerie
- ◀ Unterstützung der Betreuungseinrichtungen wie Notschlafstellen, Pflegeheime oder Einrichtungen für Geflüchtete beim seuchenhygienischen Ausbau der Besucher*innenzonen
- ◀ Ausreichende Bevorratung von Schutzausrüstung für Krankenhauspersonal
- ◀ Aufstockung der Nettoersatzraten für Arbeitslosengeld
- ◀ Auslassung aller fremdenpolizeilichen Maßnahmen bis zum Ende der Corona-Krise
- ◀ Personenbezogene Daten müssen auch nach der Corona-Krise vertraulich bleiben.
- ◀ Es braucht sichere und mehrsprachige Meldestellen, um Menschen zu ermöglichen, in dieser Krisensituation frei von Angst verantwortungsvoll zu handeln.

12 KONSUM

WEIL DER MARKT ES NICHT RICHTEN WIRD

Längerfristig wollen wir mit LINKS zu einer Konsumrealität kommen, in der die Produktion sich am Bedarf und am Gemeinwohl orientiert. In der die Mittel, Produkte herzustellen, der ganzen Gesellschaft gehören, und auch die ganze Gesellschaft darüber entscheidet, was produziert wird. Die Logik des Marktes, die zum jetzigen Zeitpunkt untrennbar mit Konsum zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verknüpft ist, ist im zukünftigen Wien mit LINKS nur noch in Geschichtsbüchern zu finden.

Es ist uns wichtig, die neoliberale Erzählung von einem Markt, der sich um uns alle kümmert, wenn wir ihn nur lassen, als Märchen zu entlarven: eine „Konsumdemokratie“, also eine Welt, in der die Freiheit der einzelnen darin besteht, zu wählen, was und wie sie konsumieren möchten, kann in unserer kapitalistischen Welt nur Ungleichheit bringen: Solange Menschen verschiedene finanzielle Möglichkeiten haben, solange jegliche Produktion reiner Profitlogik folgt, kann Konsum nie gerecht sein. Das bedeutet auch, dass die Argumentation, Konsumverhalten alleine könne eine Besserung hervorrufen, zu kurz greift: Solange vermeintlich nachhaltiger Konsum ein nicht für alle erschwinglicher Lifestyle-Faktor bleibt, und umgekehrt Menschen, die sich diesen nicht leisten können, individuell für bestehende Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse verantwortlich gemacht werden, wird sich das große Ganze nicht ändern lassen.

Konsumieren mit **KLASSE** – für alle

Zugang zu hochwertigen und nachhaltig hergestellten Gütern ist mit LINKS das Recht aller, und nicht das Lifestyle-Privileg jener wenigen, die sich die Auswahl leisten können. Dass Armut Lebenszeit kostet, liegt zu einem nicht unwesentlichen Teil daran, dass gesunde Ernährung gegenwärtig gewisse zeitliche und finanzielle Ressourcen voraussetzt. Mit LINKS gibt es stattdessen städtische Angebote, die eine gute Versorgung aller ermöglichen.

Versorgungsverantwortung ist **GENDERLOS**

Weltweit werden Frauen immer noch für die Ernährungssicherung verantwortlich gemacht und mit dieser Aufgabe von der internationalen Gemeinschaft großteils allein gelassen. Mit dem Ausbau von Ernährungsprogrammen in Kindergärten und Schulen wird zumindest dieser kleine Teil der traditionell als weiblich zugeschriebenen Sorgearbeit gesellschaftlich übernommen.

Produkte ohne **AUSBEUTUNG** und **DISKRIMINIERUNG**

Mit LINKS werden alle Betriebe, die der Stadt Wien zuliefern, flächendeckend auf die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Standards in Bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung sowie auf die rechtmäßige Verrechnung von Kost und Logie überprüft. Diese Aspekte sind vor allem bei Erntehelfer*innen und Saisonarbeitskräften relevant, die aufgrund mangelnder Alternativen und bestehender Sprachbarrieren besonders stark von Ausbeutung betroffen sind.

Nicht auf Kosten der **UMWELT**

Durch das Fördern von kleinbäuerlicher und regionaler Produktion, durch umfassende Projekte zur Abfall- und Verpackungsvermeidung und die Etablierung und Ausweitung ökologischer Standards für von der Stadt bezogene Güter, sowie Strategien zur Reduktion des Konsums tierischer Produkte macht Wien mit LINKS nachhaltigen und umweltfreundlichen Konsum zu unser aller Alltag.

12.1 LOKAL KONSUMIEREN

Mit LINKS fängt die Loslösung der Bedürfnisbefriedigung von Markt und Profit bei der Stadt an. Die Rolle der Konsumentin, die die Stadt spielt, nehmen wir nicht als bloße Notwendigkeit wahr, die abgewickelt werden muss. Vielmehr sehen wir die Gestaltungsmacht, die daraus entsteht, und nutzen sie mit LINKS aktiv zur Veränderung. Denn die Stadt als Kollektiv kann mehr bewegen als ein Individuum.

Für etwa 83.000 Beschäftigte fungiert sie als Arbeitgeberin: sei es über den Magistrat und seine Unternehmen (65.000, davon die Hälfte im Wiener Gesundheitsverbund aka. Krankenanstaltenverbund), die Wiener Stadtwerke oder die Wien Holding. Hinzu kommen weitere städtische Unternehmen, wie verschiedene Museen, das Gewässermanagement und zahlreiche Fonds. Tausende Wiener*innen aller Altersgruppen versorgen sich täglich in Kantinen und anderen Orten der öffentlichen Beschaffung mit Lebensmitteln.

2015 wurde das Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik getroffen; es handelt sich dabei um ein Papier, in dem sich die Bürgermeister*innen von ursprünglich 40, mittlerweile 209 Städten in 7 Punkten dazu verpflichten, verantwortungsvolle, nachhaltige, gerechte und gesunde Ernährungspolitik zu forcieren. Es folgen 37 empfohlene Maßnahmen in Bezug auf 6 Überthemen („Governance“, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Lebensmittelproduktion, -versorgung, -verteilung und -abfälle), die sehr umfassend Perspektiven aufzeigen (Kleinbäuer*innenrechte, kurze Versorgungsketten, Identifikation von Schulverpflegungsprogrammen durch vorbildliche zivilgesellschaftliche Initiativen, Etablierung von Multi-Interessensvertreter*innen-Foren und Ernährungsräten, Optimieren von Wasserwirtschaft mit partizipativen Ansätzen etc.), aber außer schönen Worten hat dies in Wien bisher noch zu wenig geführt. Das muss sich ändern.

12.2 STANDARDS UND SELBSTVERPFLEGUNG

In Bezug auf Ernährung will das Wien von LINKS in den eigenen Betrieben beginnen:

- ◀ In einem ersten Schritt streben wir die Erhöhung der Standards, unter denen die Güter, die die Stadt konsumiert, hergestellt werden, an.
- ◀ Das verbessert die Lebens- und Arbeitsbedingungen jener Menschen, die sie produzieren, schafft eine Vorbildwirkung und entkoppelt nachhaltige Produkte von ihrem Lifestyle- und Exklusivitätsimage.
- ◀ Zusätzlich bewirken wir dadurch ein deutliches Anheben der Qualität, was bei vielen Produkten (Nicht-Lebensmitteln) auch ein Senken der benötigten Quantität bedeutet.
- ◀ Darüber hinaus statuiert die Stadt Wien mit LINKS ein Exempel für lustvolle und zukunftssträchtige Ernährung: Frisch und kaum tierisch/Qualität und Bewusstseinsbildung.

Insbesondere Fleischkonsum ist in Österreich mitunter ein emotionales Thema. Dennoch sind sich alle Klima- und Umweltexpert*innen einig, dass ein großer Aspekt der Begegnung der Klimakrise in der Umstellung unseres Konsums tierischer Produkte liegen wird müssen. Das heißt nicht, dass wir dem Schnitzel für immer abschwören müssen. Aber mehrmals täglich Fleisch zu konsumieren ist einer der Hauptgründe für Treibgasemissionen und Ressourcenzerstörung.

Umgekehrt haben Essgewohnheiten viel mit Routine und Sozialisierung zu tun. Dass Menschen mit geringerem Einkommen dazu neigen, mehr verarbeitete Lebensmittel zu konsumieren – da diese oft die günstigste und zeiteffizienteste zubereitbare Option darstellen, ist kein Zufall. Die Zusammensetzung dieser Nahrungsmittel, und ihr mit steigendem Verarbeitungsgrad höheres Potenzial, Langzeitfolgen der Fehlernährung wie Diabetes (Zuckerkrankheit)

und Herz-Kreislauf-Erkrankungen auszulösen, ist einer der wesentlichen Faktoren dafür, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen in Wien um ein ganzes Jahrzehnt früher sterben als wohlhabendere Menschen. Auch hier ist Fleischkonsum ein wichtiger Risikofaktor, der aber nicht ganz so eng an die Einkommensverteilung gebunden ist.

Wir fordern für Wien mit LINKS schrittweise also

- ◀ Frischküchen für alle städtischen Kantinen, für Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindergärten, für alle Betriebsküchen.

Angelehnt an das Beispiel des Copenhagen House of Food sollen hier Gerichte angeboten werden, die Lust am Essen vermitteln und Mensch und Natur Gutes tun. Besonders in Betreuungs- und Gesundheitseinrichtungen wird hier auf besondere Bedürfnisse – insbesondere von älteren Menschen und Jugendlichen – explizit eingegangen. Das haben wir aus gesundheitlichen Gesichtspunkten heraus auch bitter nötig: Während in Wien 31 % der Jugendlichen übergewichtig sind, sind bis zu 85 % der Bewohner*innen von Pflegeheimen mangelernährt. Darüber hinaus werden die Bekochten auch in den Entstehungsprozess der Gerichte eingebunden. Damit wird nebenbei ein Bezug zu tierproduktarmer und regionaler Ernährung aufgebaut und ein Geschmack für diese entwickelt.

ERNTE- UND PRODUKTIONSBEDINGUNGEN:

Alle Betriebe, die der Stadt Wien zuliefern, werden flächendeckend auf die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Standards in Bezug auf Arbeitszeit, Entlohnung – wobei insbesondere auf die korrekte Bezahlung von Überstunden sowie Sonderzahlungen geachtet wird – sowie auf die rechtmäßige Verrechnung von Kost und Logis überprüft. Diese Aspekte sind vor allem bei Erntehelfer*innen und Saisonarbeitskräften relevant, die aufgrund mangelnder Alternativen und bestehender Sprachbarrieren besonders stark von Ausbeutung betroffen sind. LINKS unterstützt daher voll und ganz die Arbeit der Sezoni-Kampagne und wird deren Forderungen und Arbeit in seine Politik einbeziehen.

In Bezug auf Umweltfreundlichkeit besteht mit ÖkoKauf Wien bereits seit 1998 ein Projekt. Die hier eingesetzten Grundsätze, nach denen Produkte eingekauft werden (Schonung natürlicher Ressourcen, ökologische Produktion, Energieeffizienz, Reparaturfähigkeit, Vermeidung von Emissionen sowie gefährlicher und toxischer Materialien), werden mit LINKS ernst genommen, ausgeweitet und streng kontrolliert. Insbesondere auch ein Fokus auf kurze Lieferwege und das Fördern von regionalen Kleinbetrieben ist für LINKS hier besonders wichtig.

12.3 WEIL DER SUPERMARKT NICHT SO SUPER IST

Formen der Unterstützung von regionaler und nachhaltiger Produktion

Zusätzlich werden mit LINKS in diesem ersten Schritt bereits existierende Konzepte dazu, wie Ernährung gerecht gestaltet werden kann, wie Kleinbäuer*innen unterstützt werden können und gegenüber Mensch und Natur nachhaltige Landwirtschaft gefördert und ausgebaut werden kann, für den städtischen Konsum aufgegriffen. Zwei solcher Konzepte sind die CSA – Community Supported Agriculture – und Lebensmittelkooperativen (FoodCoops).

Wien als Agriculture Supporting Community (ASC) – Landwirtschaft fördernde Gemeinschaft

Community Supported Agriculture, auf Deutsch oft schlicht als „solidarische Landwirtschaft“ bezeichnet, bietet zusätzlich den Vorteil für die Produzent*innen, dass das Ernterisiko durch die Konsument*innen mitgetragen wird.

In der Praxis funktioniert das so, dass die Konsument*innen die Ernte bereits vorfinanzieren und dann entsprechend des Ertrags ihre jeweiligen Ernteanteile bekommen. Solange das Konzept auf individueller Basis angewendet wird, setzt es voraus, dass die Verbraucher*innen die finanziellen Mittel haben, um diese Vorschüsse zu leisten und bei potenziellen Ausfällen zusätzliche Lebensmittel zukaufen zu können, um ihre Bedürfnisse zu decken. Bei besonders hohen Ernteerträgen müssen sie umgekehrt die Fertigkeiten und zeitlichen Kapazitäten haben, diese zu verwerten oder zu verteilen – andernfalls verderben die durch den Mehrertrag zusätzlich erhaltenen Lebensmittel.

All das setzt Lebensbedingungen voraus, die viele Wiener*innen schlichtweg nicht haben. Nimmt jedoch die Stadt anstelle des Individuums die Rolle der solidarischen Konsumentin ein, lassen sich diese Probleme viel leichter lösen: Erleiden die Landwirt*innen, mit denen die Stadt hier Vereinbarungen trifft, Ausfälle, wird es ein logistisch verhältnismäßig viel kleinerer Aufwand sein, die benötigten Lebensmittel auf anderem Wege zu beschaffen – umgekehrt kann das trotzdem investierte Geld als faire und nicht an Landbesitz gekoppelte Agrarförderung angesehen werden, die sicher dort ankommt, wo sie zugutekommen soll. Erwirtschaften die Vereinbarungspartner*innen jedoch einen Überschuss, können die zusätzlich anfallenden Lebensmittel im NGO- oder öffentlichkeitsnahen Bereich verwendet werden (Beispiel Suppenküchen, Volks- und Volkshochschulen, auch im Rahmen von Workshops, Buffets bei öffentlichen Veranstaltungen etc.).

Daraus folgend strebt Wien mit LINKS also eine schrittweise Deckung seiner Lebensmittelbedürfnisse aus solidarischer Landwirtschaft an:

- ◀ 15 % sofort
- ◀ 60 % innerhalb einer Legislaturperiode

Daran geknüpft sollen auch entsprechende Lieferketten sein, die kurze Wege und ökologisch vertretbaren Transport sicherstellen. Als ein LINKS-wienerisches Pilotprojekt wird die Lieferung von kleinbäuerlichen Produkten über die Schiene aus ganz Österreich in die Stadt innerhalb einer Legislaturperiode geplant und in ersten Schritten auch schon umgesetzt.

Kooperation mit der Lebensmittelkooperative

Das zweite oben erwähnte Konzept ist die FoodCoop – auf Deutsch: Nahrungsmittelkooperative. Dabei handelt es sich um „nicht gewinnorientierte, selbstverwaltete Gemeinschaften, die eine Infrastruktur zur Besorgung und Verteilung von fairen und nachhaltigen Produkten (hauptsächlich Lebensmittel) bieten“, in denen alle Mitglieder das Recht zur Mitbestimmung haben müssen.

Zusätzlich zur Umorientierung des Konsums der Stadt möchte LINKS bereits bestehenden privaten Konsumnetzwerken durch städtische Unterstützung unter die Arme greifen und für mehr Menschen lebbar machen.

Unmittelbar wird LINKS daher

- ◀ leerstehende Räume (insbesondere in Gemeindebauten und auf Märkten) für die Nutzung durch Lebensmittelkooperativen (FoodCoops) fordern.

Bis 2025

- ◀ Zugang zu den oben genannten kurzen und ökologischen Lieferketten (auf Schiene) für solidarische und alternative, nachhaltige Konsumnetzwerke schaffen.
- ◀ eine Bezahlung der nicht-landwirtschaftlichen Arbeit (Entgegennehmen der Lieferungen, Einwiegen der Produkte, Sauberhalten der Räume, Erstellen von Listen etc.), die in diesen Kollektiven notwendig ist, durch städtische Gelder bzw. Organisation dieser Arbeit im Rahmen sozialer Projekte (Stichwort *social design*/ Anstellung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen) einführen.
- ◀ Genossenschaftsmärkte wiederbeleben.

Dadurch erreicht LINKS auch eine Entkoppelung von der Möglichkeit zur Teilhabe an solchen Netzwerken und der Verfügbarkeit der dafür notwendigen finanziellen und zeitlichen Ressourcen.

Längerfristig baut Wien mit LINKS die Marktmacht der Supermärkte ab. Innerstädtisch wird über den kontinuierlichen Ausbau alternativer Konsumnetzwerke, wie sie oben beschrieben sind, auch der individuelle Konsum leichter und günstiger zu decken sein.

DA HOFER WOARS – JETZT ISSES DIE LINA*

Ein Format dafür wären städtisch geförderte Nahrungsmittelkooperativen, die wie Diskont-Supermärkte gestaltet sind: Durch die städtische Förderung fallen Mitgliedsbeiträge weg, die bekannte Aufmachung gewährleistet Niederschwelligkeit und Annahme durch die Bevölkerung.

*LINKS-Nahrungsmittelkooperative

12.4 BUNDESWEIT: FÜR JENE, DIE UNS ERNÄHREN, UND NICHT FÜR JENE, DIE NUR PROFIT ABSCHÖPFEN

Auf Bundesebene tritt LINKS für eine Politik für (Klein-)Bäuer*innen und nicht für den Profit von Agrarkonzernen und Banken ein. Der extreme Preisdruck auf und der Überlebenskampf für (alternative) bäuerliche Betriebe in Österreich muss aufhören.

- ◀ Sozial und ökologisch orientierte Förderpolitik
- ◀ Entkoppeln von Förderungen an Landbesitz
- ◀ Koppeln der Förderungen an Standards: je höher die Standards, desto höher die Förderung
- ◀ Festlegen von Mindestpreisen für Produkte: Weniger als diese darf Produzent*innen nicht gezahlt werden; auch das trägt zu einem schrittweisen Abbauen des Monopols der Supermärkte und zum Durchbrechen von Ausbeutungsketten bei.

12.5 GLOBAL DENKEN

Leider fangen ausbeuterische Arbeits- und Produktionsverhältnisse weder in Wien noch in Österreich an und hören auch nicht hier auf. Der billige Massenkonsum hat besonders im globalen Süden Zerstörung von Ökosystemen und Raub und Verdrängung von kleinbäuerlichen Lebensgrundlagen zu verantworten.

Diese Mechanismen werden durch die sogenannte „globale Arbeitsteilung“, die Macht der multinationalen Konzerne und durch den internationalen Freihandel und seine Abkommen immer weiter fortgeschrieben und verfestigt. Eine internationale Gesetzgebung, die sich dem entgegenstellen und arbeits- und umweltrechtlichen Schutz, ja auch nur den Schutz von Leben und Gesundheit der in diesen globalen Produktionsketten hängenden Menschen, sicherstellen würde, fehlt. Besonders Frauen bzw. FLINT*-Personen, die in vielen Weltregionen gesellschaftlich immer noch für die Ernährungssicherung verantwortlich sind, werden mit dieser Aufgabe von der internationalen Gemeinschaft schlichtweg allein gelassen.

Mit LINKS ist sich Wien der Verantwortung, die dem „globalen Norden“ und dem „reichen Westen“ – inmitten beider es sich befindet – für die Auflösung dieser Ausbeutungsverhältnisse zukommt, wohl bewusst. Was für Lebensmittel in städtischen Betrieben gilt, muss also schrittweise für alle Güter, die die Stadt (auch indirekt) bezieht, verwertet und produziert, gelten. Das betrifft beispielsweise Dienstkleidung in städtischen Einrichtungen, die sowohl unter sozialen und ökologischen Standards produziert, als auch gereinigt und geliefert werden muss. Das oben erwähnte Projekt ÖkoKauf schlägt hier bereits in die richtige Kerbe, geht aber nicht weit genug.

Ausarbeitung von Fair-Trade-Standards, insbesondere für international bezogene Produkte, die

- ◀ innerhalb von fünf Jahren auf alle simplen Gebrauchsprodukte wie Textilien, Geschirr und Kleingeräte umgesetzt werden sollen.
- ◀ Komplexere und teurere Güter wie Produktionsmaschinen, digitale oder medizintechnische Geräte sollen jeweils bei Notwendigkeit des Ersatzes durch Produkte entsprechender Standards ersetzt werden.

Aber auch bei digitalen Produkten wird ein Wien mit LINKS nur konsumieren, was keinen Schaden anrichtet:

- ◀ Ausschließliche Verwendung von Open Source Software durch die Stadt Wien und ihre Betriebe
- ◀ Einstellung von eigenen Programmierer*innen statt Ankauf proprietärer Programme

12.6 VERWENDEN, WAS DA IST – VERMEIDEN, WAS BLEIBT

Wir glauben bei LINKS an Langlebigkeit und wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Anders als bei so vielen anderen Themen gibt es hier bereits Bestrebungen aus verschiedensten Ecken des etablierten politischen Spektrums, die unserer Auffassung nach in die richtige Richtung gehen. Allerdings werden konkrete Maßnahmen nur schleppend umgesetzt und es bleibt oft bei schönen Worten und gut gemeinten Konzepten: Ein Beispiel ist die EU-Abfallrichtlinie (RL2008/98/EG), in der Abfallvermeidung sowie Wieder- bzw. Weiterverwendung in der fünfstufigen Abfallhierarchie an oberster Stelle genannt werden.

Die Stadt Wien nimmt mit LINKS eine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet ein und schafft Rahmenbedingungen, die es Einzelpersonen und Unternehmen leichter macht, dieser Abfallrichtlinie gerecht zu werden:

- ◀ Städtische Förderung von Reparaturcafés, Kost-Nix- und Leihläden in jedem Grätzl
- ◀ Weiterer Ausbau und Förderung des Wiener Reparaturnetzwerks, sowie Kampagnen zur Bewerbung desselben

12.7 ÖKOBONUS UND ANTI-VERPACKUNGSBERATUNG DER STADT WIEN MIT LINKS

Unternehmen, allen voran Supermärkte und andere große Ketten, werden derzeit in Bezug auf ihre Verpackungslösungen nur von Verpackungsunternehmen beraten. Da man für etwas, das man nicht kauft, nicht bezahlen muss, fehlt der Verpackungslosigkeit die Lobby. Mit LINKS rufen wir diese in Wien ins Leben.

- ◀ Alle Handelsunternehmen mit mehr als zehn Mitarbeiter*innen, die Niederlassungen auf dem Stadtgebiet haben, werden verpflichtend, zumindest einmal im Jahr von einer städtischen Stelle für Abfall- und Verpackungsvermeidung beraten.
- ◀ Als Aufgabe sieht die Stadt mit LINKS auch die Gewährleistung der Einhaltung der Einwegplastik-Richtlinie der EU
- ◀ Darüber hinaus fordern wir die Einführung des bereits seit 2011 vorliegenden Ökobonus-Modells auf dem Wiener Stadtgebiet: Es verpflichtet den Lebensmitteleinzelhandel, Mehrwegquoten bei angebotenen Produkten einzuhalten. Tun die Unternehmen das nicht, werden Strafgebühren fällig, die dann in den Topf zur Förderung von Mehrwegsystemen fließen.

Gescheitert ist die Umsetzung in den letzten Jahren immer wieder an Vertreter*innen des Lebensmitteleinzelhandels und der Recyclingindustrie, die ihre Interessen in den entsprechenden Verhandlungen durchsetzen konnten. Nicht mit LINKS – denn mit dem erklärten Ziel, das Markt- und Machtmonopol von Supermarktketten auf dem Stadtgebiet zu unterbinden, haben diese auch kein Druckmittel in der Hand, unsere Stadt mit Markt und Profitinteressen nach ihren Interessen zu lenken.

12.8 DIE WIENER MELANGE MIT HALTUNG TRAGEN: STADTWEITE TUPPERWARE-PARTY MIT LINKS

Mit LINKS gibt es wienweite Pfandsysteme für Behältnisse für Take-away-Lebensmittel:

- ◀ Als erster Schritt werden waschbare Take-away-Kaffeebecher von der Stadt produziert, die alle Unternehmen, die To-go-Getränke anbieten, verwenden und zurücknehmen sollten.

Werden trotzdem Einweg-Becher verwendet, ist wie oben für den Ökobonus beschrieben ein Strafzahlung fällig. Umgekehrt stellt die Stadt entsprechende Spülmaschinen und bei Schwund Nachschub zur Verfügung. Die Herstellung dieser Becher soll im Rahmen von Social-Design-Projekten stattfinden.

- ◀ In den nächsten Schritten folgt weiteres Mehrweg-Geschirr, sodass sich das Konzept auch auf Take-away-Essen ausweiten lässt.

12.9 RECHT AUF KONSUMFREIHEIT

In der jetzigen Welt und damit auch im jetzigen Wien funktioniert gesellschaftliche Teilhabe sehr stark über Konsum. Mit LINKS wird das anders!

- ◀ Schaffen von flächendeckenden konsumfreien Räume durch die Stadt (siehe Kapitel 5 Stadtplanung)

13 TIERSCHUTZ

TIERSCHUTZ IST LINKS

Das kapitalistische System und seine Wirtschaftsordnung beruhen per se auf Ausbeutung. Von dieser sind ganz maßgeblich auch Tiere betroffen. Das wird besonders in industrieller Tierhaltung deutlich. Obwohl mit dem österreichischen Tierschutzgesetz seit 2005 eine bundesweit einheitliche Regelung zum Tierschutz vorliegt, in der es im ersten Paragraphen heißt „Ziel dieses Bundesgesetzes ist der Schutz des Lebens und des Wohlbefindens der Tiere aus der besonderen Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf“, finden diese blumigen Formulierungen in der Realpolitik wenig Entsprechungen.

Im Sinne eines Weges heraus aus der Marktlogik hin zu einem guten Leben für alle sieht es LINKS als politische Aufgabe – auch im Sinne einer ganzheitlichen und ernsthaften Umweltpolitik – die Rechte von Tieren vehement einzufordern und das Attribut „Ware“, das vielen Spezies unverhohlen zugeschrieben wird, von Lebewesen zu entkoppeln.

Sozialpolitik darf nicht über Billigfleisch gemacht werden

Für LINKS ist dabei von wesentlicher Bedeutung, dass Veränderungen, die zu einer Erhöhung des Tierwohls führen, keine negativen Folgen für einkommensschwächere Schichten haben dürfen. Denn das Wohl von Menschen und Tierwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil: Einkommensschwächere sollen durch bessere Haltungsbedingungen profitieren. Denn vor allem sie leiden unter den gesundheitlichen Folgen, die ein erhöhter Konsum von Billigfleisch hat. Zudem werden in der Fleisch- und Tierproduktindustrie Menschen systematisch unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen ausgebeutet.

Fleischkonsum hier, Schäden anderswo

Die Fleischindustrie geht auf Kosten der Tiere, der Umwelt und auf Kosten von Menschen. Die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sind oftmals schlecht, Hygienebestimmungen werden nicht eingehalten und die Entlohnung entspricht nicht der geleisteten Arbeit. Diese Arbeit verrichten meist Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, People of Colour und Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem leben sie häufig auch in den von der Tierproduktindustrie unter anderem durch Abfall, Abgase oder Monokulturen geschädigten Gebieten.

Fleischkonsum ist ein Klimakiller

Die Tierproduktindustrie verursacht massive ökologische Schäden und trägt einen großen Teil zum Klimawandel bei. Die hohe Nitratbelastung, die durch landwirtschaftliche Intensivnutzung entsteht, die Monokulturen, die für den Tierfutteranbau benötigt werden und der hohe Wasserverbrauch, der für die Fleischproduktion notwendig ist, sind nur drei von unzähligen Beispielen dafür, wie die Tierproduktindustrie die Umwelt schädigt.

13.1 TIERQUÄLEREI

Der Tatbestand der Tierquälerei ist sowohl Teil des Verwaltungs- als auch des Strafgesetzes.

Das Gesetz erfasst etliche Verhaltensweisen, die dennoch vielfach gang und gäbe sind. (Etwa die Zucht auf Aggressivität, der Einsatz von Hilfsmitteln zur Verhaltensbeeinflussung durch Strafreize, eine Unterbringung, die für das Tier mit Leiden verbunden ist. Auch die Beförderung von Tieren, wenn ihnen währenddessen, wenn auch fahrlässig, Fütterung oder Tränke versagt wird und sie dadurch Leid erfahren, fällt unter das Tierschutzgesetz.) Das Problem ist eher, dass Tierschutzrechte kaum geahndet werden. Einer der Gründe dafür, warum das nicht passiert, ist die unklare Zuständigkeit: Häufig werden in Fällen von Tierquälerei Tierheime verständigt, deren Mitarbeiter*innen entsprechende zeitliche Ressourcen und Ausbildungen fehlen; selbiges gilt für die Polizei, in deren Zuständigkeitsbereich solche Fälle nach aktuellem Recht ebenfalls fallen würden.

- ◀ Mit LINKS gibt es daher eine verstärkte finanzielle Unterstützung von Tierheimen, sowie
- ◀ Aufklärungsarbeit und Aufbau von Community Policing zur Vermeidung von Tierschutzvergehen.

13.2 NUTZTIERHALTUNG

Nutztierhaltung als solche fällt nicht in die Stadtpolitik, weshalb sich die nachfolgenden Forderungen v. a. auf Bundesebene abspielen. Da Nutztierhaltung aber sehr wohl eine politische Frage ist, wollen wir uns mit LINKS ihrer annehmen.

13.2.1 Wirtschaftspolitisches

- ◀ Wie bereits im vorhergehenden Kapitel generell festgehalten, stellen wir uns klar gegen die Koppelung von Agrar-Subventionen an die Betriebsgröße: Bei Milch und Fleischbetrieben bedeutet das eine Loslösung der Subventionshöhe von der Anzahl der „Tiereinheiten“.
- ◀ Zusätzlich fordern wir, ebenfalls in Anlehnung an die bereits im Kapitel Konsum gestellten Forderungen, eine Koppelung von staatlichen Förderungen an tierrechtliche Standards. (Das gilt insbesondere auch für Förderungen für den (Um-)Bau von Stallungen.)

13.2.2 Haltungsbedingungen

- ◀ Wir fordern halbjährliche und unangemeldete Kontrollen aller Tierbetriebe, bei denen nicht nur die Einhaltung der Hygienebestimmungen, sondern auch die Einhaltung der Tierschutzbestimmungen überprüft werden.
- ◀ Wir fordern ein Verbot der Vollspaltenbodenhaltung; eine Haltungsform bei der der gesamte Boden, den die Tiere zur Verfügung haben, mit Spalten versehen ist, durch die Urin und Kot abrinnen. Der Platzmangel und der ständige instabile Stand führen zu einem massiven Anstieg der Krankheits- und Sterblichkeitsrate bei derartig gehaltenen Tieren. (Über 90 % der betroffenen Schweine entwickeln Gelenksentzündungen, das aus den darunterliegenden Güllegruben aufsteigende Ammoniak bewirkt Augen-, Atemwegs- und Lungenerkrankungen und der zusätzliche Stress verursacht Magengeschwüre. Insgesamt ist die Mortalität gegenüber auf Stroh gehaltenen Tieren um das Dreifache erhöht.) 60 % der Schweine in Österreich werden auf Vollspaltenböden gehalten.
- ◀ Stattdessen fordern wir befestigte Liegebereiche für Schweine, sowie die verpflichtende Einstreu von organischem Material.
- ◀ Wir fordern ein Verbot von betäubungsloser Kastration bei Schweinen.
- ◀ Wir fordern ein Verbot der Tötung von Küken.

13.2.3 Tiertransporte

- ◀ Wir fordern einen generellen Wandel der Tiernutzungsindustrie, weg von Hochleistungstieren hin zu „Zweinutzungsrasen“, dies würde zur Reduktion der Tiertransporte beitragen.
- ◀ Wir fordern die Förderung von gekühlten Fleischtransporten, um Lebetiertransporte zu verringern. Wir fordern eine maximale Transportdauer von 8 Stunden für alle Tierarten.
- ◀ Wir fordern eine verpflichtende Einstreu von organischem Material, sowie funktionierende und deckende Trinkwasserversorgung der Tiere.
- ◀ Wir fordern ein Transportverbot für Säugetiere, die noch nicht von der Muttermilch entwöhnt sind.

13.2.4 Fiaker

Fiaker gehören zum historischen Stadtbild Wien. Aber manchmal gehört, was in die Vergangenheit gehört, in die Vergangenheit. Auch Tanzbären und Zirkuslöwen machen sich auf Gemälden besser als im echten, heutigen Leben. Pferde gehören nicht in die Stadt: Der Betrieb von Fiakern in den Innenbezirken, in stark befahrenen Gebieten und bei zu hohen Temperaturen gehört mit LINKS antiken Stadtansichten an.

In einem ersten Schritt fordern wir:

- ◀ Hitzefrei für Fiakerpferde ab 30 Grad
- ◀ 8-Studentag in den Fiakerunternehmen
- ◀ Verbot für Fiaker-Standplätze in den inneren Bezirken

13.3 TIERPRODUKTE

In Fragen rund um Tierprodukte ist die Stadt Wien zu einem erheblich größeren Teil Konsument*in, als sie Produzent*in ist. Mit LINKS sehen wir die Vorreiterrolle, die städtische Kantinen und Versorgungseinrichtungen in der Reduktion im Konsum tierischer Produkte einnehmen, als essenziell an.

Wir fordern:

- ◀ Hohe Tierwohl-Auflagen für in städtischen Einrichtungen verwendete Tierprodukte
- ◀ Mindestens ein rein pflanzliches Gericht in allen städtischen Kantinen und Versorgungseinrichtungen
- ◀ Österreichweit fordert LINKS das Verbot von Produkten aus tierethisch besonders problematischen Haltungssystemen (Vollspaltenboden, Kastenstand, Anbindehaltung, Turbohühner, Turboputen, Bodenhaltungseier)

13.4 TIERVERSUCHE

Wir fordern

- ◀ die Anhebung der Mindestanforderung für die Pflege und Unterbringung von Versuchstieren an jene für landwirtschaftliche Nutztiere und Heimtiere (je nach Tierart).
- ◀ dass der vom Messerli Institut der Veterinärmedizinischen Universität Wien wissenschaftlich erarbeitete Kriterienkatalog als Verordnung in Kraft tritt und die aktuelle Verordnung, die nur eine Pseudo-Abwägung vorschreibt, ersetzt.
- ◀ dass jeder Tierversuchsantrag gesetzlich verpflichtend von einer Kommission beurteilt werden muss, in welcher auch Tierschutzorganisationen vertreten sind. Nur wenn die Mehrheit der Kommission für die Durchführung des Tierversuchs ist, darf er stattfinden.
- ◀ die Anhebung des staatlichen Forschungsbudgets für Alternativforschung auf das Niveau des staatlichen Forschungsbudgets für Tierversuchsforschung.
- ◀ die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Alternativ- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch, welches für die Erforschung und Validierung von Alternativmethoden zuständig ist.
- ◀ eine jährliche Auszeichnung besonders bedeutender tierversuchsfreier Forschung in Form eines Bundes-Forschungspreises.

13.5 HAUSTIERE

Wir fordern

- ◀ verstärkte finanzielle Unterstützung von Tierheimen.

13.6 WILDTIERE

Unsere Stadt ist auch der Lebensraum zahlreicher Wildtiere. Mit LINKS respektieren wir diese Tatsache und fordern diesbezüglich:

- ◀ Mitdenken der Bedürfnisse von Insekten – insbesondere schwindender Arten – bei der Bepflanzung und Betreuung öffentlicher Grünflächen (Ausnahme: historische Gartenanlagen, wo englischer Rasen zum Gartendenkmal gehört)
- ◀ Wahrung und vor allem Unterlassung baulicher Erschließung von Gebieten, die Tieren, die auf der Roten Liste verzeichnet sind, als Lebensraum dienen (z. B. Ziesel).
- ◀ Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung (vor allem in der Nähe von Fledermaushabitaten)
- ◀ Schutzmaßnahmen für Igel: Verbot des Einsatzes von Rasenmärobotern in der Dämmerung, Belassen von Laubansammlungen in Gebüsch
- ◀ Den Bau von Taubenverschlägen, anstatt Tauben als Schädlinge abzustempeln, und Aufklärung über Tauben
- ◀ Das Zünden von Feuerwerkskörpern ist enorm schädlich für Wildtiere. Das Zünden privater Feuerwerkskörper ab Klasse F2 ist in Ortsgebieten ohnehin verboten. Da dieses aber vor allem zu Silvester nicht umgesetzt wird, fordern wir das Einstellen des Verkaufs von Feuerwerkskörpern ab Klasse F2 im Wiener Stadtgebiet während der Zeit vor Silvester.

14 BILDUNG

BILDUNG IST EIN MENSCHENRECHT

Das Recht auf Bildung kommt allen Menschen ein Leben lang zu. Das österreichische Bildungssystem ist jedoch maßgeblich geprägt von sozialer und kultureller Selektion. Diese Tendenz zur Reproduktion gesellschaftlicher Unterschiede zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Bildungssystem – beginnend von kostenpflichtigen Kindergärten über das differenzierte Schulsystem bis hin zu den Hochschulen, die zunehmend von Marktmechanismen, sozialer Auslese und Zugangsbeschränkungen geprägt sind. Bildung wird in einem von Profit- und Konkurrenzstreben geprägten System nicht alle Probleme der Ungleichheit lösen. Es muss jedoch das Ziel des Bildungswesens sein, Benachteiligungen entgegenzutreten und positive Ansätze, die im Interesse der Menschlichkeit liegen, aufzugreifen und kämpferisch weiterzutreiben. Physische, diskriminierende und strukturelle Barrieren, die den Zugang zu Bildung einschränken, müssen möglichst abgebaut werden. In einer Welt, die sich rasant verändert und entwickelt, braucht es umso mehr ein Bildungswesen, das dabei hilft, bestehende und kommende soziale, politische, kulturelle und ökologische Fragen zu bewältigen.

Die Corona-Krise hat die Mängel des bestehenden Bildungswesens überdeutlich aufgezeigt: Bildungsbenachteiligte Kinder, Jugendliche und Erwachsene waren von den Auswirkungen der Pandemie übermäßig stark betroffen. Es wurde auch klar, dass persönliche Beziehungen für erfolgreiche Lernprozesse (gerade bei jungen Kindern) unumgänglich sind und nicht durch E-Learning ersetzt werden können. Wann, wenn nicht jetzt, besteht die Chance, sich von der Normalität zu verabschieden und neue Wege einzuschlagen?

Reiche Eltern für alle

Die Ideologie des Marktes spiegelt sich im derzeitigen Großangebot an öffentlichen und privaten Schulen wider: Eltern mit dem entsprechenden finanziellen Hintergrund suchen (und bezahlen) ihren Kindern „das Beste“ – für die anderen bleibt der Rest. Mit der längst überfälligen und bedingungslosen Umsetzung der gemeinsamen Schule aller bis 16-Jährigen, die im eigenen Grätzl besucht wird, beendet LINKS das Festschreiben und Reproduzieren von gesellschaftlichen Bruchlinien entlang finanzieller Mittel.

Binär ist für Computer

Besonders in der Pädagogik müssen Themen zu Geschlechterrollen (inklusive inter, non-binary und trans Anliegen) einen festen Platz haben – und das in allen Fächern, nicht nur, wenn es um Sexualität geht – nur so können sie in der Gesellschaft als alltägliche Selbstverständlichkeit ankommen. Mit LINKS sind FLINT*-Themen von der Elementarpädagogik bis zur Pensionst*innenbildung ein fixer und integrativer Bestandteil jeglicher Bildungsarbeit.

Sprachen lernen lernen

Menschen mit Diskriminierungs- oder sogar Fluchterfahrungen brauchen ein solidarisches und unterstützendes Bildungssystem. Dazu gehören keine stigmatisierenden und aussondernden Deutschklassen. Zweifellos ist Sprache für Inklusion und Teilhabe essenziell: Durch die pädagogische Ausbildung von Deutsch als Zweitsprache für alle Volksschul- und Deutschlehrer*innen gelingt mit LINKS hier eine erfolgreiche Vermittlung. Umgekehrt begreift eine vielfältige Stadt die Pluralität ihrer Sprachen als großen Reichtum: weshalb mit LINKS sowohl das Recht auf Erstsprache in der Schule anerkannt wird als auch mehr Angebote zum Erlernen der häufigsten Migrant*innensprachen geschaffen werden.

Keine Zukunft auf einem toten Planeten

Schon in der Elementarpädagogik fordern wir mit LINKS durch Lernen im Freien die Bildung eines Bewusstseins für die Schönheit und Komplexität, aber auch die Vulnerabilität unserer Umwelt. Eines der dringlichsten Probleme unserer Zeit ist die Abwendung einer Klimakatastrophe, mit LINKS bereitet das Bildungssystem auf das mutige Adressieren und radikale Lösen dieses Problems vor.

14.1 ELEMENTARBILDUNG

Elementarbildung beginnt mit der Geburt eines Menschen. Bildungspolitik setzt eine verantwortungsbewusste Sozial- und Wirtschaftspolitik voraus. Links bekennt sich zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, zu Fördermaßnahmen zur Väterkarenz und zu einer ausreichenden finanziellen Unterstützung für Neugeborene. Die Arbeitszeitverkürzung soll mehr Zeit für Kinder und Familien, soll liebevolle Verhältnisse ermöglichen. Da sich schon früh in der Kindheit eine geschlechtliche Rollenidentität herausbildet, soll Väterkarenz alte Rollenbilder aufbrechen und Vätern die Möglichkeit geben, für ihre Kinder da zu sein. Eine ausreichende finanzielle Unterstützung (werdender) Eltern soll prekäre Verhältnisse abfedern und Sorgen der Eltern um Miete, Arbeitsplatz und Überleben überflüssig machen, sodass diesen ausreichend Aufmerksamkeit für die nächste Generation bleibt. Für Bedarfsfälle und Krisen soll das Angebot von Frühhilfen ausgebaut werden, um Entwicklungsmöglichkeiten und Gesundheitschancen von Kindern und Eltern in Familie und Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern.

Im Kindergarten lernen (die meisten) Kinder zum ersten Mal in ihrem Leben den Umgang und das Spielen in einer diversen Gruppe. Im Kindergarten wird also der Grundstock für eine solidarische Gesellschaft unter Gleichaltrigen gelegt. Diese Verhältnisse lassen sich nur im Kindergarten oder in Kindergruppen herstellen; die letzten beiden Kindergartenjahre vor dem Schuleintritt sollen daher verpflichtend und kostenlos sein. Hier entwickelt sich die Basis für den Umgang unter Gleich(altrig)en. Gut ausgebildete Pädagog*innen begleiten die Kinder bei ihren ersten Schritten in einem solidarischen Miteinander und befähigen sie zu einem wertschätzenden, achtsamen und kooperativen Umgang miteinander. Linke Bildungspolitik will im Kindergarten das Hauptaugenmerk nicht nur auf die Sprachförderung legen, sondern auch Kinder in der gesunden Entwicklung ihrer Körper und ihrer Sexualität begleiten.

Bereits im Kindergarten geht es darum, Kinder sexualpädagogisch geschult in ihrer kindlichen Sexualität zu stärken. Dazu braucht es auch mehr männliche Pädagogen als Bezugspersonen und Vorbilder. Um Kindesmissbrauch zu verhindern und toxischer Männlichkeit von Beginn an entgegenzuwirken, müssen Kinder bereits in diesem jungen Alter ihre eigenen Grenzen wahrnehmen und auch die Grenzen anderer achten lernen. Darüber hinaus muss für ausreichend Bewegung (in der Natur) und gesunde Ernährung gesorgt werden. Elementarpädagog*innen haben die ihnen anvertrauten Kinder nicht nur in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung bestmöglich zu fördern, sondern sie in ihrer eigenen Körperwahrnehmung zu unterstützen und beim Erlernen erster sozialer Kompetenzen zu begleiten. Die Ausbildung der Elementarpädagog*innen soll daher wissenschaftlich fundiert sein.

Elementarpädagogische Einrichtungen entlasten auch die Eltern. Kinderkrippen sollen Eltern daher schon ab dem zweiten Lebensjahr flächendeckend zur Verfügung stehen und allen Eltern, die ihre elterliche Erziehung durch die Angebote der Kinderkrippe erweitern wollen, die Chance geben, die Betreuung ihrer Kinder in professionelle Hände zu legen. Elementarpädagogische Einrichtungen – von der Frühhilfe über die Kinderkrippe bis zum Kindergarten – liegen in der Verantwortung der Stadt. Kindererziehung ist auch eine gemeinschaftliche Angelegenheit, die Stadt Wien verpflichtet sich daher, elementarpädagogische Einrichtungen voll zu finanzieren und dafür zu sorgen, dass Kinder in diesen Einrichtungen nicht nur auf bestmög-

lich ausgebildete Pädagog*innen treffen, sondern dass vor allem auch Strukturen geschaffen werden, in denen eine individuelle Förderung möglich ist. Links schließt sich der Forderung des Österreichischen Verbands der Kindergarten- und Hortpädagog*innen an und spricht sich für ein Betreuungsverhältnis von mindestens zwei Pädagog*innen für 15 Kinder in Kindergartengruppen aus.

Gerade bei einem Mangel an Elementarpädagog*innen ist es unabdingbar, die Löhne spürbar anzuheben. Elementarpädagog*innen dürfen nicht weniger als EUR 1.950,- netto verdienen. (Derzeit beträgt das durchschnittliche Einstiegsgehalt unter EUR 1.200,- netto, siehe auch Kapitel 8 Arbeit.) Die Arbeit mit Menschen kann körperlich wie psychisch außerordentlich belastend sein. Das wirkt sich auf die Pädagogik aus, denn unausgeruhte und überforderte Pädagog*innen sind weniger geduldig und können den ihnen anvertrauten Kindern kaum die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen. Die Wochenhöchst Arbeitszeit bei Elementarpädagog*innen muss daher auf 20 Stunden für die Führung einer Kindergruppe gesenkt werden; weitere 10 Stunden der Arbeitszeit sollen der Vorbereitung dienen.

LINKS STEHT FÜR:

- ◀ Ein Betreuungsverhältnis von mindestens zwei Pädagog*innen für eine Gruppe von 15 Kindern
- ◀ Eine Architektur, die dem gemeinsamen Spielen und Lernen förderlich ist
- ◀ Keine Benachteiligung von nicht berufstätigen Eltern(teilen) bei der Vergabe der Plätze
- ◀ Zwei kostenlose verpflichtende Kindergartenjahre vor Schuleintritt
- ◀ Den Kindergartenbesuch in unmittelbarer Wohnortumgebung
- ◀ Den vermehrten Einsatz von männlichen Pädagogen
- ◀ Mindestens EUR 1.950,- netto für das Lehrpersonal bei einer 30-Stunden-Woche inkl. 10 Stunden Vorbereitungszeit

14.2 SCHULE

Die Schule nimmt im Leben von Menschen einen langen und entscheidenden Stellenwert in ihrer Entwicklung ein. In der Schule werden schon früh die Weichen für das zukünftige Erwachsenenleben gestellt. Die Schule ist einer der wichtigsten Orte in der Entwicklung eines Menschen.

14.2.1 Schule als gemeinsamer Lebensort für alle

Im städtischen Bereich mit einem Großangebot an öffentlichen und privaten Schulen unterschiedlicher Schultypen wird Schule zu einem Ort der Differenzierung und Aussonderung. Sie dient der Reproduktion einer Elite und der Zurichtung der Masse für den Arbeitsmarkt. Während Eltern mit finanziellem und Bildungspotenzial verschiedene Schulstandorte kritisch vergleichen und für ihre Kinder das „Beste“ suchen, bleibt für Kinder finanziell schwacher und bildungsbenachteiligter Eltern der schulische Rest. Diese Aussonderung führt vom frühen Lebensalter an zur Ausbildung von Parallelgesellschaften. Finanziell gut Gestellte bleiben unter sich, entfremden sich von der großen Masse der Menschen und können sich soziale Not erst gar nicht vorstellen. Strukturelle Diskriminierung, wie Ableismus, Rassismus oder Sexismus, reproduziert verkrustete Rollenbilder und verstärkt bestehende Benachteiligungen. Vorbilder fallen im selektiven Schulsystem weg. Weniger privilegierte Gesellschaftsschichten fühlen sich ohnmächtig und von der Mitgestaltung demokratischer Prozesse ausgeschlossen. Das derzeitige Schulsystems selektiert Schüler*innen nach den Bedürfnissen eines irrationalen Ar-

beitsmarktes und reproduziert damit ein ungerechtes Diskriminierungssystem, in dem es gilt, Leistung in Konkurrenz zu anderen zu erbringen, um einen gesicherten Platz in der Hierarchie zu ergattern. So ist gemäß Wiener Schulgesetz (WrSchG) für jede Pflichtschule ein Schulsprengel festzusetzen. Das bedeutet, dass ein Kind die Schule in unmittelbarer Wohnortnähe besucht. Durch die Ausweitung der Schulsprengel auf größere geografische Gebiete bzw. die Möglichkeit, das gesamte Stadt- oder Gemeindegebiet zu einem einzigen Schulsprengel zu erklären, können sich Eltern die Schule ihres Kindes aussuchen. Jene, die gut informiert sind, haben hier einen Vorteil. Daraus folgt auch, dass öffentliche Pflichtschulen miteinander in ein Konkurrenzverhältnis (Schulprofile, Rankings) treten. Durch besondere Angebote (intensiver Englischunterricht ab der 1. Klasse Volksschule, Mehrstufenklassen, IT-Schwerpunkte etc.) sollen bestimmte Schichten angelockt werden. Wer nicht schnell genug ist, dessen Kind landet in einer „Restschule“.

Eine linke Schulpolitik setzt sich gegen diese ungleich verteilten Chancen ein und bringt Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen im Sinne einer solidarisch-kooperativen Gesellschaft zusammen, um die Ressourcen aller positiv zu nutzen und zu erweitern. Sozial gerechte Bildungspolitik setzt eine sozial gerechte Wohnpolitik und eine gerechte Wirtschaftspolitik voraus. Eine sozial gerechte Wohnpolitik verhindert Ghettobildungen. Eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik gleicht die kapitalistische Ungleichverteilung aus und versucht, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Unter dieser Voraussetzung kann Schule ein Ort gemeinsamer Begegnung sein. Schüler*innen können ohne lange Anfahrtswege ihre Schule im Grätzl besuchen, ohne größere qualitative Unterschiede der Schulen in Kauf nehmen zu müssen. Wir stehen daher für eine inklusive (gemeinsame) Schule bis zum 16. Lebensjahr.

Eine linke Schulpolitik ist daher notwendigerweise inklusiv. Nur in einer inklusiven Umgebung lässt sich der Umgang mit der Diversität in der Gesellschaft lernen. Kein unterrichtspflichtiges Kind sollte in stigmatisierende Sonderschulen oder in Deutschklassen ausgesondert werden. Inklusive Gesamtschulen organisieren ihren Unterricht so, dass die besonderen Bedürfnisse aller individuell Beachtung finden. Um sozialen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung in und auch außerhalb der Schule entgegenzutreten, setzt sich linke Schulpolitik für den Einsatz multiprofessioneller Teams an den Ganztagschulen ein (von Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Trainer*innen über Mediziner*innen bis hin zu Arbeits-Expert*innen). Anlaufstellen für Diskriminierung im Bildungssystem sollen Klarheit und rechtliche Sicherheit schaffen.

Inklusive Gesamtschulen überlassen Nachmittagsangebote nicht dem Zufall bzw. dem Engagement der Eltern, sondern stellen Angebote im Interesse der Schüler*innen zur Verfügung. Die Pflichten der Schule dürfen nicht, wie es derzeit gängige Praxis ist, an die Familien delegiert werden. Es ist nicht Aufgabe der Eltern, ihren Kindern bei den Hausübungen und beim Lernen zu helfen. Eltern (in der Praxis meistens die Mütter) werden durch die Ganztagschule entlastet. Kostenpflichtiger Nachhilfeunterricht durch Lerninstitute würde durch ganztägige Schulformen zumindest eingeschränkt werden. Bildung darf nicht nach Verlassen der Schule am frühen Nachmittag aufhören. Derzeit setzt sich die Zwei-Klassen-Gesellschaft auch in der Freizeit fort. In einer Ganztagschule wird polytechnische Bildung möglich. Über den Tag lernen Schüler*innen das gemeinsame Leben zu organisieren, Arbeitsaufgaben zu bewältigen und dabei Rücksicht auf andere zu nehmen. In einer Ganztagschule lassen sich die verschiedenen Praxen einer polytechnischen Bildung – von körperlicher und handwerklicher, über geistige Bildung bis hin zu Care-Arbeit und politischer Bildung – verschränken.

Insbesondere Berufsschüler*innen / Lehrlinge sind vielfach benachteiligt. Beim Lehrpersonal an Berufsschulen handelt es sich oft um Quereinsteiger*innen, die keine pädagogischen Qualifikationen aufweisen. Zudem werden Lehrlinge in den Betrieben oft als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Eine linke Bildungspolitik setzt sich dezidiert für eine Verbesserung der Lehre und der Berufsschule ein.

Erfolgreiches Lernen basiert auf gelungenen menschlichen Beziehungen. In Klassen mit bis zu 30 Schüler*innen und mehr ist das nicht möglich. Die coronabedingten „halben“ Klassen haben gezeigt, wie viel leichter die Kommunikation und die Erarbeitung neuer Inhalte mit einer geringeren Anzahl an Schüler*innen ist, da kaum Disziplinschwierigkeiten auftreten. Daher ist auf längere Sicht eine deutliche Reduktion der Klassenschüler*innenhöchstzahl anzustreben.

Schließlich braucht es eine Schularchitektur (inkl. Grünräume), die dem gemeinsamen Lernen förderlich ist. Nur wenn sich alle wohl fühlen, kann Lernen funktionieren. Es braucht sowohl Räume des gemeinsamen Gestaltens als auch Räume des Rückzugs. Das gilt auch für das Lehrpersonal. Wenn erwartet wird, dass Lehrer*innen sich in der Schule vorbereiten, dann brauchen sie auch einen Platz, wo sie ungestört arbeiten können. Dem wäre bei der Errichtung neuer Schulgebäude Rechnung zu tragen.

LINKS STEHT FÜR:

- ◀ Eine gemeinsame Schule bis 16
- ◀ Die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderung
- ◀ Den (Pflicht-)Schulbesuch im Grätzl
- ◀ Ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen
- ◀ Eine faire und gute Ausbildung von Lehrlingen
- ◀ Eine deutliche Reduktion der Klassengröße
- ◀ Eine Schularchitektur, die dem gemeinsamen Lernen förderlich ist
- ◀ Einen massiven Ausbau der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie durch multiprofessionelle Teams
- ◀ Die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen
- ◀ Verpflichtende Gewaltpräventionsmaßnahmen an allen Schulen
- ◀ Eine umfassende Sexualpädagogik an Schulen
- ◀ Eine geschlechtssensible Pädagogik, inkl. Aufklärung zu inter, non-binary und trans Themen
- ◀ Die Förderung von Kindern in Fremdunterbringung (etwa in betreuten Wohngemeinschaften)
- ◀ Ein starkes öffentliches Schulsystem

Unterscheidung zwischen alternativen privaten Schulformen und elitären Privatschulen und ein differenzierter Umgang mit ersteren:

- ◀ Evaluierte alternative Schulkonzepte dürfen nicht nur der vermögenden Privatschul-Elite vorbehalten sein.
- ◀ Privatschulen sollen nicht nur nicht gefördert, sondern mittelfristig in gesellschaftliches Eigentum überführt werden.

14.2.2 Schule als Ort nachhaltiger und demokratischer Pädagogik

Schule ist in erster Linie ein Ort der Wissensvermittlung. Diese soll auf vielfältigen, kreativen, gemeinschaftlichen Formen beruhen und frontale Unterrichtsssettings nur als eine Möglichkeit unter vielen betrachten. Sie soll die unterschiedlichen sozialen und kognitiven Voraussetzungen der Schüler*innen bedenken. Selbstbestimmtes Lernen ist anzustreben, aber gerade jüngere und lernungsgewohnte Schüler*innen, Lernende, die in Bezug auf den Deutscherwerb noch am Anfang stehen, oder Lernende, die aus autoritären Schulkulturen zugewandert sind, benötigen (zumindest am Anfang) klare Strukturen.

Vielfach werden Lehrer*innen an Mittelschulen für Fächer eingesetzt, für die sie nicht ausgebildet sind, während an weiterführenden Schulen nur entsprechend ausgebildetes Personal eingesetzt wird. Das lässt den Schluss zu, dass die Bildung der Kinder an Mittelschulen weniger ernst genommen wird. Diese Praxis ist zu unterbinden.

Die gemeinsame Schule für alle soll vordefinierte Inhalte vermitteln, damit die Schüler*innen auf dieser Grundlage aufbauen können, wenn sie mit 16 Jahren in ein System des differenzierten weiteren Lernens wechseln.

Neben den notwendigen kognitiven Inhalten (dem „Wissen“) muss auch Platz sein für Kunst, Theater, Handwerk, Technik, Bauen, Schneidern, Architektur, Kochen, Schmecken, Riechen, Natur ... Lernprozesse außerhalb des Schulgebäudes müssen ermöglicht werden: Exkursionen (Betriebe, Natur, Museen ...)

Wenn es um die Aneignung von Wissen und vielfältigen Fertigkeiten geht, sollte die Beurteilung in Form von Ziffernnoten in den Hintergrund treten. Das Lernen um der Noten willen ersetzt Neugierde und Motivation durch Angst und Stress und fördert allenfalls das Kurzzeitgedächtnis. „Sitzenbleiber*innen“ sind in der Regel auch beim Wiederholen der Klasse nicht erfolgreich. Sie werden von ihren Mitschüler*innen oft als Versager*innen stigmatisiert, und seitens der Lehrkräfte eilt ihnen ein schlechter Ruf voraus. Das mindert ihr Selbstvertrauen und beeinträchtigt ihre Aufnahmebereitschaft.

Schließlich ist das Konzept der Matura zu hinterfragen. Wer die Schule 12 bzw. 13 Jahre lang besucht und die letzte Klasse (den letzten Jahrgang) erfolgreich abgeschlossen hat, sollte berechtigt sein, eine Universität, Pädagogische Hochschule oder Fachhochschule zu besuchen.

Das aktuelle Bildungssystem beruht auf Hierarchisierung (der Schultypen) und Aussonderung. Es wird von fiktiven „Normalschüler*innen“ ausgegangen, und wer von dieser Norm abweicht, wird als „förderbedürftig“ erachtet und einer „Spezialbehandlung“ unterzogen. Das betrifft vor allem Schüler*innen mit anderen Erstsprachen als Deutsch, in Wien immerhin die Mehrheit (52,5 %), wobei an Polytechnischen Schulen und Mittelschulen dieser Anteil sogar zwischen 70 und 80 % liegt. Dennoch geht das Schulsystem nach wie vor automatisch davon aus, dass alle Schüler*innen Deutsch als Erstsprache haben. Wer die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht, wird als defizitäres Geschöpf erachtet und in eine Deutschförderklasse „ausgelagert“. Es gilt als erwiesen, dass Kinder, die beim Deutscherwerb erst am Anfang stehen, von einem Unterricht in der Regelklasse mehr profitieren, wenn durch geeignete methodisch-didaktische Zugänge garantiert ist, dass auch Kinder mit geringen Deutschkompetenzen am Unterricht teilhaben können. LINKS spricht sich daher für eine Abschaffung der Deutschförderklassen aus.

Und Kinder, die noch nicht (gut) Deutsch können, sind keinesfalls sprachlos. Sie verfügen über sprachliche Fähigkeiten, die es auszubauen gilt. Die schulische Förderung der Erstsprachen kann dazu beitragen, dass Kinder, die in einer anderen Sprache oder zweisprachig aufwachsen, zusätzliche Sprachen später leichter erlernen. Links begrüßt das Angebot des muttersprachlichen Unterrichts und setzt sich für dessen Ausweitung und qualitative Verbesserung sowie für eine Erweiterung des Sprachenkanons an weiterführenden Schulen um die häufigs-

ten Migrant*innensprachen (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Türkisch, Arabisch) ein, die alternativ zu Französisch oder Spanisch anzubieten wären. Gut (aus)gebildete Schulabgänger*innen, die eine der Migrant*innensprachen in Wort und Schrift beherrschen, sind in einer mehrsprachigen Gesellschaft unumgänglich.

Im Sinne der Stärkung der Schuldemokratie sind die Vertretungen der Eltern und der Schüler*innen stärker in schulrelevante Entscheidungen einzubeziehen. Da neu zugewanderte Eltern die deutsche Sprache oft noch nicht ausreichend beherrschen, um in den schuldemokratischen Gremien mitreden zu können, wären kostenlose flexible Dolmetschdienste (auch für Elternsprechtage und Elternabende) bereitzustellen. Es darf nicht sein, dass – wie vielfach üblich – ältere Geschwister diese Aufgabe übernehmen (müssen).

LINKS STEHT FÜR:

- ◀ Eine Schule ohne Ziffernnoten während der gesamten Pflichtschulzeit. Stattdessen: individuelle verbale Beurteilung
- ◀ Die Abschaffung des Jahrgangsunterrichts mit Sitzenbleiben-Charakter
- ◀ Die Abschaffung der Reifeprüfung bzw. Reife- und Diplomprüfung (Matura)
- ◀ Die Abschaffung der segregativen Deutschförderklassen im Volksschulbereich
- ◀ Das Recht auf Erstsprache auch in der Schule: verstärkter Einsatz von muttersprachlichen Lehrer*innen
- ◀ Die Erweiterung des Sprachenkanons an weiterführenden Schulen um die häufigsten Migrant*innensprachen
- ◀ Eine Stärkung des Mitspracherechts für Eltern/Schüler*innenvertretung
- ◀ Kostenlose flexible Dolmetschdienste für fremdsprachige Eltern

14.2.3 Schule als Ort motivierter und begeisterter Lehrer*innen

Lehrer*innen sollten den vielfältigen Anforderungen der Praxis gewachsen sein. Sie benötigen eine qualitativ hochwertige fachliche und pädagogische Ausbildung, die sie zu einem kritisch-emanzipatorischen Unterricht befähigt und ihnen erlaubt, auf die unterschiedlichen Voraussetzungen ihrer Lernenden einzugehen. Darüber hinaus sind eine berufsbegleitende Reflexion der Lehrer*innenrolle in Form von Supervision und Intervision sowie kontinuierliche Weiterbildung erforderlich.

Alle Lehrer*innen müssen auf den Unterricht in sprachlich äußerst heterogenen Klassen vorbereitet sein. Gerade in Wien muss jede Lehrkraft an jeder Schulart damit rechnen, dass Deutsch für viele Schüler*innen nicht die Erstsprache ist. Auch Lehrpersonen, die nicht Deutsch (als Gegenstand) unterrichten, halten ihren Unterricht auf Deutsch ab. Daher haben die Einrichtungen der Erstausbildung verpflichtende Lehrveranstaltungen zu Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für alle zukünftigen Volksschul- und Deutschlehrer*innen und reduzierte, aber ebenfalls verpflichtende Angebote für die Studierenden anderer Gegenstände vorzusehen. Schließlich sollten junge mehrsprachige Menschen, aber auch People of Colour sowie inter, trans und non-binary Personen motiviert werden, den Lehrberuf zu ergreifen. Ein verstärkter Einsatz solcher Lehrer*innen würde die gesellschaftliche Realität besser abbilden, diskriminierende Strukturen ansatzweise aufbrechen und positive Identifikationsfiguren für zahlreiche Schüler*innen schaffen.

Die verantwortungsvolle Tätigkeit im Lehrberuf sollte von der Gesellschaft nicht nur anerkannt werden, sondern auch in der Entlohnung ihren Niederschlag finden. Derzeit werden Lehrkräfte an weiterführenden Schulen besser bezahlt als Pflichtschullehrer*innen, aber es ist nicht

einzuwenden, dass Pädagog*innen, die mit jungen Kindern arbeiten und somit die Basis für alle weiteren Bildungsprozesse legen, weniger verdienen als ihre Kolleg*innen an weiterführenden Schulen. Im Sinne der Schuldemokratie und einer lebendigen Teamarbeit wäre auch das Mitspracherecht der Lehrpersonen auszuweiten, etwa durch die Wahl der Schulleitung durch den gesamten Lehrkörper. Schulleiter*innen ihrerseits beklagen, dass sie angesichts überbordender administrativer Aufgaben ihren eigentlichen pädagogischen Auftrag nur schwer erfüllen können. Die Einrichtung von Sekretariaten auch an Pflichtschulen würde sie merklich entlasten.

LINKS STEHT FÜR:

- ◀ Eine Erstausbildung für Lehrer*innen, die neben dem erforderlichen Fachwissen methodisch-didaktische Fertigkeiten auf der Basis eines (bildungs)theoretischen Hintergrundwissens vermittelt
- ◀ Verpflichtende Lehrveranstaltungen zu Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Erstausbildung für Lehrer*innen
- ◀ Verpflichtende berufsbegleitende und qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote
- ◀ Eine verpflichtende Supervision für alle Lehrer*innen
- ◀ Mehr mehrsprachige Lehrer*innen
- ◀ Diversität unter Lehrer*innen: Gleichberechtigung und Förderung von PoC und LGBTQIA+ Lehrer*innen
- ◀ eine Entlastung der Schulleitungen von administrativen Aufgaben durch die Einrichtung von Sekretariaten auch an Pflichtschulen
- ◀ eine Angleichung der Gehälter der Lehrer*innen aller Schularten
- ◀ eine Stärkung des Mitspracherechts auch für Lehrer*innen: z. B. Wahl der Schulleitung durch den Lehrkörper

14.3 WISSENSCHAFT / HOCHSCHULEN

Die Krise des Kapitalismus in Folge der Corona-Pandemie hat besonders die problematische soziale Lage der Studierenden verschärft: Rund 60 % der Studierenden sind auf Lohnarbeit angewiesen, um ihr Studium zu finanzieren. Dabei überwiegen prekäre Arbeitsverhältnisse, besonders im Dienstleistungssektor. Als Folge der Corona-Krise hat der überwiegende Teil dieser Studierenden seine Existenzgrundlage verloren. Gleichzeitig sind jedoch trotz weitgehend ausbleibender Lehrveranstaltungen oft Studiengebühren zu bezahlen. Ähnlich problematisch ist die Lage der Lehrenden, die in der Mehrzahl durch so genannte Kettenverträge ebenso prekären Lebensumständen wie die Studierenden unterworfen sind.

„Nur etwas Kostenpflichtiges ist auch etwas wert.“ Dieses politische Dogma des Neoliberalismus beschränkt nicht nur den Zugang zur Hochschulbildung, sondern auch das Hochschulsystem und die kritische Wissenschaft. In den letzten Jahren hat es aufgrund der Kommerzialisierung des Sektors einen Wildwuchs an Privatuniversitäten und Fachhochschulen gegeben, an denen ebenso weitaus höhere Studiengebühren zu bezahlen sind. Die zunehmende Verengung höherer Bildung auf den Faktor „Ausbildung“ zeigt auch Konsequenzen für die Forschung. Die staatliche Finanzierung des Bildungssystems richtet sich streng nach der Verwertbarkeit der Forschungsinhalte und führt zu einer Marginalisierung kritischer Ansätze. Dies zeigt sich auch bei der zunehmenden Abhängigkeit von der Drittmittelfinanzierung, die der Kommerzialisierung der Wissenschaft Tür und Tor öffnet. All diese Entwicklungen bremsen das Potenzial, das

die Wissenschaft und Forschung für den Fortschritt der Menschheit birgt und verkehrt dieses teils sogar ins Gegenteil.

LINKS stellt sich diesen reaktionären Tendenzen im Hochschulsystem und in den Wissenschaften entgegen und kämpft für offene, integrative Bildungseinrichtungen, in denen Raum für emanzipatorische Inhalte und Forschung erhalten und ausgebaut wird.

LINKS STEHT FÜR:

◀ Organisatorisches / Strukturelles

- ◆ Demokratisierung der Hochschulen – Abschaffung diskriminierender Strukturen im Hochschulbereich
- ◆ Wiedereinführung der Drittelparität im Senat – Abschaffung der Universitätsräte
- ◆ Verbesserung des Studienrechts, um den Lebensrealitäten der Studierenden Rechnung zu tragen
- ◆ Abschaffung der Drittmittelfinanzierung und Schwerpunktsetzung staatlicher Förderung auf die ökosoziale Transformation der Gesellschaft
- ◆ Kein Einfluss privater Investitionen auf die (Hochschul-)Bildung
- ◆ Rückkehr zum staatlichen Globalbudget für Hochschulen und Abschaffung des Formalbudgets
- ◆ Ausbau selbstverwalteter Freiräume an den Hochschulen
- ◆ Abschaffung der staatlichen Finanzierung von Privathochschulen und Evaluation der dortigen Lehrinhalte
- ◆ Angleichung des Studienrechts in Universitäten und Fachhochschulen
- ◆ Öffnung der Bildungseinrichtungen und ihrer Dienstleistungen für die gesamte Gesellschaft
- ◆ Neubewertung des Bologna-Prozesses
- ◆ Internationalisierung des Hochschulbereiches und Ausbau des Erasmus-Programms
- ◆ Abschaffung des Konkordats und Säkularisierung des Hochschulbereiches
- ◆ Einführung eines Couleurverbots an allen Bildungseinrichtungen
- ◆ Zurückdrängung männerbündischer Strukturen und aktive Förderung von FLINT*-Personen im Hochschulbereich

◀ Lehrende

- ◆ Verbot von Kettenverträgen und Ausbau regulärer Beschäftigungsverhältnisse unter den Lehrenden
- ◆ Vereinheitlichung des Stundenlohns von Angestellten in Lehre und Wissenschaft
- ◆ keine Auslagerungen von Arbeit an Universitäten

◀ Studierende

- ◆ Abschaffung aller Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren und diskriminierenden Strukturen im Hochschulbereich
- ◆ Schaffung einer Orientierungsphase statt dem selektiven Modell einer Studieneingangsphase (Steop)

- ◆ Einführung einer existenzsichernden Mindestsicherung für Studierende
- ◆ Ausweitung des Stipendiensystems und Streichung der Bedingungen (z. B. nur geringfügige Arbeit erlaubt, keine Überschreitung der Regelstudienzeit, Vorlegen einer Mindestanzahl an ECTS)
- ◆ Mehr Toleranz bei der individuellen Gestaltung der Studienzeit
- ◆ Einführung eines ausfinanzierten Tutor*innensystems für Menschen mit Behinderung und barrierefreie Gestaltung aller Hochschulen
- ◆ Ausweitung der Kompetenzen der Österreichischen Hochschüler*innenschaft (ÖH)
- ◆ Abschaffung von Studiengebühren und Quotierungen für ausländische Studierende
- ◆ Leichter Zugang für Studierende aus Drittstaaten (aus dem globalen Süden) durch Stipendien und Mindestquoten
- ◆ Systematische Förderung studentischer Projekte
- ◀ Inhalte
 - ◆ Förderung der Interdisziplinarität in Studium und Wissenschaft
 - ◆ Verteilung der Massenstudiengänge auf kleinere Institute, mit Möglichkeit, von einem zum anderen zu wechseln
 - ◆ Implementierung von Genderforschung und Genderpolitik
 - ◆ Implementierung von Antirassismuskommunikation und antirassistischer Politik
 - ◆ Umverteilung der Forschungsressourcen

14.4 ERWACHSENENBILDUNG

Erwachsenenbildung, die sich an aktuellen pädagogischen und didaktischen Standards orientiert, schafft Bildungschancen und Handlungskompetenzen für alle Menschen und ermächtigt so zu aktiver Teilhabe an dieser Gesellschaft. Barrierefreiheit und mehrsprachige Angebote sind dabei Grundpfeiler unserer antirassistischen und der Inklusion verpflichteten Haltung.

LINKS STEHT FÜR:

- ◀ Sinnvolle Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen statt sinnloser AMS-Kurse
- ◀ Eine erleichterte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- ◀ Deutschkurse ohne Zwangscharakter
- ◀ Entkoppelung des Deutschnachweises von der Aufenthaltsberechtigung und dem Zugang zu Sozialhilfeleistungen
- ◀ Für Zugewanderte Kurse zur besseren Orientierung in einer pluralen mehrsprachigen Gesellschaft statt assimilatorischer Wertekurse

15 ANTIFASCHISMUS

LINKS SEIN BEDEUTET ANTIFASCHISTISCH SEIN

Mit LINKS erkämpfen wir eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen dieselben Rechte haben und alle wichtigen Entscheidungen gleichberechtigt und gemeinsam treffen können. Mit LINKS sind Unterdrückung und Ausgrenzung nicht zu machen. Die schärfsten Gegner*innen dieses politischen Ziels sind Faschist*innen. Sie stehen für eine Trennung der Menschen nach zugeschriebener Herkunft, Geschlecht und ausbeutbarer Nützlichkeit und versuchen diese Trennung mit Gewalt durchzusetzen. LINKS wird immer radikal auf der anderen Seite stehen, und den selbstorganisierten Widerstand gegen den Faschismus unterstützen.

Den Faschist*innen in Österreich gelingt es immer wieder, Politik und Medien in ihre Kampagnen einzubinden. Nicht nur die Gewalttäter*innen auf der Straße und die Hetzer*innen im Internet, sondern auch ihre Verbündeten bei der Polizei und im Parlament setzen faschistische Vorstellungen in die Realität um.

Wien ist von der faschistischen Vergangenheit und Gegenwart geprägt. Straßennamen und Statuen erinnern an Sympathisant*innen und Vordenker*innen von Dollfuß- und Hitlerdiktatur. Der Terror der Shoah hat die Stadt bis heute verändert, Antisemitismus und Rassismus werden in der österreichischen Diskussion kleingeredet und die Betroffenen nicht zu Wort kommen gelassen. LINKS steht für ein Wien, in dem „Niemals Wieder“ kein Mahnruf, sondern gelebter Alltag ist. Wir setzen uns ein für eine Erinnerungskultur, bei der die Betroffenen und Widerständigen im Zentrum stehen. Und LINKS stellt sich gegen jede Verherrlichung des historischen Faschismus, von FPÖ-Akademikerball über Wehrmachtsehrengräber bis hin zu Burschenschafteraufmärschen.

Antifaschismus lässt sich nicht spalten: Antifaschist*innen gibt es in allen Teilen des linken Spektrums. Auch wenn wir nicht für dasselbe Projekt (nämlich LINKS) kämpfen, unterstützen wir kompromisslos alle, die sich gegen Faschismus und Hetze einsetzen und vor allem jene, die dafür Gewalt oder Repression ausgesetzt sind. Auf der Straße stellt sich die Wiener Polizei oft auf die Seite der Rechten, antifaschistischer Protest wird mit Überwachung, Repression und Einschränkung der Demonstrationsfreiheit beantwortet. LINKS unterstützt solche Proteste und stimmt gegen politische Verfolgung, Überwachung und Demo-Auflagen.

Weil sich Faschismus nie um den „kleinen Mann“ gekümmert hat ...

Der Faschismus, an der Macht und als Ideologie, treibt die kapitalistische Einteilung von Menschen nach Verwertbarkeit auf die Spitze. Auch wenn Faschist*innen sich rhetorisch nahe am „kleinen Mann“ (aber niemals an ausgebeuteten FLINT*-Personen) gibt, steht er für eine komplette Zerschlagung aller Organisationen und Freiräume von Arbeiter*innen und unterdrückter Schichten. Vor allem die zentralen Rückzugsräume des österreichischen Faschismus, die Burschenschaften, symbolisieren den Flirt der Eliten mit Diktatur und Vernichtungsfantasie. LINKS stellt dem die Solidarität und die Selbstorganisation aller Betroffenen entgegen und unterstützt antifaschistischen Widerstand in allen seinen Formen.

Faschismus ist eine elitäre Ideologie, aber Faschist*innen rekrutieren gerne und erfolgreich die Menschen, die es in Österreich am schwersten haben: schlecht bezahlte Arbeiter*innen, Erwerblose und faschistische Bewegungen mit Mutterorganisationen im Ausland, rassistisch Unterdrückte. Sie bieten eine scheinbare Lösung für sehr reale Probleme. LINKS gräbt den Faschist*innen das Wasser ab, in dem wir echte Antworten geben: Mindestlohn und Erwerbloseneinkommen, eine solidarische Stadt für alle, Unterstützung für Ausgegrenzte, Ausstiegs-

programme und Informationskampagnen gegen Hetze. Niemals unterstützen wir rassistische Losungen gegen den Rassismus, wie Abschiebeforderungen, oder klassistische Hetze gegen angeblich „zu ungebildete“ Rechte.

... und um „die Frau“ erst recht nicht

LINKS kämpft für vollkommene Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, gegen jede sexistische und sexuelle Unterdrückung. Faschist*innen stehen für das genaue Gegenteil: Eine gewalttätige und patriarchale Familienstruktur als kleinste Zelle des Führerstaates. Sie wollen FLINT* unsichtbar machen und in die Unterordnung zwingen. Das wird besonders deutlich an den Bündnissen mit der religiösen Rechten, zum Beispiel Abtreibungsgegner*innen, oder den gemeinsamen Aktionen mit „Grauen Wölfen“ (Unterstützer*innen der türkischen MHP). LINKS setzt sich auf jeder Ebene dafür ein, Männerbünden und FLINT*-Hasser*innen alle Plattformen zu entziehen.

Klimaschutz, der den Zaun des Schrebergartens überwindet

Immer wieder versuchen Rechtsradikale, die ökologische Bewegung zu unterwandern und für sich zu nutzen. Unter Mottos wie „Umweltschutz heißt Heimatschutz“ missbrauchen sie Sorgen um die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage für Blut-und-Boden-Propaganda. Aber Umweltschutz bedeutet nicht die Erhaltung eines „natürlichen Lebensraums“ oder einer landschaftlichen Identität, sondern für das Recht zu kämpfen, dass alle Menschen diesen Planeten genießen und auf ihm überleben können. Die Ökologie von LINKS ist grenzenlos und stellt der faschistischen Vereinnahmung die Unterstützung der globalen und internationalistischen Bewegung für die Rettung unserer Zukunft entgegen.

Mit gelebtem Antirassismus dem Faschismus die Substanz nehmen

Faschistische Gewalt richtet sich immer in erster Linie gegen alle, die aus völkischer und rassistischer Ideologie als Fremdkörper identifiziert werden. Übergriffe auf Migrant*innen, People of Colour und vor allem Frauen mit Kopftuch, aber auch Angriffe auf Moscheen und Synagogen sind in Österreich leider Alltag. LINKS stellt sich kompromisslos auf die Seite der Betroffenen, wir unterstützen die Selbstverteidigung gegen die konkrete Gewalt genauso wie alle Maßnahmen gegen den rassistischen Normalzustand in Polizei, Gesetzgebung und Medien.

LINKS kämpft in Wien für:

- ◀ Sichtbaren und kompromisslosen Antifaschismus. Keine öffentlichen Gebäude, keine Demonstrationen, keine Plattform für Faschist*innen und ihre Unterstützer*innen
- ◀ Wir erinnern uns an den Faschismus, aber wir gedenken den Antifaschist*innen: Weg mit allen Denkmälern für Antisemit*innen, Nazis, Austrofaschist*innen und Wehrmachtseinheiten. Für eine Gedenkkultur, die die Betroffenen der faschistischen Gewalt vor und seit 1945 in den Mittelpunkt stellt, selbst sprechen lässt, und den Widerstand kompromisslos feiert.
- ◀ Keine Gelder für Faschist*innen. Wir stimmen gegen alle Inserate in rechten Medien, Kultur-, Jugend- und Vereinsförderung für Burschenschaften und andere Tarnvereine. LINKS arbeitet nicht mit Gruppen oder Institutionen zusammen, die Faschist*innen finanziell oder ideologisch fördern.
- ◀ Gegen Unterdrückung, Spaltung und Rückgratlosigkeit: Wir verteidigen alle Antifaschist*innen gegen Repression und Hetze. Auch wenn wir nicht jede antifaschistische Aktion selbst durchführen würden, sind alle Antifaschist*innen Teil unseres solidarischen Kampfes, und alle Faschist*innen unsere Gegner*innen.

- ◀ Faschist*innen raus aus Gewerkschaften und demokratischen Strukturen: LINKS arbeitet nicht mit Rechten in den Gewerkschaften, Bezirks- oder Gemeinderäten zusammen. Wir stimmen für keinen Antrag von rechts, egal wie harmlos er formuliert ist, und fordern den Ausschluss der freiheitlichen Fraktionen aus ÖGB und AK.
- ◀ Gegen die sozialen Grundlagen der faschistischen Rekrutierung, gegen Entwürdigung und Ausbeutung. LINKS fordert Erwerbsloseneinkommen und Mindestlöhne, selbstverwaltete Jugend- und Stadtteilzentren und sozialarbeiterische Begleitung für rassistisch und klassistisch Ausgegrenzte.

16 KUNST & KULTUR

FÜR EINE RADIKALE DEMOKRATISIERUNG DER KUNST

Kunst und Kultur sind ein Gemeingut

Commons, Kollektivgut oder kommunal: Kunst und Kultur ist kein Wirtschaftszweig – nicht Public Private Partnership oder Tourismusattraktion, auch keine Fortsetzung oder Wiederkehr feudaler Sammlungen. Kunst und Kultur sind also kein Geschenk einer großzügigen Mäzenin oder eines wohlwollenden Museumsdirektors, sondern gehören allen, die da sind, wo sie sind. Mit LINKS sind Kunst und Kultur vielsprachig, feministisch, barrierefrei, leistbar und ein kollektives Unternehmen – gestaltbar durch alle potenziell Interessierten. Als Gemeingüter verstanden brauchen Kunst und Kultur die Offenheit der bestehenden Einrichtungen, freie Museen, Unterstützung für die Kunstschaftenden (von Musik, Film, bildender und darstellender Kunst, Sprachkunst, Theater, Performance, Raumkunst, uvm.), sie benötigen Vermittlungsprogramme für Kindergärten und Schulen bis zu den Altersheimen und für all das auch ausreichend zugänglichen Raum.

Kunst und Kultur sind von öffentlichem Interesse

Dieses Interesse gilt der Verhandlung von Öffentlichkeit, bietet Anreiz für Solidarität, für Widerspruch, für Gleichheit in aller Verschiedenheit. Kunst und Kultur sind ein Möglichkeitsraum und brauchen Möglichkeitsräume. Die Kulturpolitik von LINKS ist transparent, unterstützt, fördert und gibt ausreichend „Polster“, sowohl was Raum als auch was Zeit und unterstützendes Wissen betrifft. Dafür gilt es, die Kommerzialisierung und Privatisierung von Kunst und Kultur zu stoppen und im Gegensatz dazu die Zeiten und (Spiel)Räume und Experimentierfelder von Kunst und Kulturradikal zu demokratisieren.

Ohne Diskriminierung und barrierefrei (mindestens Barriere-arm)

Kunst- und Kulturräume sollen Räume ohne Diskriminierungen sein, die einladend und niedrigschwellig sind, in räumlicher wie konzeptueller Hinsicht: Kunst und Kultur sind also im vielfachen Wortsinn möglichst barrierefrei zu gestalten. Sie beinhalten viele Sprachen, leichte Sprache, tastbare Sprache, Stille. Ob Neue Musik oder Pop: Sie werden auch erlebbar für Gehörlose. Blinde ertasten sich Skulpturen. Idealerweise eröffnen Kunst und Kultur einen Raum ohne Ausschluss. Aber ist das möglich? Sind alle Stimmen gleich laut? Wessen Stimme braucht Verstärkung? Soll immer schlichtweg alles gehört werden? Ganz ohne Ausschluss von z.B. rassistischen, homophoben oder antidemokratischen Stimmen wird es auch in Zukunft nicht gehen, wenn auch jene gehört werden sollen, die bislang im Bereich von Kunst und Kultur wenig Platz fanden. LINKS steht für barrierefreien Zugang und Teilhabe, gegen rassistische, sexistische, klassistische, ableistische und privilegien-dominierte Kunst.

Geschichte und Zukunft befragen

Außergewöhnliche und gewöhnliche Dinge finden sich in der Kunst nebeneinander. Kunst überrascht, regt zum Lachen, zum Nachdenken oder zum Achselzucken an. Kunst und Kultur stellen Wissen, Gegenstände und Debatten zur Verfügung. Sie bewerten und lassen offen, ihre Diskurse enthalten Leerzeilen für die Zukunft der Dinge, die noch zu schreiben sein wird. Deshalb kann Zukunft von Kunst und Kultur nicht programmiert werden. Wie (wir) morgen mit den Dingen von gestern umgehen, wird im Heute verhandelt.

Antirassistisch im postkolonialen Wien

LINKS steht für eine kritische Auseinandersetzung mit den gesammelten Dingen der Kolonial-, Rassismus- und Ausbeutungsgeschichte, mit den Denkmälern der Gewaltgeschichte von Rassismus, Antisemitismus und klassistischer Unterdrückung in Wien. Genauso wichtig ist LINKS die Infragestellung der Ungleichheit zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft oder verschiedener Geschlechter. LINKS stellt sich gegen die Trennung zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit, zwischen High Art und Alltagskunst, zwischen dem Salonfähigen und der Popkultur.

Mit Kunst und Kultur gegen Normativität, für neue Allianzen

Kunst und Kultur stellt normative Vorstellungen in Frage, dekonstruiert dominante Kategorien. Künstlerische Produktion kann in diversen Formaten verschiedene Akteur*innen zu einem Denken des Utopischen befähigen, sie kann den Wunsch nach Gestaltung und Veränderung kultivieren. Sie muss weder ganz Institution noch ganz soziale Bewegung sein. Für LINKS geht es darum, beide Organisationsformen zugleich und gemeinsam möglich zu machen. Und auch für andere, jetzt vielleicht noch gar nicht denkbare muss Platz sein. LINKS unterstützt Allianzen zwischen Bündnispartner*innen im gemeinsamen Ziel demokratischer Ermächtigungen.

LINKS Positionen zur Kunst- und Kulturpolitik:

- ◀ LINKS steht für ein Kulturprogramm, das allen offen steht. Es bietet maximal mögliche Barrierefreiheit; im physischen Zugang aber auch im Sinn der Niederschwelligkeit.
- ◀ LINKS steht für ein Kulturprogramm, das leistbar ist und nicht durch finanzielle Zugangshürden Ausschluss produziert. Das bedeutet die Abschaffung von Museumseintritten für Stadtbürger*innen sowie generell von Entritten bei öffentlich geförderten Programmen. Zugang zu Kulturveranstaltungen soll mit der City Card (siehe Kapitel 2 Migration, Asyl und Antirassismus) möglich sein.
- ◀ LINKS sieht Kulturpolitik als kommunale Aufgabe kultureller Nahversorgung. Deshalb sollen die Kulturbudgets der Bezirke gerechter aufgeteilt werden.
- ◀ LINKS bekennt sich zum Ende der Prekarität durch Antragsstellung, Wettbewerbswesen und Projektlogik bei der Unterstützung von Kunstprojekten. Stattdessen geht es um die Einführung einer bedingungslosen Existenzsicherung selbstverständlich auch für Künstler*innen (inklusive Altersabsicherung und Anrechnung von Versicherungszeiten, siehe Kapitel 8 Arbeit).
- ◀ Bei Finanzierungsunterstützungen ist eine Trennung der Umsetzung von künstlerischen Projekten und Kulturarbeit einerseits und infrastrukturellen Maßnahmen auf der anderen Seite notwendig.
- ◀ Mit LINKS sollen mehr Räume für Kunst und Kultur geschaffen werden:
 - ◆ Immobilien im öffentlichen Eigentum sollen für Kunst- und Kulturräume geöffnet werden,
 - ◆ Auch leerstehende Geschäftslokale sollen als Potenzial für Kulturräume genutzt werden, allerdings nicht bloß als Zwischennutzung. Generell muss die Unsitte der Zwischennutzung durch Kunst und Kultur, etwa um Stadtentwicklungsprojekte vorzubereiten, beendet werden.
- ◀ Kulturräume stellen der privatwirtschaftlichen Nutzung von Stadtraum eine Alternative entgegen. Für das Freihalten und die Finanzierung von Räumen für Kulturschaffende braucht es deshalb Infrastrukturbudgets, die solidarische Kooperationspolitik ermöglichen.

- ◀ Mit LINKS gibt es ein “Raumschutzgesetz” für bestehende Kulturräume, die eine wichtige Infrastruktur im kommunalen Stadtraum darstellen und nicht von heute auf morgen entstehen. Ähnlich zum Baumschutzgesetz fordert LINKS deshalb ein „Raumschutzgesetz“. Damit einher geht auch die Forderung nach einem Stopp der Spekulation mit städtischem Raum (siehe Kapitel 5 Stadtplanung).
- ◀ Institutionen, die zum Teil aus Besetzungen entstanden sind und sich als wichtige Musik-, Kulturzentren und Freiräume etabliert haben, müssen auf Absicherung und künftige Förderungen zählen können. Ebenso Orte für den öffentlichen kritischen Diskurs.
- ◀ Die Förderungen zwischen Hochkultur und freier Kulturszene sollen ausgeglichen werden, große Häuser geöffnet und deren Kooperation mit der freien Szene angegangen werden; etwa durch transparente Open Calls für Stücke an den großen Theatern, aber auch durch Produktionen in den vielen Sprachen der Stadt mit deutschen Untertitel für das einsprachige Publikum.
- ◀ LINKS setzt sich für die Unterstützung der vorhandenen low-profit Konzert-, DJ- und Nachtclubszene und deren Veranstaltungsräume ein, die die Basis für die vielfältige Musikszene Wiens bilden.
- ◀ Verteilt über die ganze Stadt sollen Proberäume mit adäquater Ausrüstung und Schallschutz gefördert und kostenfrei für Musiker*innen zur Verfügung stehen.
- ◀ Alle brauchen Räume: Ob Musik, Kino, Tanzen, Zirkus, Diskurs, uvm.: Kunst- und Kulturräume sind als Orte der (halb-)öffentlichen Zusammenkunft gesellschaftlich wichtig und sollen nicht nach kommerziellen Kriterien bestehen müssen.
- ◀ Mit LINKS sollen Eigeninitiativen für eine weite Definition von Kunst und Kultur im Stadtraum ernst genommen und unterstützt werden (siehe u.a. Skateparks, Initiative Nordbahnhof, etc.)
- ◀ So wie in Schwimmbädern braucht es auch an kulturellen Orten Maßnahmen für Safe Spaces und gegen Diskriminierungsmechanismen, u.a. in Nachtclubs.
- ◀ LINKS steht für Quotenregelungen in der Kunst- und Kulturbranche. Dabei ist nicht nur die Quote von FLINT* zu beachten, sondern auch die für People of Colour. Das betrifft auch alle Gremien im Kunst- und Kulturbereich sowie die Führungspositionen sowohl der großen Häuser als auch die Leitungsfunktionen der Freien Kulturszene (siehe dazu Kapitel 1 FLINT* und Kapitel 2 Migration, Asyl und Antirassismus)
- ◀ Gegenwärtig ist Deutsch die dominante Sprache, während das Ziel von LINKS Vielsprachigkeit in Kunst und Kulturveranstaltungen aber auch bei Förder- und Finanzierungsanfragen ist.
- ◀ Kunst ist Vermittlung von Gesellschaft und Kunstvermittlung ist Vergesellschaftung der Kunst. Darum soll auch Kunstvermittlung stärker gefördert werden. Das bedeutet nicht die Bereitstellung von Wissen über das, was in den großen und nicht so großen Häusern präsentiert wird. Es impliziert auch Experimentierräume (Studios, Labore, Equipment) für Menschen, die selbst künstlerisch und kulturell tätig werden wollen.
- ◀ Das Ziel von LINKS ist Kultur als Feld ohne Ausschluss. Spezifische Projekte wie kultürgemma! sollten eigentlich zum Ziel haben, dass sie als Schleife der Interkulturalität irgendwann nicht mehr nötig sind.

17 MEDIENPOLITIK

HEUTE SOLL MORGEN NICHT MEHR DIE KRÖNUNG SEIN

Seit der letzten Wien-Wahl im Jahr 2015 gab die Stadt Wien (und zu ihr gehörende Unternehmen) mehr als 100 Millionen Euro für Inserate in Medien aus. Ein guter Teil davon ging an die Millionärsfamilien Fellner und Dichand mit ihren Medien Krone, Heute und Österreich. Neben den Bundesministerien ist die Stadt Wien ihr größter Sponsor. Die sogenannten „Gratiszeitungen“ zahlen wir uns auf Umwegen also selbst. Die Inhalte dieser Medien stehen den Zielen eines weltoffenen, emanzipatorischen und widerständigen Wiens meist diametral gegenüber. Nicht zufällig führen die genannten Medien die negative Rangliste des Österreichischen Presserates bezüglich Verstößen gegen den Ehrenkodex regelmäßig an. Das muss sich ändern.

Information statt PR

Sofortiger Stopp von Sinnlosinseraten und willkürlicher Vergabe von Steuergeldern an den Boulevard. Stattdessen qualitativ hochwertiger Ausbau der stadteigenen Informationskanäle und Medien (Mein Wien, W24) unter besonderer Berücksichtigung eines niederschweligen, barrierefreien und partizipativen Zugangs, der die soziale und kulturelle Vielfalt Wiens berücksichtigt.

Schluss mit der Verschmutzung des öffentlichen Raumes

Sofortige Kündigung aller Verträge für Entnahmeboxen für Gratiszeitungen im öffentlichen Raum. Der öffentliche Raum darf keine Geschäftsgrundlage für Medienmogul*innen sein.

Wiener Widerstandsfonds

Ein Teil der Einsparungen durch den Inseratestopp soll in einen neu zu schaffenden Wiener Journalismusfonds fließen. Feministisches, Widerständiges, Queeres, Antirassistisches, Journalismus von unten: Das alles hat in der durchkapitalisierten österreichischen Medienlandschaft mit all ihrer Verhaberung viel zu wenig Platz. Ein gut dotierter Fonds, aus dem einzelne Geschichten und Recherchen gefördert werden und/oder Stipendien vergeben werden, kann dazu beitragen, den längst überfälligen Wandel des journalistischen Systems von Wien anzustoßen.

18 TRANSPARENZ UND ÜBERWACHUNG

FREIHEIT BRAUCHT SICHERHEIT VOR DER POLIZEI, TRANSPARENTE BEHÖRDEN UND SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE

Für Gemeinsamkeit & Sicherheit = gegen die Polizei

LINKS lehnt jegliche Struktur ab, die strukturellen Rassismus fördert generiert oder fort-schreibt; das gilt für Überwachungsalgorithmen, die People of Colour öfter als verdächtig einstufen, genauso wie für die Polizei, eine Institution deren systematische Diskriminierung – auch in Österreich – regelmäßig Todesopfer fordert und zudem durch Racial Profiling existenzielle, finanzielle und körperliche Bedrohungen und psychische Verletzungen zu verantworten hat.

Binär ist nicht mal für Computer

Dadurch, dass Massenüberwachung Menschen immer kategorisiert, ist sie immanent diskriminierend. Für FLINT*-Personen schlägt sich das etwa dann nieder, wenn der Algorithmus des AMS Kinderbetreuung bei Frauen als Faktor zur Jobsuche einbezieht, bei Männern aber nicht. Zusätzlich benachteiligt eine Einteilung in binäre Geschlechterkategorien immer FLINT* repräsentierende Personen mit der Abwesenheit weiterer Wahlmöglichkeiten. Beides zementiert eine sexistische und diskriminierende Denkweise, der wir uns mit LINKS entgegenstellen.

Privatsphäre = unbezahlbar

Obwohl wir damit konfrontiert sind, dass wir alle – auch ohne das zu wollen – einen zunehmenden Datenberg um uns ansammeln, erleben wir immer wieder, dass Personen, die über entsprechende finanzielle Mittel (und Beziehungen) verfügen, diese dann auch wieder verschwinden lassen können. Mit LINKS gibt es keine Privatsphäre für die Korruption, dafür aber für die Menschen. Ganz ohne für sie bezahlen zu müssen.

18.1 SICHERHEIT VOR DER POLIZEI

Die Polizei bietet keine nachhaltigen Lösungen für gesellschaftliche Probleme, sie kann maximal Symptome bekämpfen. Wann immer möglich, ist auf Konfliktlösung, auf die Erarbeitung von Perspektiven mittels sozialer Arbeit oder Mediation, Therapie, Sozialleistungen, Aufklärung, Dialog usw. statt auf Eingreifen der Polizei zu setzen.

Innerhalb der Polizei herrscht struktureller Rassismus: er führt zu rassistischer Polizeigewalt, die auch in Österreich oft tödlich endet.

LINKS fordert:

- ◀ Niedrigschwellige Dokumentations- und Beratungsstellen mit ausreichender Finanzierung für Betroffene von Polizeigewalt und/oder Diskriminierung durch die Polizei.
- ◀ Eine unabhängige Ermittlungsstelle für Beschwerden gegen Behördenwillkür, Racial Profiling und Polizeigewalt.
- ◀ Kontrolle der Kontrolleure: Einsatz für Videoüberwachung in Polizeistationen und Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen
- ◀ Keine Strafen wegen Betteln und aufgrund von Obdachlosigkeit

18.2 TRANSPARENZ

Das Amtsgeheimnis ist längst überholt und schützt willkürlich agierende Behörden vor den Bewohner*innen Wiens. Dies gilt für alle Lebensbereiche. Besonders krass zeigt sich dieser Missstand in der MA 35, „Magistratsabteilung für Einwanderung und Staatsbürgerschaft“.

LINKS fordert:

- ◀ Anträge an Gemeinderat und Bezirksvertretungen auch durch die Bevölkerung
- ◀ Rechtsanspruch auf die Information, in welchem Stadium der Bearbeitung ein gestellter Antrag ist
- ◀ Virtuelles Amt, digitale Antragsstellung und Mehrsprachigkeit in allen Amtsangelegenheiten
- ◀ Übertragung aller Bezirksvertretungssitzungen im Live-Stream
- ◀ Veröffentlichung klar nachvollziehbarer verständlicher Sitzungsprotokolle sowie der weiteren Stadt- und Bezirksdokumente auf der Homepage der Stadt Wien
- ◀ Ausschließliche Verwendung von Open Source Software durch die Stadt Wien. Anstellung eigener Programmierer*innen statt Ankauf proprietärer Programme
- ◀ Wiener Informationsfreiheitsgesetz und Abschaffung des Amtsgeheimnisses

18.3 ÜBERWACHUNG

Wir leben in einer Zeit, in der immer mehr Daten über uns alle gesammelt werden. Diese werden oft auch zur Kontrolle und Manipulation genutzt. Echte Freiheit bedeutet aber, unbeobachtet sein zu können, es gibt keine Freiheit ohne Privatsphäre. Dieses hohe Gut muss geschützt werden, sowohl vor privaten Unternehmen als auch vor staatlichen Behörden. Massenüberwachung funktioniert per se diskriminierend: Menschen werden in Kategorien eingeteilt, und daraus resultieren Prognosen und Bewertungen, die im Einzelfall oftmals nicht stimmen. Das verhärtet oft bestehende Diskriminierungen, etwa wenn durch den AMS-Algorithmus Kinderbetreuung nur bei Müttern als beachtenswerter Faktor gerechnet wird, nicht aber bei Vätern.

Auch für LGBTQIA+-Personen ist die informationelle Selbstbestimmung ein besonders wichtiges Thema: Welcher Name ist öffentlich von mir bekannt, welche Geschlechtsoptionen kann ich auswählen, wer weiß über meine Beziehungen, Sexualität und Identität Bescheid? Über diese Fragen immer und überall entscheiden zu können, ist ein wichtiger Teil eines selbstbestimmten Lebens. Überwachungstechnologien wirken auf People of Colour oft anders als auf Weiße, z. B. funktioniert Gesichtserkennung bei schwarzen Menschen schlechter. Fälschlicherweise werden sie daher häufiger als verdächtig eingestuft. Außerdem verschleiern Technologien wie Predictive Policing, also Software, die Verbrechen „vorhersehen“ soll, dass Polizeikontrollen strukturell rassistisch sind.

LINKS fordert daher:

- ◀ Null Toleranz für diskriminierende Algorithmen
- ◀ Einsatz für eine bundesweite und eine Wiener Überwachungsgesamtrechnung:
 - ◆ Komplette Erhebung aller Überwachungsmaßnahmen und Datenbanken mit personenbezogenen Daten
 - ◆ Kritische Beurteilung, ob diese ihren Zweck erfüllen
 - ◆ Erhebung, ob der gleiche Zweck mit weniger Daten und weniger Überwachung erfüllt werden könnte
 - ◆ Abschaffung aller Überwachungsmaßnahmen und Datenbanken, die nicht notwendig sind
- ◀ Demontage der polizeilichen Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen, in Wien am Karlsplatz und am Praterstern.
- ◀ Ablehnung der Nutzung von Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum.
- ◀ Strenge Kontrolle der Einhaltung von Datenschutzbestimmung bei privaten Überwachungskameras im öffentlichen Raum.
- ◀ Konsequente Verfolgung der Verwaltungsstraftatbestände der Diskriminierung (Art III Abs 1 Z 3 EGVG), der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts (Art III Abs 1 Z 4 EGVG) und der diskriminierenden Inserierung von Wohnraum (§§ 36, 37 GIBG) durch den Magistrat.

